

N i e d e r s c h r i f t

**der 50. öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Stadtrates am
18.12.2013**

öffentlich

Ort: Stadthaus, Festsaal,
Marktplatz 2,
06100 Halle (Saale),

Zeit: 14:00 Uhr bis 19:35Uhr

Anwesenheit: siehe Teilnehmerverzeichnis

Anwesend sind:

Herr Dr. Bernd Wiegand	Oberbürgermeister	
Herr Harald Bartl	parteilos	
Frau Dr. Annegret Bergner	CDU	
Herr Bernhard Bönisch	CDU	
Herr Jürgen Busse	CDU	
Herr Lothar Dieringer	parteilos	Teilnahme ab 14:22 Uhr
Herr Roland Hildebrandt	CDU	Teilnahme ab 15:15 Uhr
Herr Werner Misch	CDU	
Herr Raik Müller	CDU	
Herr Frank Sänger	CDU	
Herr Andreas Schachtschneider	CDU	Teilnahme ab 14:22 Uhr
Herr Andreas Scholtyssek	CDU	
Herr Michael Sprung	CDU	
Frau Dr. Ulrike Wünscher	CDU	
Herr Dr. Erwin Bartsch	parteilos	
Frau Ute Haupt	DIE LINKE	
Herr Swen Knöchel	DIE LINKE	
Herr Hendrik Lange	DIE LINKE	
Frau Birgit Leibrich	parteilos	
Herr Dr. Bodo Meerheim	DIE LINKE	
Frau Elisabeth Nagel	DIE LINKE	
Herr Rudenz Schramm	parteilos	
Herr René Trömel	DIE LINKE	
Herr Dr. Mohamed Yousif	DIE LINKE	Teilnahme bis 20:11 Uhr
Herr Robert Bonan	parteilos	Teilnahme ab 15:05 Uhr
Frau Gertrud Ewert	SPD	
Herr Thomas Felke	SPD	
Frau Hanna Haupt	SPD	
Frau Katharina Hintz	SPD	
Herr Klaus Hopfgarten	SPD	
Herr Gottfried Koehn	SPD	
Herr Johannes Krause	SPD	
Herr Dr. med. Detlef Wend	SPD	Teilnahme bis 17:50 Uhr
Frau Beate Fleischer	FDP	Teilnahme ab 18:11 Uhr
Herr Andreas Hajek	FDP	Teilnahme bis 19:00 Uhr
Herr Gerry Kley	FDP	
Frau Katja Raab	FDP	
Herr Martin Bauersfeld	parteilos	
Herr Denis Häder	MitBÜRGER für Halle	Teilnahme ab 14:07 Uhr
Herr Manfred Sommer	MitBÜRGER für Halle	
Herr Dietrich Strech	MitBÜRGER für Halle	
Frau Sabine Wolff	NEUES FORUM	
Herr Tom Wolter	MitBÜRGER für Halle	
Frau Dr. Inés Brock	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	
Herr Christian Feigl	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	
Frau Elisabeth Krausbeck	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	
Herr Christoph Menn	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	
Herr Olaf Sieber	parteilos	
Herr Gerhard Pitsch	NPD	

Herr Egbert Geier	Bürgermeister
Herr Uwe Stäglin	Beigeordneter
Frau Dr. Judith Marquardt	Beigeordnete
Herr Tobias Kogge	Beigeordneter
Herr Wolfram Neumann	Beigeordneter
Frau Sabine Ernst	Verwaltung
Herr Oliver Paulsen	Verwaltung
Frau Anja Schneider	Verwaltung
Herr Marco Schreyer	Verwaltung
Frau Susanne Wildner	Verwaltung

Entschuldigt fehlen:

Herr Uwe Heft	parteilos
Herr Dr. Uwe-Volkmar Köck	DIE LINKE
Frau Dr. Petra Sitte	DIE LINKE
Herr Dr. Karamba Diaby	SPD
Herr Dr. Rüdiger Fikentscher	SPD
Herr Manfred Schuster	DIE GRAUEN/Volkssolidarität
Herr Dr. Hans-Dieter Wöllenweber	FDP
Herr Dietmar Weihrich	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

zu **Einwohnerfragestunde**

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates, begrüßte die Bürgerinnen und Bürger sowie die Damen und Herren Stadträte zur 50. Stadtratssitzung und eröffnete die Einwohnerfragestunde.

Er informierte darüber, dass die noch offenen Fragen aus der letzten Einwohnerfragestunde durch die Verwaltung bis heute beantwortet worden sind.

Herr Andreas Härtig zu Widersprüchen zum B-Plan 162

Zu Beginn seiner Ausführungen lobte **Herr Härtig** die Möglichkeit, dass das Einspruchsverfahren für den B-Plan 162 erstmalig auch online möglich war. Dies sei für viele Bürger oft die einzige Möglichkeit, an einem solchen Abstimmungsprozess teilzunehmen und ihre Rechte wahrzunehmen.

In diesem Zusammenhang wies er aber auch darauf hin, dass es mindestens einen Einspruch gäbe, der fristgerecht zum 11.11.2013 bei der Stadt eingegangen ist, jedoch nicht registriert wurde und im Hinblick auf mögliche weitere Schritte sei das Vorhandensein einer Registriernummer von großer Bedeutung.

Ebenfalls wären mindestens 12 Einsprüche von Bürgern, welche per Post bzw. persönlich abgegeben worden sind, nicht auffindbar gewesen und hätten auch keine Registrierung erhalten.

Aus diesem Grund gehe **Herr Härtig** davon aus, dass nicht alle abgegebenen Einsprüche gezählt worden sind und er fragte an:

1. Wie viele Einsprüche sind eventuell verloren gegangen, weil nicht jeder Bürger nach der Registriernummer seines Einspruchs gefragt hat?
2. Wie viele Einsprüche sind insgesamt im Postausgang registriert und bleiben so unberücksichtigt bei der Abwägung, die jetzt ja erfolgt oder erfolgt ist?
3. Welche Möglichkeiten gibt es, um hier nachzusteuern und dem Bürger zu seinem Recht zu verhelfen?

Herr Stäglin, Beigeordneter für Stadtentwicklung und Umwelt, teilte dazu mit, dass in dieser Angelegenheit noch einmal recherchiert werden müsse und er sagte eine schriftliche Beantwortung der von Herrn Härtig gestellten Fragen zu.

Auch habe sich die Zahl der Einsprüche mehrmals verändert, da in der Auswertungsphase festgestellt wurde, dass es Einwendungen gab, wo Bürgerinnen und Bürger mehrmals unterschrieben haben und die Dopplungen mussten herausgefiltert werden.

Herr Härtig verwies darauf, dass bei der eventuell folgenden Offenlegung des Bebauungsplanes derartige Pannen zu vermeiden sind und beziehend auf die schriftliche Beantwortung bat er um die Angabe eines Termins dazu.

Herr Beigeordneter Stäglin sagte eine schriftliche Beantwortung für Anfang Januar 2014 zu.

Frau Janine Springer zur Fusion Grundschule „Wolfgang Borchert“

Frau Springer merkte an, dass der Schulentwicklungsplan gegen die zwei Schwerpunkte der Stadtentwicklung, die Stadt als familienfreundliche Stadt zu profilieren und die Stadt zu stärken als Stadt der Kultur und der Bildung spreche, da einige Punkte wirtschaftlich, familienverträglich und lehrbetrieblich kaum durchführbar seien.

Da eine Grundschule nachweislich zu den zentralsten Infrastrukturen gehöre, sei die Planung der Entfernung einer Grundschule im Bereich der westlichen Neustadt nicht nachvollziehbar.

Desweiteren führte sie aus, dass die Grundschule „Wolfgang Borchert“ ein bekannter, überzeugender und attraktiver Anlaufpunkt für die dort lebenden Familien und Bürger sei. Auch werde die ehrenamtliche Tätigkeit von enorm engagierten Eltern sowie die freiwillige soziale Arbeit der Eltern, Lehrerschaft und der umliegenden Firmen durch den Wegfall des Standortes Grundschule „Wolfgang Borchert“ enorm in Frage gestellt.

Frau Springer übergab in diesem Zusammenhang eine Unterschriftensammlung zum Erhalt der Grundschule „Wolfgang Borchert“, mit der Erwartung um eine Stellungnahme der Verwaltung dazu sowie um einen persönlichen Besuch in der Grundschule.

Herr Kogge, Beigeordneter für Bildung und Soziales, führte aus, dass Anfang Dezember eine intensive Anhörung von Eltern, Kindern, Schulräten und auch von vielen Personalräten aus den Schulen erfolgte und die Auswertung und Abwägung dazu im Januar 2014 erfolgen soll.

Herr Roland Manske zu behindertengerechten Verkehrsmitteln

Herr Manske informierte über seine Beschwerde bei der HAVAG zum Problem der besseren Sichtbarmachung von Behindertenplätzen in den Straßenbahnen und er zitierte aus einer Antwort der HAVAG dazu:

„Die Sitze für schwerbehinderte Fahrgäste in der Straßenbahn sind ausreichend über den Sitzen gekennzeichnet. Das entspricht den gestellten Vorgaben. Wenn sich jemand auf einen markierten Sitzbezug sitzt, wäre ein weißes Kreuz nicht mehr sichtbar. Somit werde diese Sitzmarkierung oftmals übersehen, was wir nicht möchten. Ein Platz für Schwerbehinderte soll auch diesen zur Verfügung stehen. Sollte es einmal der Fall sein, dass ein anderer Fahrgast den Schwerbehindertensitzplatz nicht für Sie räumt, können Sie sich an den Fahrer der Straßenbahn wenden. Dieser wird die Beförderungsbedingungen durchsetzen und den Fahrgast auf einen anderen Sitz oder Stehplatz verweisen.“

In diesem Zusammenhang verwies **Herr Manske** darauf, dass er auf Grund seiner Behinderung nicht auf den Fahrer zugehen könne und er bat die Verwaltung darum, das Problem der besseren Kennzeichnung der Behindertensitzplätze gemeinsam mit der HAVAG zu klären.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand sagte zu, Rücksprache mit der HAVAG zu nehmen und Herrn Manske eine schriftliche Antwort zukommen zu lassen.

Desweiteren schlug er vor, Herrn Manske in den Fahrgastbeirat einzuladen, damit er dort seine Probleme mit der HAVAG vortragen könne.

Die weitere Anfrage von Herrn Manske, ob die neuen Busse der HAVAG behindertengerecht seien, wurde von **Herrn Oberbürgermeister Dr. Wiegand** bestätigt.

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Die 50. öffentliche Sitzung des Stadtrates wurde eröffnet und geleitet vom **Vorsitzenden des Stadtrates, Herrn Harald Bartl**.

Er stellte die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Gegenwärtig sind 43 Mitglieder des Stadtrates (76,79 %) anwesend.

Herr Bartl teilte mit, dass Frau Dr. Inés Brock als neue Fraktionsvorsitzende der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN gewählt wurde und er beglückwünschte sie dazu.

Weiterhin teilte **Herr Bartl** mit, dass das ehemalige Mitglied der Stadtverordnetenversammlung und Gründungsmitglied der Jungen Union, Herr Hans Christian Knorr, im Alter von 47 Jahren verstorben ist.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates, bat darum, folgende Tagesordnungspunkte von der Tagesordnung abzusetzen:

- 6.1.2 Änderungsantrag der Stadträtin Hanna Haupt (SPD-Fraktion) zur Beschlussvorlage Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2014 sowie Beteiligungsbericht über das Jahr 2012
Vorlage: V/2013/12219
wurde im Finanzausschuss für erledigt erklärt
- 6.1.7 Änderungsantrag der SPD-Stadtratsfraktion zur Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Jahr 2014 sowie Beteiligungsbericht über das Jahr 2012
Vorlage: V/2013/12339
wurde im Finanzausschuss für erledigt erklärt
- 6.3 Entlastung der Mitglieder des Verwaltungsrates der Saalesparkasse für das Jahr 2012
Vorlage: V/2013/11968
- 6.10 Anbringung einer Gedenktafel anlässlich 200 Jahre Befreiungskriege am nördlichen Hausmannsturm der Marktkirche
Vorlage: V/2013/12037
Die Salzwirker haben mitgeteilt, dass sie kein Interesse mehr an der Tafel haben.
- 6.14 Baubeschluss zur Teilsanierung der Grundschule Frohe Zukunft Standort Dessauer Str. 152
Vorlage: V/2013/11962
wurde in den Fachausschüssen vertagt

- 6.15 Prioritätenliste Investitionen in Kindereinrichtungen (Kitas und Horten), Teil 2
Vorlage: V/2013/11918
- 7.1 Antrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur Bekämpfung von Armut im Alter
Vorlage: V/2013/12098
wurde noch nicht abschließend behandelt
- 7.2 Antrag des Stadtrates Roland Hildebrandt (CDU) zum Quartierbereich Büschdorf-Nord
Vorlage: V/2013/12097
wurde im Planungsausschuss vertagt
- 7.3 Antrag der SPD-Stadtratsfraktion zur Namensfindung für ein Stadtviertel nördlich der Altstadt
Vorlage: V/2013/11461
wurde im Planungsausschuss vertagt
- 7.8 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Ergänzung des Hochwasserberichtes 2013
Vorlage: V/2013/12112
wurde im Ausschuss für Ordnung und Umweltangelegenheiten zurück gestellt

Bezogen auf den TOP

- 8.11 Antrag der Stadträtin Dr. Inés Brock (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) zur Anbringung von Fahrradpiktogrammen in der Großen Ulrichstraße
Vorlage: V/2013/12298

teilte **Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates**, mit, dass dies ein Antrag im übertragenen Wirkungskreis sei und Herr Oberbürgermeister die Anregung aufnehmen wolle. Er fragte, ob der Antrag von der Tagesordnung abgesetzt werden könne.

Frau Dr. Brock, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, verwies auf § 2 Absatz 3 der Geschäftsordnung, nach welchem der Antrag auf der Tagesordnung verbleiben müsse, da er nur durch den Antragsteller selbst zurückgezogen werden könne.

Herr Misch, CDU-Fraktion, äußerte sich dahingehend, dass über die Frage zu Anträgen im übertragenen Wirkungskreis im Stadtrat schon oft diskutiert wurde und er davon ausgehe, dass die Gemeindeordnung an dieser Stelle höherrangiges Recht darstelle und dem Stadtrat in dieser Frage keine Kompetenz einräume.

Er verwies darauf, dass es bei wirklichem Interesse möglich sei, entsprechende Prüfaufträge zu stellen bzw. unter dem Tagesordnungspunkt Anregungen dies als Anregung anzubringen. In diesem Zusammenhang stellte **Herr Misch** den Geschäftsordnungsantrag nach § 9 Absatz 1 auf Nichtbehandlung des Tagesordnungspunktes.

Frau Dr. Brock merkte an, dass der Antrag nur in einen Prüfauftrag umgewandelt werden könne, wenn er auf der Tagesordnung verbleibt.

Nach Abstimmung mit dem Leiter des Rechtsamtes teilte **Herr Bartl** mit, dass der Antrag nicht hätte auf die Tagesordnung genommen werden dürfen. Da er sich aber auf der Tagesordnung befindet, müsse er auch behandelt werden.

- 10.2. Information zur Brandschutzsituation an Schulen, Horten & Kindertagesstätten in Halle (Saale)
Vorlage: V/2013/11917
wurde im Bildungsausschuss vertagt

Frau Dr. Bergner, CDU-Fraktion, informierte darüber, dass der Antrag

7.9 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Umbenennung der Emil-
Abderhalden-Straße
Vorlage: V/2010/08828

schon einmal in den Kulturausschuss verwiesen und dort beschlossen wurde, die Studie der Leopoldina abzuwarten, um eine fundierte Bewertung dieses Antrages vornehmen zu können. Aus diesem Grund beantragte sie, den Tagesordnungspunkt abzusetzen.

Frau Dr. Brock verwies darauf, dass der Antrag vor drei Jahren schon einmal gestellt wurde und nur die antragstellende Fraktion über die Absetzung entscheiden könne.

In diesem Zusammenhang stellte **Herr Bartl** klar, dass auch alle anderen Anträge von der Tagesordnung abgesetzt worden sind, welche in den Ausschüssen noch beraten werden müssen.

Da der Antrag im Kulturausschuss vertagt wurde, bat er um Abstimmung zur Absetzung des Antrages von der Tagesordnung.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich zugestimmt

Damit wurde der Tagesordnungspunkt

7.9 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Umbenennung der Emil-
Abderhalden-Straße
Vorlage: V/2010/08828
von der Tagesordnung abgesetzt.

Herr Bartl informierte, dass nachfolgende Dringlichkeitsanträge auf die Tagesordnung gesetzt werden sollen:

6.19 Erste Änderungssatzung zur Satzung über die Erhebung von Kostenbeiträgen für die Benutzung der Kindertageseinrichtungen in der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: V/2013/12328

Herr Kogge, Beigeordneter für Bildung und Soziales, teilte dazu mit, dass es redaktionelle Änderungen gab, die Satzung ab 01.01.2014 in Kraft treten soll und aus diesem Grund die Dringlichkeit gegeben sei.

Abstimmungsergebnis zur Aufnahme auf die TO:

**mit mehr als 2/3 Mehrheit
einstimmig zugestimmt**

Vorlage: V/2013/12328

Damit wird der Dringlichkeitsantrag unter dem Tagesordnungspunkt 6.19 behandelt.

Dringlichkeitsantrag des Stadtrates Olaf Sieber zur Umgestaltung des Straßenraums auf Grund des Bebauungsplans 75.1 "Dessauer Platz, SB-Warenhaus"
Vorlage: V/2013/12337

Herr Sieber, fraktionslos, begründete die Dringlichkeit des Antrages damit, dass ihm erst am 28.11.2013 bekannt wurde, dass es keinen Gestaltungsbeschluss zu dieser Baumaßnahme gibt, er diesen aber für dringend notwendig halte.

Abstimmungsergebnis zur Aufnahme auf die TO:

abgelehnt

Vorlage: V/2013/12337

Damit wurde der Antrag nicht auf die Tagesordnung genommen.

Weiterhin stellte **Herr Bartl** fest, dass die Dringlichkeit beim Dringlichkeitsantrag
8.12 Dringlichkeitsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Umbesetzung eines
Mitgliedes der Fraktion im Hauptausschuss
Vorlage: V/2013/12351
gegeben sei und er bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis zur Aufnahme auf die TO: mit mehr als 2/3 Mehrheit
Vorlage: V/2013/12351 einstimmig zugestimmt

Damit wird der Dringlichkeitsantrag unter dem Tagesordnungspunkt 8.12 behandelt.

Herr Lange, Fraktion DIE LINKE, beantragte die Vertagung des Tagesordnungspunktes
8.1 Antrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur Übernahme der Fahrtkosten
von BerufsschülerInnen zum Sportunterricht
Vorlage: V/2013/12271
auf die nächste Stadtratssitzung.
Damit wurde der Tagesordnungspunkt von der Tagesordnung abgesetzt.

Herr Bartl informierte darüber, dass 11 Änderungsanträge zum Tagesordnungspunkt 6.1
vorlägen und auf die Tagesordnung zu setzen sind.

Desweiteren gäbe es Ergänzungen zu den Tagesordnungspunkten:

6.7 Bebauungsplan Nr. 70.3 „Büschdorf Nord-Ost II, Am Diemitzer Graben " - Beschluss zur
öffentlichen Auslegung
Vorlage: V/2013/12012

Hierzu wurde ein Austauschblatt zur Seite 21 verteilt.

6.8 Spielflächenkonzeption Halle (Saale) 2013
Vorlage: V/2012/11313

Hierzu wurde ein geänderter Beschlussvorschlag verteilt.

6.19 Erste Änderungssatzung zur Satzung über die Erhebung von Kostenbeiträgen für die
Benutzung der Kindertageseinrichtungen in der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: V/2013/12328

Hierzu wurde ein Austauschblatt zur Anlage 1 verteilt.

7.10 Antrag des Stadtrates Martin Bauersfeld (CDU) zur Beseitigung der Skulpturengruppe vor
dem Finanzamt Blücherstraße
Vorlage: V/2013/11979

Hierzu wurde der Beschlussvorschlag geändert.

8.5 Antrag der SPD-Stadtratsfraktion zur Haushaltsaufstellung 2015
Vorlage: V/2013/12281

Hierzu liegt ein Änderungsantrag vor.

Herr Dr. Meerheim, Fraktion DIE LINKE, merkte an, dass man sich im Finanzausschuss
dazu verständigt hatte, die unter 6.1.1 bis 6.1.8 aufgeführten Anträge nicht erneut separat
abzustimmen, sondern im Paket zu belassen.

Herr Wolter, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM, führte aus, dass die Fraktionen am Montag eine geänderte Vorlage zum Haushalt zur Kenntnis bekommen haben und jetzt durch Herrn Oberbürgermeister ein Änderungsantrag zum Haushalt eingebracht werde. Da die Verwaltung den Auftrag erhielt, die Vorlage zu ändern, bat er um eine Erklärung dazu, weshalb ein erneuter Änderungsantrag vorgelegt wird.

Herr Bürgermeister Geier teilte dazu mit, dass zwei Varianten, sowohl eine entsprechende Vorlage durch die Verwaltung als auch ein Änderungsantrag denkbar seien. In dem vorliegenden Fall habe man sich für einen Änderungsantrag entschieden, welcher alle Punkte beinhaltet, die auf der Tagesordnung stehen und den Stand aus dem Finanzausschuss vom 10.12.2013 widerspiegeln.

Herr Misch, CDU-Fraktion, fragte an, ob alle Änderungsanträge, die bis zur heutigen Sitzung in irgendeiner Form vorlagen, in den Haushaltsplanentwurf 2014 eingearbeitet worden sind. Sollte dies der Fall sein, dürften die Änderungsanträge nicht mehr beschlossen werden.

Dazu informierte **Herr Bürgermeister Geier**, dass alle Änderungen, die besprochen worden sind, in der Vorlage 6.1.13 enthalten seien und es darüber hinaus keine weiteren Änderungsanträge gebe. Die jetzt noch auf der Tagesordnung stehenden Anträge müssten für erledigt erklärt werden.

Daraufhin stellte **Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates**, fest, dass die Anträge zu den Tagesordnungspunkten 6.1.1 bis 6.1.8 erledigt seien und die Anträge zu den Tagesordnungspunkten 6.1.9 bis 6.1.13 zur Abstimmung gebracht werden.

Herr Krause, SPD-Fraktion, informierte darüber, dass seine Fraktion zum Tagesordnungspunkt

8.5 Antrag der SPD-Stadtratsfraktion zur Haushaltsaufstellung 2015
Vorlage: V/2013/12281

den Änderungsantrag

8.5.1 Änderungsantrag des Oberbürgermeisters zum Antrag der SPD-Stadtratsfraktion zur Haushaltsaufstellung 2015 Vorlagen-Nummer V/2013/12281
Vorlage: V/2013/12334

übernehmen wird.

Bezugnehmend auf die Abstimmung zum Tagesordnungspunkt

7.9 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Umbenennung der Emil-Abderhalden-Straße
Vorlage: V/2010/08828

teilte **Frau Dr. Brock, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**, in einer persönlichen Erklärung mit, dass ihre Fraktion entsprechend § 24 der Geschäftsordnung Widerspruch eingelegt habe und sie sich vorbehalten, eine rechtliche Prüfung vornehmen zu lassen, ob das Verfahren zur Absetzung von der Tagesordnung in Ordnung war.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen und **Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates**, bat um Abstimmung der so geänderten Tagesordnung.

Somit wurde folgende geänderte Tagesordnung festgestellt:

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Genehmigung der Niederschrift vom 27.11.2013
4. Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse vom 27.11.2013
5. Bericht des Oberbürgermeisters
6. Beschlussvorlagen
 - 6.1 Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2014 sowie
Beteiligungsbericht über das Jahr 2012
Vorlage: V/2013/12027
 - 6.1.1 *Änderungsantrag der SPD-Stadtratsfraktion zur Haushaltssatzung und Haushaltsplanung
für das Jahr 2014 sowie Beteiligungsbericht über das Jahr 2012 (V2013/12027)*
Vorlage: V/2013/12151 erledigt
 - 6.1.2 *Änderungsantrag der Stadträtin Hanna Haupt (SPD-Fraktion) zur Beschlussvorlage
Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2014 sowie
Beteiligungsbericht über das Jahr 2012*
Vorlage: V/2013/12219 abgesetzt
 - 6.1.3 *Änderungsantrag der CDU-Stadtratsfraktion zur Haushaltssatzung und Haushaltsplanung
für das Jahr 2014 sowie Beteiligungsbericht über das Jahr 2012 (V2013/12027)*
Vorlage: V/2013/12231 erledigt
 - 6.1.4 *Änderungsantrag des Ausschusses für Wissenschafts- und Wirtschaftsförderung sowie
Beschäftigung zur Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2014
sowie Beteiligungsbericht über das Jahr 2012 (Vorlage-Nr. V/2013/12027)*
Vorlage: V/2013/12164 erledigt
 - 6.1.5 *Änderungsantrag des Stadtrates René Trömel (Fraktion DIE LINKE) zur
Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2014 - Vorlage-Nr.:
V/2013/12027*
Vorlage: V/2013/12181 erledigt
 - 6.1.6 *Änderungsantrag der SPD-Stadtratsfraktion zur Haushaltssatzung und Haushaltsplanung
für das Jahr 2014 sowie Beteiligungsbericht über das Jahr 2012*
Vorlage: V/2013/12282 erledigt
 - 6.1.7 *Änderungsantrag der SPD-Stadtratsfraktion zur Haushaltssatzung und Haushaltsplanung
für das Jahr 2014 sowie Beteiligungsbericht über das Jahr 2012*
Vorlage: V/2013/12339 abgesetzt
 - 6.1.8 *Änderungsantrag der SPD-Stadtratsfraktion zur Haushaltssatzung und Haushaltsplanung
für das Jahr 2014 sowie Beteiligungsbericht über das Jahr 2012 – Stellenplan 2014*
Vorlage: V/2013/12341 erledigt

- 6.1.9 Änderungsantrag der Fraktionen CDU und FDP zur Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Jahr 2014 sowie Beteiligungsbericht über das Jahr 2012 (V/2013/12027)
Vorlage: V/2013/12356
- 6.1.10 Änderungsantrag der Fraktionen CDU und FDP zur Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Jahr 2014 sowie Beteiligungsbericht über das Jahr 2012 (V/2013/12027)
Vorlage: V/2013/12358
- 6.1.11 Änderungsantrag der Fraktionen CDU und FDP zur Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Jahr 2014 sowie Beteiligungsbericht über das Jahr 2012 (V/2013/12027)
Vorlage: V/2013/12360
- 6.1.12 Änderungsantrag der Fraktionen CDU und FDP zur Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Jahr 2014 sowie Beteiligungsbericht über das Jahr 2012 (V/2013/12027)
Vorlage: V/2013/12361
- 6.1.13 Änderungsantrag der Verwaltung zur Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2014 sowie Beteiligungsbericht über das Jahr 2012
Vorlage: V/2013/12346
- 6.1.14 Änderungsantrag des Stadtrates Bernhard Bönisch (CDU) zur Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Jahr 2014 sowie Beteiligungsbericht über das Jahr 2012 (V/2013/12027)
Vorlage: V/2013/12372
- 6.1.15 Änderungsantrag des Stadtrates Bernhard Bönisch (CDU) zur Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Jahr 2014 sowie Beteiligungsbericht über das Jahr 2012 (V/2013/12027)
Vorlage: V/2013/12373
- 6.1.16 Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE zur Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Jahr 2014 sowie Beteiligungsbericht über das Jahr 2012 – Stellenplan 2014
Vorlage: V/2013/12374
- 6.2 Brandschutzbedarfsplan
Vorlage: V/2012/10626
- 6.3 *Entlastung der Mitglieder des Verwaltungsrates der Saalesparkasse für das Jahr 2012*
Vorlage: V/2013/11968 *abgesetzt*
- 6.4 Stellungnahme der Stadtverwaltung Halle (Saale) zur überörtlichen Prüfung der Stadt Halle (Saale) durch den Landesrechnungshof mit dem Schwerpunkt "Ausgewählte Maßnahmen der Jugendhilfe und der sonstigen Jugendarbeit"-Prüfbericht des Landesrechnungshofes vom 11.März 2013
Vorlage: V/2013/11937
- 6.5 Verteilung der Regionalisierungsmittel des Landes Sachsen-Anhalt gemäß § 8 ÖPNV – Gesetz des Landes Sachsen-Anhalt für die HAVAG für das Jahr 2014, die Mittel für den Ausgleich verbundbedingter Belastungen und die Verteilung der Mittel nach § 9 ÖPNV-
Vorlage: V/2013/11879

- 6.6 Bebauungsplan Nr. 73 " Wohngebiet Bennstedter Straße/Granau" -
Aufstellungsbeschluss
Vorlage: V/2013/11802
- 6.7 Bebauungsplan Nr. 70.3 „Büschdorf Nord-Ost II, Am Diemitzer Graben " - Beschluss zur
öffentlichen Auslegung
Vorlage: V/2013/12012
- 6.8 Spielflächenkonzeption Halle (Saale) 2013
Vorlage: V/2012/11313
- 6.8.1 Änderungsantrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zur
Spielflächenkonzeption Halle (Saale) 2013, Vorlage: V/2012/11313
Vorlage: V/2013/12327
- 6.8.2 Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Beschlussvorlage
Spielflächenkonzeption Halle (Saale) 2013; Vorlage V/2012/11313
Vorlage: V/2013/12326
- 6.9 Mitgliedschaft der Stadt Halle (Saale) im Klima-Bündnis Alianza del Clima / Climate
Alliance e. V.
Vorlage: V/2013/12229
- 6.10 *Anbringung einer Gedenktafel anlässlich 200 Jahre Befreiungskriege am nördlichen
Hausmannsturm der Marktkirche*
Vorlage: V/2013/12037 *abgesetzt*
- 6.11 1. Änderung zur Entgeltordnung der Volkshochschule Adolf Reichwein der Stadt Halle
(Saale)
Vorlage: V/2013/12128
- 6.12 1. Änderung der Satzung der Volkshochschule Adolf Reichwein der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: V/2013/12129
- 6.13 Erste Änderung des Zweiten Grundsatz- und Baubeschluss zur Brandschutzgrund-
sicherung an Schulen (Vorlage: V/2012/10587)
Vorlage: V/2013/11649
- 6.14 *Baubeschluss zur Teilsanierung der Grundschule Frohe Zukunft Standort Dessauer Str.
152*
Vorlage: V/2013/11962 *abgesetzt*
- 6.15 *Prioritätenliste Investitionen in Kindereinrichtungen (Kitas und Horten), Teil 2*
Vorlage: V/2013/11918 *abgesetzt*
- 6.16 Jahresabschluss 2012 des EB ZGM
Vorlage: V/2013/11944
- 6.17 Richtlinie der Stadt Halle (Saale) zur Förderung und Anerkennung bürgerschaftlichen
Engagements
Vorlage: V/2013/11956
- 6.18 Stadtmarketing Halle (Saale) GmbH - Strategische Ausrichtung und Prioritätensetzung
Vorlage: V/2013/12291

- 6.19 Erste Änderungssatzung zur Satzung über die Erhebung von Kostenbeiträgen für die Benutzung der Kindertageseinrichtungen in der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: V/2013/12328
7. Wiedervorlage
- 7.1 *Antrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur Bekämpfung von Armut im Alter*
Vorlage: V/2013/12098 abgesetzt
- 7.2 *Antrag des Stadtrates Roland Hildebrandt (CDU) zum Quartierbereich Büschdorf-Nord*
Vorlage: V/2013/12097 abgesetzt
- 7.3 *Antrag der SPD-Stadtratsfraktion zur Namensfindung für ein Stadtviertel nördlich der Altstadt*
Vorlage: V/2013/11461 abgesetzt
- 7.4 Antrag der FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zum IHK-Handelsatlas
Vorlage: V/2013/12113
- 7.5 Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zur Einführung eines Kulturtickets für Studierende
Vorlage: V/2013/11839
- 7.6 Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zur Einführung von Bildschirmen mit Kulturwerbung der Stadt
Vorlage: V/2013/12102
- 7.7. Antrag der Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE zur Prüfung des Zustands der Hochstraße
Vorlage: V/2013/11710
- 7.8 *Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Ergänzung des Hochwasserberichtes 2013*
Vorlage: V/2013/12112 abgesetzt
- 7.9 *Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Umbenennung der Emil-Abderhalden-Straße*
Vorlage: V/2010/08828 abgesetzt
- 7.9.1 *Änderungsantrag des Oberbürgermeisters zum Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Umbenennung der Emil-Abderhalden-Straße (Vorlagen-Nummer: V/2010/08828)*
Vorlage: V/2013/12347 abgesetzt
- 7.10 Antrag des Stadtrates Martin Bauersfeld (CDU) zur Beseitigung der Skulpturengruppe vor dem Finanzamt Blücherstraße
Vorlage: V/2013/11979
8. Anträge von Fraktionen und Stadträten
- 8.1 *Antrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur Übernahme der Fahrtkosten von BerufsschülerInnen zum Sportunterricht*
Vorlage: V/2013/12271 abgesetzt

- 8.2 Antrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur Abstimmung von Marketingaktivitäten in der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: V/2013/12272
- 8.3 Antrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur Veröffentlichung von Planungsverfahrenständen und Beteiligungsmöglichkeiten im Internet
Vorlage: V/2013/12273
- 8.4 Antrag der FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zur Zweckbestimmung kommunaler Unternehmen
Vorlage: V/2013/12283
- 8.5 Antrag der SPD-Stadtratsfraktion zur Haushaltsaufstellung 2015
Vorlage: V/2013/12281
- 8.5.1 Änderungsantrag des Oberbürgermeisters zum Antrag der SPD-Stadtratsfraktion zur Haushaltsaufstellung 2015 Vorlagen-Nummer V/2013/12281
Vorlage: V/2013/12334
- 8.6 Antrag der SPD-Stadtratsfraktion zur Änderung der Geschäftsordnung des Stadtrates und seiner Ausschüsse
Vorlage: V/2013/12277
- 8.7 Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zur Instandsetzung von gesperrten Spielplätzen
Vorlage: V/2013/12313
- 8.8 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Erhalt der Allee in der Pfännerhöhe
Vorlage: V/2013/12299
- 8.9 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu Zustand und Weiterentwicklung der Breitband- und IT-Ausstattung der städtischen Schulen
Vorlage: V/2013/12300
- 8.10 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Erhalt der Straßenbahnlinie 6
Vorlage: V/2013/12307
- 8.11 Antrag der Stadträtin Dr. Inés Brock (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) zur Anbringung von Fahrradpiktogrammen in der Großen Ulrichstraße
Vorlage: V/2013/12298
- 8.12 Dringlichkeitsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Umbesetzung eines Mitgliedes der Fraktion im Hauptausschuss
Vorlage: V/2013/12351
- 9. schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten
- 9.1 Anfrage des Stadtrates Andreas Scholtyssek (CDU) zur Stellplatzsituation im Gesundbrunnenviertel
Vorlage: V/2013/12171
- 9.2 Anfrage des Stadtrates Andreas Scholtyssek (CDU) zum Rettungskonzept an der ICE-Strecke Halle-Erfurt
Vorlage: V/2013/12314

- 9.3 Anfrage des Stadtrates Andreas Scholtyssek (CDU) zu den Planungen der Stadt zur Verbesserung des Hochwasserschutzes
Vorlage: V/2013/12315
- 9.4 Anfrage des Stadtrates Raik Müller (CDU) zum Zustand des Hechtgrabens in Dölau
Vorlage: V/2013/12253
- 9.5 Anfrage der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zum Parkkonzept am Stadion "Erdgas Sportpark"
Vorlage: V/2013/12278
- 9.6 Anfragen der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zum Bebauungsplan Nr. 158 "Freizeit- und Erholungsraum Hufeisensee" (Vorlagen-Nr.: V/2013/11896)
Vorlage: V/2013/12174
- 9.7 Anfrage der SPD-Stadtratsfraktion zur Verkehrsführung am August-Bebel-Platz
Vorlage: V/2013/12276
- 9.8 Anfrage der FDP-Stadtratsfraktion zum Raumkonzept des FB 24
Vorlage: V/2013/12284
- 9.9 Anfrage der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zur Grund- und Schichtwassersituation Halle/Seeben
Vorlage: V/2013/12312
- 9.10 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Online-Katalog der Stadtbibliothek Halle
Vorlage: V/2013/12301
- 9.11 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu Umfang und Kosten des Projektes "Freizeit- und Erholungsraum Hufeisensee"
Vorlage: V/2013/12302
- 9.12 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Halle-Pass
Vorlage: V/2013/12303
- 9.13 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu Laubsaugern und Laubbläsern
Vorlage: V/2013/12304
- 9.14 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Stand Breitbandverfügbarkeit und -ausbau
Vorlage: V/2013/12305
- 9.15 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu in den Jahren 2011 und 2012 in Auftrag gegebenen Gutachterleistungen
Vorlage: V/2013/12306
- 9.16 Anfrage des Stadtrates Olaf Sieber zur Übereinstimmung des geplanten Bauvorhabens im Rahmen des Bebauungsplanverfahren 162 mit der Gemeindeordnung Sachsen-Anhalt
Vorlage: V/2013/12184
- 9.17 Anfrage des Stadtrates Olaf Sieber zum geplanten Bauvorhaben im Geltungsbereich des Bebauungsplanverfahrens 162 im Vergleich zu einem GWG-Projekt am Hubertusplatz
Vorlage: V/2013/12182

- 9.18 Anfrage des Stadtrates Olaf Sieber zur Verwertung des Grundstücks im Geltungsbereich des Bebauungsplanverfahrens 162 im Heideweg
Vorlage: V/2013/12180
- 9.19 Anfrage des Stadtrates Olaf Sieber zu einem Beweissicherungsverfahren im Rahmen der Abrissarbeiten und späterer Baumaßnahmen im Geltungsbereich des Bebauungsplanverfahrens 162 im Heideweg
Vorlage: V/2013/12179
- 9.20 Anfrage des Stadtrates Olaf Sieber zu in Bearbeitung befindlichen Bebauungsplänen
Vorlage: V/2013/12178
- 9.21 Anfrage des Stadtrates Olaf Sieber zum Einsatz von Straßenborden
Vorlage: V/2013/12308
- 9.22 Anfrage des Stadtrates Olaf Sieber zur Führung des Radverkehrs in der Heideallee
Vorlage: V/2013/12309
- 9.23 Anfrage des Stadtrates Olaf Sieber zu Vorgaben der HAVAG zu einzuhaltenden Abständen der Straßenbahnen zu Fahrrädern und Beachtung der StVO
Vorlage: V/2013/12310
- 9.24 Anfrage des Stadtrates Olaf Sieber zur Finanzierung des Fußwegebaus zwischen der Haltestelle Am Heidensee und dem Gleisübergang
Vorlage: V/2013/12311
- 9.25 Anfrage des Stadtrates Olaf Sieber zur Sicht der Verwaltung auf die weitere Vorgehensweise im Rahmen des Bebauungsplanverfahrens 162
Vorlage: V/2013/12316
10. Mitteilungen
- 10.1 Veranstaltungshöhepunkte 2014
Vorlage: V/2013/12163
- 10.2 *Information zur Brandschutzsituation an Schulen, Horten & Kindertagesstätten in Halle (Saale)*
Vorlage: V/2013/11917 *abgesetzt*
- . Richtlinie der Stadt Halle (Saale) zur Hortbetreuung von Kindern mit besonderem Förderbedarf
Vorlage: V/2013/11554
11. mündliche Anfragen von Stadträten
12. Anregungen
- 12.1 Anregung der SPD-Stadtratsfraktion zur Beschilderung in der Lessingstraße
Vorlage: V/2013/12275
13. Anträge auf Akteneinsicht

zu 3 Genehmigung der Niederschrift vom 27.11.2013

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates, verwies darauf, dass wegen der verkürzten Sitzungsfolge noch keine Niederschrift vorliegt.

zu 4 Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse vom 27.11.2013

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates, informierte über folgende, in der Stadtratssitzung am 27.11.2013 in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse:

**zu 4.1 Bestellung des Wirtschaftsprüfers für die Jahresabschlussprüfung 2013 der Berufsförderungswerk Halle (Saale) gGmbH
Vorlage: V/2013/12053**

Beschluss:

Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) genehmigt folgende Beschlussfassung des gesetzlichen Vertreters der Gesellschafterin Stadt Halle (Saale) in der Gesellschafterversammlung der Berufsförderungswerk Halle (Saale) gGmbH vom 04.07.2013:

Beschlusstext: Die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Rödel & Partner wird mit der Prüfung des Jahresabschlusses der Berufsförderungswerk Halle (Saale) gGmbH für das Jahr 2013 beauftragt.

**zu 4.2 Belastung eines Erbbaurechtes mit Grundschulden
Vorlage: V/2013/12080**

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt, die Stadtverwaltung gemäß Beschlussvorlage zu ermächtigen, der Belastung des Erbbaurechtes für das Grundstück Hans-Dittmar-Str. 9 (Gemarkung Trotha, Flur 30, Flurstück 55) durch die Bestellung von Grundschulden in Höhe von 2.500.000,00 € zzgl. Zinsen und Nebenleistungen zugunsten eines der deutschen Bankenaufsicht unterliegenden Kreditinstitutes zuzustimmen.

**zu 5.1 Antrag der FDP-Fraktion, der SPD-Fraktion und der CDU-Fraktion Halle (Saale) auf Einleitung eines Disziplinarverfahrens gegen den Oberbürgermeister
Vorlage: V/2013/11995**

Beschluss:

Der Stadtrat leitet gegen den Oberbürgermeister ein Disziplinarverfahren ein. Der Verdacht von Dienstvergehen ist durch die Kommunalaufsichtsbehörde zu prüfen.

zu 5 Bericht des Oberbürgermeisters

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand berichtete darüber, dass es gemeinsam mit dem Umweltminister eine Einigung zum Gimritzer Damm gegeben und man sich auf eine Zeitschiene im Hinblick auf einen möglicherweise vorzeitigen Maßnahmenbeginn verständigt habe.

Die Unterlagen dazu seien im Internet hinterlegt und der Landesbetrieb für Hochwasserschutz hat speziell dazu eine Internetseite unter www.gimritzer-damm.de geschaltet.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand wies darauf hin, dass das gewählte Verfahren, auch im Hinblick auf den vorzeitigen Maßnahmenbeginn, vom Landesverwaltungsamt weiter geprüft wird, so dass bei Einhaltung der Bauzeit Ende des nächsten Jahres der Damm fertiggestellt sein soll. Dabei handelt es sich um eine Kombination aus Damm mit einer sogenannten Spundwand, die planungsrechtlich und planungsästhetisch in die Landschaft eingebettet werden soll.

In diesem Zusammenhang bedankte sich **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** beim SPD-Ortsverein Halle-Neustadt, welcher sehr intensiv an der Entscheidung mitgearbeitet und Unterstützung geleistet habe. Ausdrücklich bedankte sich **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** beim Vorsitzenden des Ortsvereins, Herrn Klaus Dieter Weißenborn.

Desweiteren zitierte **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** aus einer Nachricht des Landesverwaltungsamtes zur Theater, Oper und Orchester GmbH: „Sehr geehrter Herr Wiegand, auf Grund Ihres Antrages erhebt das Landesverwaltungsamt die Zusicherung zur Bereitstellung von Landesmitteln im Hinblick auf die TOO in Höhe von 9.053.000 Euro für die Sicherung des Spielbetriebes der Bühnen Halle GmbH.“

Diese Zusicherung auf der Grundlage von § 38 Verwaltungsverfahrensgesetz beziehe sich darauf, dass eine förmliche Antragstellung mit einem ausgeglichenen Kosten- und Finanzplan vorgelegt wird.

Diesbezüglich beginnen am morgigen Tag die Verhandlungen mit den Intendanten, dem Geschäftsführer und dem Oberbürgermeister im Hinblick auf die Umsetzung des vom Geschäftsführer der TOO vorgelegten Strukturkonzeptes.

Mit der Vorlage des ausgeglichenen Kosten- und Finanzierungsplanes, welcher möglich und abwäglich ist und den jetzigen Stand des Haushaltsplanes wiedergibt, wäre es entsprechend möglich, der Zusicherung Rechnung zu tragen, um die Mittel zu erhalten.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand gab noch den Hinweis, dass eine weitere Voraussetzung das Vorliegen eines gesetzlich bestätigten Haushaltes sei. Er appellierte daran, auch in der anschließenden Diskussion und der Vorbereitung auf den Haushalt darauf hinzuwirken, den Haushaltsausgleich zu erreichen.

Bezug nehmend auf den Lenkungsausschuss Personal führte Herr **Oberbürgermeister Dr. Wiegand** aus, dass man sich auf Personalstellen geeinigt habe, die auch die Bestätigung der Verwaltung finden.

In diesem Zusammenhang wies er aber darauf hin, dass die zur heutigen Sitzung eingegangenen Änderungsanträge nicht vom Lenkungsausschuss behandelt worden sind und dies in der Konsequenz bedeute, dass Stellen zu streichen wären und die Verwaltung hier die Kündigung aussprechen müsse, was arbeitsrechtlich sehr problematisch sei.

zu 6 **Beschlussvorlagen**

zu 6.1 **Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2014 sowie Beteiligungsbericht über das Jahr 2012 Vorlage: V/2013/12027**

Zu den Haushaltsreden wurde ein Wortprotokoll erstellt.

Haushaltsrede Herr Krause, SPD-Fraktion

Herr Vorsitzender, Herr Oberbürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren.
Für den Haushaltsplan 2014 trifft vieles zu, was hier schon über die Haushaltspläne der vergangenen Jahren zu sagen war und gesagt wurde.
Auch im Jahr 2014 steht die dauerhafte Einnahmeschwäche ganz oben auf der Liste der Probleme. Die Entwicklung der Gewerbesteuer ist gut, aber dennoch bleibt der Abstand zu dem Einnahmenniveau der meisten anderen ostdeutschen Großstädte groß.
Nach wie vor fehlen uns 30 Mio. Euro Gewerbesteuereinnahmen und nach wie vor liegt das nicht an fehlenden halleschen Ansiedlungserfolgen, auch wenn dieser Vorwurf immer mal durch die Medien geistert. Der Grund liegt in den Gemeindegrenzen. Reales Gemeindegebiet gehört weiter gebietskörperschaftlich nicht zur Stadt Halle.

Das entsprechende Gutachten feiert in diesem Jahr, wenn ich mich nicht irre, seinen zwanzigsten Geburtstag. Würde es heute neu angefertigt, wäre das Ergebnis noch eindrücklicher.

Ebenso das wachsende Missverständnis von Aufgaben und Einnahmen, das nicht nur Halle trifft. Die gesamte kommunale Familie muss seit Jahren hinnehmen, dass sich die Schere hier weiter öffnet. Das trifft arme und reiche Kommunen.
Aber für die armen ist es härter, denn es geht hier ans Eingemachte. Das ist auch in diesem Jahr in Halle so.

Es ärgert mich sehr, wenn in diesem Zusammenhang in der öffentlichen Debatte immer wieder der Satz auftaucht, wir brauchen keine Steuererhöhungen, noch nie hatte der Staat so hohe Einnahmen, wie in diesem Jahr.
In der Tat hatten die öffentlichen Hände 2013 mehr Einnahmen, als in allen Jahren seit Gründung der Bundesrepublik Deutschland. Was sonst. Dieser Umstand trifft auf über 50 Jahre der 64 Jahre Bundesrepublik zu.
Eine Ausnahme bilden nur die Jahre, in denen die Wirtschaft krisenbedingt schrumpfte. Ein Kommunalpolitiker kann da nur staunen.

Ich erspare mir jetzt eine Aufzählung dessen, was der Bund den Kommunen in den vergangenen Jahren an neuen Aufgaben aufgebürdet hat. Die Einnahmesteigerungen der vergangenen zehn Jahre in unseren Haushalten sind von diesen Mehraufgaben mehr als aufgeessen worden.

Gleichzeitig sind aber die Kosten der Verwaltung allgemein gestiegen. Die Steigerung fällt über die Jahre geringer aus, als die allgemeine Inflation. Das gelingt aber nur, weil die Sachausgabepositionen chronisch unterfinanziert gehalten werden.

Das Motto „schieben, strecken, streichen“ gilt auch für das Jahr 2014.

Seit 2002 wurden durch Maßnahmen, die wir unter dem Begriff „Haushaltskonsolidierung“ zusammengefasst haben, mehr als 100 Mio. Euro gespart. Damit hat die Stadt in diesen Jahren die Mehrausgaben, insbesondere durch Tarifsteigerungen aufgefangen. Mehr aber auch nicht.

Rechnet man die Inflation heraus, sind die Ausgaben der Stadt heute geringer als 2002. Die realen, aus Inflation bereinigten Einnahmen allerdings auch. Die inflationsbereinigte Lücke in den Haushalten schwankte real zwischen unter 20 und über 30 Mio. Euro bezogen auf das Inflationsniveau von 1998. Geschlossen werden konnte diese Lücke allerdings nie.

Seit 2012 ist sie wieder deutlich gewachsen, allerdings vor allem, weil in die Ausgaben des doppelhaushalts jetzt auch die Abschreibungen für städtische Gebäude und Straßen einfließen, die vorher nicht berücksichtigt werden mussten.

Im Jahr 2014 ist ein Defizit von 38 Mio. Euro geplant. Wenn sich an der Finanzausstattung der Kommunen in Deutschland nicht grundlegend etwas ändert, werden wir auch in den kommenden Jahren der Inflation hinterher sparen und das jährliche Defizit nicht schließen können.

Wir haben, was die Relation von Ausgaben und Einnahmen betrifft, also einen Haushaltsplan vor uns, der denen der vergangenen Jahre gleicht. Für dieses Defizit tragen Sie, Herr Oberbürgermeister, keine Verantwortung, das will ich ausdrücklich hier betonen.

Es stört mich aber, dass Sie stets nur auf dem buchhalterischen Ausgleich im Finanzplan abheben, wenn Sie über den Haushaltsplan sprechen. Dieser Ausgleich ist nur der doppelhaushaltlichen Darstellung geschuldet. Hier dürfen die Kommunen, was in der Kameralistik nicht vorgesehen ist und nicht möglich war, nämlich Defizite zwischen den jährlichen Einnahmen und Ausgaben mit Rücklagen verrechnen. In unserem Fall handelt es sich aber nur um buchhalterische Rücklagen.

Es wäre besser, wenn Sie es vollständig darstellen würden. Sie könnten zum Beispiel sagen, der Haushalt ist der Form nach ausgeglichen und wird daher wahrscheinlich genehmigt.

Real werden wir aber am Ende des Jahres über 30 Mio. Euro mehr Kassenschulden haben als heute.

Das Land hat diese Gesetzeslücke übrigens erkannt und es ist wahrscheinlich, dass sie bereits in diesem Jahr oder im kommenden Jahr geschlossen wird. Das Kürzen von Ausgaben muss weitergehen und geht weiter.

Dabei stellen wir fest, eine große Mehrheit der Hallenserinnen und Hallenser findet, dass die Stadt allgemein zu viel Geld ausgibt und natürlich sparen könnte.

Gleichzeitig findet eine große Mehrheit von Hallenserinnen und Hallensern, dass die Stadt an bestimmten Stellen viel zu wenig Geld ausgibt. Die Sätze beginnen dann mit, „dafür habt ihr Geld“.

Legt man alle diese Sätze übereinander, könnte man die Ausgaben verdoppeln.

In dieser Lage ist der Stadtrat aber heute nicht. Wir haben über einen Haushalt zu beschließen, der die Unterfinanzierung aller Verwaltungsbereiche fortsetzt. Die Verwaltung hat sich redlich bemüht, dem entgegen zusteuern.

Im Falle des Stellenplanes ist sie dabei aus unserer Sicht aber eher übereifrig gewesen.

In dem Bemühen, die Beschäftigtenzahlen schnell zu verringern, hat die Verwaltung versucht, 250 Stellen mit dem Vermerk „keine Wiederbesetzung“ zu versehen und gehofft, möglichst viele Inhaberinnen und Inhaber solcher Stellen mit Abfindungen und Rentenangeboten zum vorzeitigen Ausscheiden zu bewegen.

Uns hat gestört bei diesen intensiven Beratungen Herr Oberbürgermeister, dass so, wie der Stadtrat sich das im ursprünglichen Beschluss vorgestellt hat, eine Aufgabenkritik vorher, bevor man Maßnahmen beschließt, in den meisten Fällen nie richtig stattgefunden hat und wir oft im Nebel gestochert haben, wenn wir über die Sinnhaftigkeit einer Maßnahmen zu beschließen hatten.

Gleichzeitig wird jetzt 474 Beschäftigten ermöglicht, ihre Arbeitszeit zu verkürzen. Die sehr optimistische Minderausgabe von 4 Mio. Euro im Personalhaushalt, die sich aus beiden Maßnahmen speisen soll, ist schon in den Haushalt eingepreist.

Die Vorschläge für die einzelnen Stellen zeigen schon ein gewisses Maß an Verzweiflung, so meinen wir, wenn etwa alle Mitarbeiter des Hauses der Wohnhilfe „kw“, also keine Wiederbesetzung, gesetzt werden, weil die Stadtverwaltung das Haus irgendwie, irgendwann an einen Träger übergeben will.

Was, wenn diese Mitarbeiter tatsächlich zum 01.01.2014 die Stadtverwaltung verließen?

Selbst wenn die Vorlage zur Ausschreibung an einen Träger fertig wäre, was sie nicht ist, und interessierte Träger da wären, was ich bezweifle, bis ausgeschrieben und übergeben wäre, würden Monate vergehen. Wohin würden Obdachlose in Halle sich bis dahin wenden? Seien Sie dankbar, lieber Herr Kogge, dass wir das verhindert haben.

Die Personalkostenstabilisierung mit der Brechstange wird Folgen haben.

So wollen im Jobcenter zum Beispiel 32 Beschäftigte das Arbeitszeitmodell annehmen. Sie würden dann 36 Stunden arbeiten und 38 Stunden bezahlt bekommen.

Aber, erstens trägt der Bund die Personalkosten dieser Beschäftigten nicht und wird sich nicht darauf einlassen, dieses Modell mitzumachen.

Zweitens gibt es im Jobcenter nun wirklich keinen Personalüberhang. Die Arbeitsstunden dort müssen kompensiert werden.

Wir haben im Finanzausschuss nachgefragt, wie das gelöst werden soll. Die betreffenden Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sollen in die Verwaltung zurück und durch andere städtische Mitarbeiter ersetzt werden. So hat uns das Herr Prof. Furchert bestätigt, sogar noch auf Nachfrage in der Pause der Sitzung.

Wenn Sie aber wissen, wie diese Mitarbeiter geschult sind, dass sie regelmäßig Gesetzesänderungen per Schulungen mitmachen müssen und die sofort in ihre Beratung mit einfließen lassen müssen, dann wissen Sie, dass das schlicht und ergreifend gar nicht geht.

Das zeigt aus meiner Sicht wenig Kenntnis über die Aufgaben der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Jobcenter.

Die Ersetzung und Einarbeitung von 30 neuen Beschäftigten zur gleichen Zeit ist schlicht nicht machbar. Abgesehen davon wird es große Schwierigkeiten geben, Leute zu finden, die ins Jobcenter wechseln wollen.

Man muss kein Prophet sein, um vorherzusagen, dass all das nicht so einfach aufgehen wird.

Übrigens habe ich gehört, ich weiß nicht ob es stimmt, aber ich vermute mal, dass das stimmt, dass es bis heute keinen Sammelbescheid gibt gegenüber der Agentur für Arbeit. Das heißt, es gibt keine vernünftigen Absprachen mit der Agentur für Arbeit für die personal-

wirtschaftlichen Maßnahmen. Das hätte das Risiko für die einzelnen Mitarbeiter, dass Abfindungen, die möglicherweise gezahlt werden, angerechnet werden und andere Dinge in dieser Richtung passieren.

Ich kann die Stadt nur auffordern, da schnell zu handeln und schnell tätig zu werden, sonst führen wir das Modell personalwirtschaftliche Maßnahmen ganz und gar ad absurdum.

Grundsätzlich gilt für jede Planung, dass sie in der Gefahr ist, nicht aufzugehen. Man kann die Zukunft nicht vorhersagen, geschweige denn, exakt beschließen.

Im vorliegenden Haushaltsplan summieren sich die Risiken allerdings erheblich.

Ein Risiko können wir abwenden, nämlich das für die Theater, Oper und Orchester GmbH. Herr Oberbürgermeister, Sie haben am 27.11. hier vorgetragen, das Land könne nicht bereit sein, die Kosten des Umbaus der Gesellschaft für die Jahre 2014 bis 2018 mitzutragen. Daraus würde sich bereits 2014 eine Lücke von 2,9 Mio. Euro für die TOO ergeben, die die Stadt zu schließen hätte.

Dabei hat das Land in einem Haushaltsvermerk klar und eindeutig festgelegt, dass das Land bereit ist, seinen entsprechenden Strukturfond aufzufüllen und die benötigten Umbaumittel zur Verfügung zu stellen, wenn die Träger der Theater, also auch die Stadt Halle, dem Kultusministerium und dem Landtagsausschuss für Kultur und Bildung die dazu nötigen Konzepte vorlegen.

Darauf sind Sie, Herr Oberbürgermeister, am 11. Dezember in Magdeburg noch einmal hingewiesen worden.

Am 22. Januar 2014 befasst sich der Ausschuss für Kultur und Bildung des Landtages noch einmal mit den Theater- und Orchesterverträgen. Ich meine, wir sollten es schaffen können, was den Kollegen in Eisleben bereits im November gelungen ist, dem Land unseren Bedarf plausibel darzulegen. Dann können wir am 22. Januar den Übergang der TOO im Rahmen des neuen Vertrages sichern und die Insolvenz vermeiden.

Sehr geehrte Damen und Herren, die SPD-Fraktion wird dem vorliegenden Haushaltsplan nicht zustimmen. Wir werden uns der Stimme enthalten. Es sind die Haushaltsrisiken, die uns eine Zustimmung unmöglich machen.

Die Verwaltung wird nach Beschluss dieses Haushaltes beginnen, die Inhaberinnen und Inhaber von 87 kw-Stellen möglichst zum Abschluss von Verträgen zu bewegen, die deren vorzeitiges Ausscheiden zur Folge haben wird. In Fällen, in denen die Stelleninhaber dies nicht wollen, werden sie umgesetzt und die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auf die Stellen umgesetzt, die gern ausscheiden wollen. Zugleich dürfen 474 Beschäftigte ihre Arbeitszeit um 10 % verkürzen. Das entspricht 47,4 Vollzeitstellen, deren Arbeit jetzt von anderen zu erledigen ist.

Diese Maßnahmen werden viele Folgen haben. Es werden Stellen wegfallen, die eigentlich gebraucht werden. Wir haben im Ausschuss für Personalbedarfsplanung die Vorschläge für kw-Setzung sehr genau und verantwortungsvoll beraten.

Gegen unsere Stimmen sind dabei viele kw-Stellen gesetzt worden, die aus unserer Sicht eigentlich notwendig sind.

Es werden Mitarbeiter ausscheiden, die dazu auf kw-Stellen versetzt werden, auf deren Stellen müssen die Inhaber der kw-Stellen umgesetzt werden, auch weitreichende Ketten von Umsetzungen sind denkbar.

Nicht bei allen diesen sogenannten Kettenbildungen werden die Ausscheidungen innerhalb der Verwaltung ersetzt werden können. Schon gar nicht, wenn die Renten- und Abfindungsverträge schon Anfang 2014 geschlossen werden sollten.

Das bedeutet aber, dass wir Beschäftigten Abfindungen und Rentenleistungen zahlen, damit sie ausscheiden und dann für deren Tätigkeit neue Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter anstellen werden. Das ist absurd.

Für diejenigen, in deren Bereichen Stellen wegfallen, bedeutet das Arbeitsverdichtung. In vielen Fällen, das haben wir im Personalbedarfsausschuss sehr genau erfahren, trifft das Bereiche, in denen wir jetzt schon eine dauerhafte Überbelastung der Beschäftigten und hohe Krankenstände zu verzeichnen haben. In vielen Fällen, und oft überschneidet sich das, trifft es Bereiche, die noch an den Folgen der sogenannten Verwaltungsstrukturreform des Oberbürgermeisters leiden.

Die Bürgerinnen und Bürger werden Verschlechterungen spüren. Ich nenne hier nur die kw-Setzung in der Führerscheinstelle und Kfz-Zulassungsstelle. Das Beispiel Jobcenter habe ich auch schon aufgeführt.

Wir halten das Zahlenwerk an sich für zustimmungsfähig, aber das, was beim Personal angerichtet wird, kann unsere Zustimmung nicht finden.
Vielen Dank.

Haushaltsrede Herr Dr. Meerheim, Fraktion DIE LINKE

Meine sehr geehrten Damen und Herren, sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, sehr geehrter Herr Vorsitzender des Stadtrates.

Gestatten Sie mir ein kleines Vorwort, bevor ich mich in meine Rede stürze zum Haushalt.

Eigentlich hatte ich erwartet, dass bevor Herr Krause auftritt und bevor ich auftrete, Herr Geier hier auftritt. Herr Geier ist der Bürgermeister und Beigeordnete für Finanzen und rein fachlich für den Haushalt der Stadt Halle zuständig.

Und wenn der Oberbürgermeister schon selbst es nicht tut, dann wenigstens sein Beigeordneter fachlicherseits, hätte hier und heute den Haushalt als erstes einbringen müssen. Und zu den Dingen, die in den vergangenen Diskussionsrunden in verschiedenen Ausschüssen passiert sind und inhaltlich dann in den Haushaltsplanentwurf, der so wie er uns vorliegt eingeflossen sind, dazu Stellung zu beziehen.

Es ist schade, dass von dieser Tradition, die wir jetzt seit 22 Jahren üben, abgewichen wird. Ich hoffe, es gibt einen sachlichen Grund dafür.

Aber ich wollte es zumindest kritisch angemerkt haben, dass ich das nicht richtig und gut finde.

Jetzt zurück zu der Rede zum Haushalt. Ich fange heute wieder meine Rede an, wie die, die ich im letzten Jahr gehalten habe. Die Ausgangssituation ist zwar ein klein wenig eine andere, für die heutige Rede, im Vergleich zu der im Vorjahr, aber mein gedanklicher und auch emotionaler Endpunkt dazu ist fast haargenau der gleiche, wie im letzten Jahr.

Ich fragte damals, wie man nach so einer verrückten Haushaltsdiskussion und Diskussion im Personalausschuss noch eine einigermaßen vernünftige Haushaltsrede hinbekommen könnte. Und diese Frage stellte ich mir erneut vor dem heutigen Mittwoch, spätestens nach unserer letzten Sitzung aber im Finanzausschuss.

Dann kam jetzt der letzte Montag. Der Tag, nach meinem schönsten Tag in diesem Jahr, nach meinem Geburtstag. Und ich freute mich auf die abendliche Fraktionssitzung. Doch als ich dort die Veränderungsblätter der Verwaltung zum Haushalt 2014 durchlas, dachte ich genauso, wie vor dem Zustandekommen meiner Rede zum Haushalt 2013, Scheiße, was soll denn das jetzt.

Meine Damen und Herren, Entschuldigung für das Wort, da habe ich mich auch damals entschuldigt. Aber es ging mir wirklich so. Was soll denn das jetzt.

Wir hatten uns im Finanzausschuss zu einem bestimmten Vorgehen vereinbart und dann am Montag so etwas. Entgegen aller Absprachen liegt da ein Papier vor, welches im Ergebnishaushalt immer noch ein Defizit von 541.000 Euro aufweist.

Ich dachte, Mensch was hat bloß den Herrn Geier geritten, gegen die Absprachen im Finanzausschuss ein solches Papier vorzulegen. Und dann dachte ich weiter, oder hat am Ende vielleicht der Oberbürgermeister entschieden, einen unausgeglichenen Haushalt nach den Diskussionen in den Ausschüssen dem Stadtrates vorlegen zu lassen, um zu beweisen, dass er der Mann der schwarzen Null ist.

Doch auch wir wissen und wussten es zum damaligen Zeitpunkt, dass der Ergebnishaushalt mit und trotz der Vielzahl der Veränderungen die er erfuhr, aufgrund einzelner verbesserter Einnahmepositionen auszugleichen ist. Der letzte Auftrag des Finanzausschusses an die Verwaltung war also eigentlich eine Formalie.

Warum also dann die ganze Geschichte?

So stellte ich mir wiederholt die Frage, ja was machst du jetzt, was fällt dir denn da noch ein, wie sollst du jetzt reagieren?

Ich hatte erneut so eine Art Gefühlsstau. Ich wollte eigentlich laut schreien und dachte, eigentlich wäre es dieses Jahr wirklich an der Zeit, mit zwei Sätzen meine Haushaltsrede vorzutragen. Schwamm drüber, über alles, unsere Fraktion stimmt zu und alle sind mehr oder weniger zufrieden. Die einen, weil sie auch zustimmen und die anderen, weil die Redezeit so schön kurz ist.

Aber meine Damen und Herren, ich enttäusche sie. Diese Gedanken waren nämlich nicht lange tragend und ich habe mir dann gedacht, das kann ich den Stadträten ja eigentlich nicht antun. Die sind dann wirklich enttäuscht, dass du schon nach einer halben Minute fertig bist. Die rechnen ja alle mit mindestens 20 Minuten und ich habe es mir wieder angetan und habe mich heute hingesetzt und in zwei Stunden noch etwas niedergeschrieben und das möchte ich ihnen jetzt gern vortragen.

So leid es mir tut, ich muss es auch dieses Mal und wiederholt an dieser Stelle sagen, so wie ich das dem Oberbürgermeister in der letzten Haushaltsrede schon sagte, muss ich auch hier leider wiederholt dies tun und dieses Mal verzichte ich auf die Schilderung meiner Gefühle dabei.

Das Interesse des Oberbürgermeisters am Haushalt erschien mir, gemessen an seinen Teilnahmen in den Haushaltsdiskussionen im Finanzausschuss und dem Personalausschuss, nicht der Bedeutung für die Stadt und ihrer Einwohner angemessen zu sein. Man hätte sich schon gewünscht, dass der Oberbürgermeister seinen Haushalt im Finanzausschuss selbst vorstellt und ihn auch erläutert hätte.

Kommen wir zu dem vorliegenden Haushaltsplanentwurf für das Haushaltsjahr 2014. Was gibt es dort positives, was gibt es vielleicht kritisches dort anzumerken?

Positiv ist, dass er im September eingebracht wurde.

Kritisch war, dass er im November hätte schon beschlossen werden sollen.

Positiv ist, dass der Oberbürgermeister sich von uns überzeugen ließ, ihn erst im Dezember zu beschließen.

Kritisch war und ist, dass wir noch mindestens einen Monat benötigt hätten, wenn wir ehrlich sind, um uns tiefgründiger mit dem Haushalt zu beschäftigen, um zu besser begründeten Beschlüssen kommen zu können.

Positiv ist, dass wir es dennoch geschafft haben, einen beschlussfähigen Ergebnishaushalt vorzulegen, der offensichtlich von einem großen Kompromiss getragen wird. Ob unsere Fraktion ihn mitträgt, hängt auch vom Verhalten anderer Fraktionen maßgeblich mit ab.

Kritisch bleibt, dass der Finanzplan mit fast 40 Mio. Euro Defizit leider unausgeglichen ist. Dies bedeutet das Ansteigen der sogenannten Altschulden oder sagen wir es anders, sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, hätten wir nicht die Doppik, sondern nach wie vor die Kameralistik, wie ihre Vorgänger im Amt, als Grundlage für den Haushalt, wir hätten ein Haushaltsloch von etwas über 30 Mio. Euro und keine schwarze Null.

Positiv schätzt unsere Fraktion ein, ist der Ansatz zur Aufstellung des Haushaltes. Wir interpretieren ihn so, dass davon ausgegangen wird, zuerst nach Effektivierungspotentialen in der Verwaltung zu suchen, bevor man Leistungen für die Bürgerinnen und Bürger einschränkt oder gar ganz einstellt. Einen solchen Ansatz können wir dem Grunde nach teilen.

Kritisch in diesem Zusammenhang war allerdings die Ausbringung von über 250 kw-Stellen im Stellenplan 2014 durch den Oberbürgermeister, was neben dem Arbeitsplatzwegfall möglicherweise auch immer den Aufgaben- bzw. den Dienstleistungswegfall bedeutet hätte. Dem hat der Stadtrat mit der Bildung des Personal- oder Lenkungsausschusses einen strukturellen sowie in seinen folgenden Beratungen auch einen inhaltlichen Beschlussriegel vorgeschoben.

Dank der Dauerarbeit dieses Ausschusses und seiner Mitglieder, die de facto personenidentisch mit den Mitgliedern des Finanzausschusses sind und waren, war es uns möglich, einen radikalen und planlosen Stellenwegfall zu verhindern.

Die hierzu jetzt vorliegende Empfehlung des Personalausschusses findet unsere Unterstützung. Sie sorgt im Beschlussfall durch den Stadtrat dafür, dass vorerst ca. 160 Stellen erhalten bleiben und die übrigen Stellen nur dann wegfallen, wenn die Stelleninhaber die Stadtverwaltung aus unterschiedlichsten Gründen verlassen.

An der Stelle möchte ich etwas einschieben, was ich so nicht geplant habe. Lieber Kollege Krause, ich bin jetzt etwas verwundert gewesen über Ihre Aussagen zu diesem Vorgang. Ich hatte so den Eindruck, dass, obwohl der Kompromiss, den wir beschlossen haben, im Wesentlichen auf eine Grundlage zurückgeht, eines Antrages, den Sie im Personalausschuss als Fraktion eingebracht haben. Und ich hatte jetzt das Gefühl, dass Sie sich jetzt ein wenig davon distanzieren wollen. Wenn es nicht so ist, dann können wir es ja nachher in der Diskussion nochmal klären, aber es kam jetzt so rüber.

Positiv ist weiterhin, dass wir mit der Umsetzung der Beschlussempfehlung des Personalausschusses zu den sogenannten kw-Stellen den Ergebnishaushalt 2014 trotzdem in einigermaßen ausgeglichenem Lot halten konnten.

Kritisch ist anzumerken, dass der Ergebnishaushalt eine ganze Reihe von erheblichen zusätzlichen Aufwands- und Ertragsrisiken nicht abbildet bzw. Erträge vorgaukelt, die möglicherweise nicht kommen.

Dabei denken wir insbesondere an die Schwierigkeiten mit der Finanzierung der TOO. Ursächlich dafür sind allerdings die Beschlüsse der CDU/SPD-Regierung in Magdeburg und der sie tragenden Landtagsmehrheit aus beiden Parteien, die neben der Kürzung in der Kulturförderung auch in anderen Bereichen Kürzungen vorgenommen haben, welche die Stadt Halle betreffen. So zum Beispiel im Bereich der Jugendhilfe. Hier leidet die Stadt unter einer Kürzung von ca. 200.000 Euro, wie wir jetzt mit der heutigen Vorlage erfahren haben.

Kurz, die TOO bildet ein erhebliches Risiko auch für den Haushalt 2014. Auch wenn der Oberbürgermeister vorhin etwas anders gesagt hat. Ich bin davon noch nicht restlos überzeugt, dass dieses Risiko beseitigt ist.

Ob und wann dieses Risiko tatsächlich eintritt, hängt jedoch weiterhin maßgeblich natürlich vom Kultusministerium und dessen Kompromiss- und Verhandlungsbereitschaft ohne Zweifel ab. Bis zur Jahresmitte ist die TOO nach Aussagen der Geschäftsführung und des Oberbürgermeisters offensichtlich in der Lage, sich finanziell einigermaßen über Wasser zu halten. Der Rest des Jahres bleibt nach jetzigem Kenntnisstand auf jeden Fall ein Risiko.

Die nächsten Risiken für den Haushalt 2014 sind Risiken aus dem Verantwortungsbereich bzw. Zuständigkeitsbereich des Beigeordneten Neumann, die im Verlaufe des Jahres zu deutlicherem Mehraufwand im Haushalt führen können, als bisher geplant. Dazu zählen wir den Zoo, die EVG, das MMZ und die Wirtschaftsförderung selbst.

Was ist zur EVG zu sagen. Wir haben der EVG vorübergehend die Liquidität geschaffen, indem wir 172.000 Euro für die Pflege von Schafweiden im Starpark in unserem Haushalt zusätzlich eingestellt haben. Weitere Zahlungen drohen in Millionenhöhe, wenn die Ansiedlung und damit der Verkauf der Grundstücke wie vorgesehen nicht erfolgen.

Beim MMZ drohen Kredit- oder Darlehenslinien in Höhe von mindestens 500.000 Euro haushaltsrelevant zu werden. Da haben wir zwar die Aussage des zuständigen Beigeordneten, dass bis Mitte des Jahres alles planvoll sich vollzieht. Aber was danach passiert, das wissen wir immer noch nicht. Und wie dagegen möglicherweise gewirkt werden kann, ebenso nicht. Also auch hier ein Risiko, welches haushaltsrelevant droht zu werden.

Und da verkündet unser Meister, dass die beiden Gesellschaften bis Mai/Juni 2014 liquiditätsmäßig hinkommen, da brauchen wir doch jetzt auch nichts in den Haushalt einzustellen. Toll, was ist das für eine Strategie für den Umgang mit diesem Risiken.

Dieselbe Strategie gilt offensichtlich auch in der Wirtschaftsförderung, wenn es nach Herrn Neumann geht. Mac geiz ist geil, koste es der Stadt was es wolle und sei es zunehmender Leerstand in der Innenstadt, verbunden mit an dieser Position sinkenden Einnahmen, auch bei Gewerbesteuern.

Egon hatte einen Plan, Herr Neumann hat offenbar keinen.

Hinzu kommen weitere Risiken, die nun nicht Herr Neumann zu verantworten hat. Dazu zählen wir insbesondere die Ausschüttung kommunaler Unternehmen. Wobei hier die beiden wohnungswirtschaftlichen Unternehmen HWG und GWG insbesondere gemeint sind. Beide zusammen sollen nach den Vorstellungen des Oberbürgermeisters im Jahr 2014 und in den Folgejahren bis 2017 mindestens 10 Mio. Euro jährlich an die Stadt abführen.

Meine Damen und Herren, dies ist nach jetzigem Kenntnisstand völlig illusorisch. Mindestens hierzu erwarten wir vom Oberbürgermeister die Aussage, sich an die Mittelfristplanung der beiden Gesellschaften, bezogen auf die Ausschüttung nach der Feststellung entsprechend der Jahresabschlüsse, halten zu wollen.

Wir hatten im Übrigen zum Haushalt 2013 schon einmal die Zusage erhalten, dass die Verwaltung im Zuge der Überarbeitung des Haushaltskonsolidierungskonzeptes und der Mittelfristplanung mit den kommunalen Wohnungsgesellschaften bezüglicher, möglicher Ausschüttungen noch einmal ins Gespräch kommen will, um die im Haushalt 2013 bis 2017 geplanten Ausschüttungen an den realen Möglichkeiten der Unternehmen zu überprüfen und entsprechend zu korrigieren. Protokoll!

Die Einhaltung dieser Zusage ist für uns Voraussetzung für die Zustimmung zur Haushaltsatzung und zum Haushaltsplan 2014. Denn wir wollen nicht, dass die Mieterinnen und Mieter der HWG und GWG diese erhöhte Ausschüttung mit einer saftigen Mieterhöhung bezahlen müssen. Es drohen immerhin Mieterhöhungen zum Beispiel bei der HWG von bis zu 20 % und mehr. Dies bei sinkender Wohnungsanzahl und zurückgefahrenen Investitionen innerhalb von fünf Jahren. Und es droht eine katastrophale Verschuldung der kommunalen Wohnungswirtschaft, die bis an den Rand der Existenz führen kann.

Solche kritischen Verhältnisse kann unsere Fraktion nicht tolerieren. Das ist betriebswirtschaftlicher und unternehmerischer Wahnsinn. Wir werden dies, wenn notwendig, mit allen Mitteln bekämpfen.

Positiv am Haushalt ist, dass die Produktbeschreibung im Haushalt, die dazugehörigen Ziele und Leistungsbeschreibungen sowie die Kennzahlen deutlich besser und ausführlicher beschrieben sind, als in den beiden Vorjahren.

Ohne eine solche, wird es auch in Zukunft den Stadträten und den Bürgern, die sich an der Haushaltsdiskussion beteiligen wollen, schwerfallen, eine Entscheidung darüber zu treffen, was und in welchem Umfang möglich und notwendig in der Stadt ist.

Aber nur auf einer solchen Grundlage ist dann unter anderem eine solide Bewertung der Notwendigkeit von Stellen möglich.

Die kritischen Bemerkungen unserer Fraktion hierzu haben offensichtlich ihre positive Wirkung im Haushalt nicht verfehlt.

Positiv ist auch der langsam beginnende Prozess der Genderifizierung des Haushaltes, falls es jemand bemerkt hat. Auch wenn dieser bisher in den Beratungen von kaum jemandem benannt und wahrgenommen wurde. Wir haben es bemerkt. Finden aber, dass es hier deutlich größerer Schritte bedarf, um konkretere Aussagen treffen zu können. Der Anfang ist aber gemacht. Da können wir der Verwaltung nur mehr Mut und Willen zusprechen, das auch weiterhin umzusetzen.

Es gäbe noch manches zum Haushalt zu sagen. Zum Beispiel zum Investitionsprogramm, welches nach unserer Auffassung kein Programm ist. Es ist nur ein Ausdruck einer Nullstrategie und das Zusammenpacken von irgendetwas. Es ist keine Linie zu erkennen.

Unsere Fraktion möchte an dieser Stelle die Informationsvorlage zum Zustand der Schulen, Horte und Kitas in Sachen Brandschutz zum Anlass nehmen, die Stadtverwaltung aufzufordern, bei der Aufstellung des Haushaltes 2015 im Teil Investitionen genau auf die Umsetzung jener Maßnahmen zu achten, welche in dieser Vorlage als dringend notwendig in der Realisierung erachtet werden.

Der Stadtrat sollte unserer Meinung nach anstreben, sich in den nächsten Jahren daran zu gewöhnen, die vorhandenen Mittel weniger in die Straßeninfrastruktur, sondern mehr in die Bildungsinfrastruktur zu leiten. Und da vor allem an, beziehungsweise in die sozialen Brennpunkte unserer Stadt. Also nach Neustadt, in die Silberhöhe und auch nach Heide-Nord. Ohne die Bedarfe freilich in der Innenstadt komplett zu vernachlässigen.

Kinder und Jugendliche in sozialen Problemlagen müssen die besten Bildungsvoraussetzungen in ihrem Umfeld vorfinden, um eine Chance zur Entwicklung in dieser Gesellschaft zu erhalten.

Merke, das Umfeld und dazu zählt die Bildungschance, formt den Menschen.

Meine Damen und Herren, ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit und wünsche weiterhin eine angenehme Diskussion.

Haushaltsrede Herr Bönisch, CDU-Fraktion

Herr Vorsitzender, Herr Oberbürgermeister, meine sehr geehrten Damen und Herren. Zum Haushalt gibt es wie immer viel zu sagen. Die anderen Vorredner haben sich recht kurz gefasst. Ich werde das wieder reinholen, vielleicht.

Ich kann mich einigen Ausführungen schon einfach anschließen und die Passagen aus meiner Rede weglassen. Namentlich die Risikobetrachtung, die Herr Dr. Meerheim angestellt hat, unterstütze ich völlig. Das ist etwas, was wir eigentlich, wenn wir den Haushalt beschließen wollen, zu guter Letzt ausblenden müssen, sonst könnten wir das eigentlich gar nicht tun.

Ich komme zum Schluss zu unserer Begründung zu unserem Verhalten.

Wir haben es zum dritten Mal mit einem doppelten Haushalt zu tun und ich glaube, es hat sich gezeigt, dass wir Stadträte mit dieser komplizierten und ja tatsächlich immer noch etwas ungewohnten Materie zunehmend gut zurechtgekommen sind. Ich persönlich war schon immer ein Verfechter der Einführung dieses Systems, denn es ist umfangreicher als die Kameralistik, sorgt für mehr Transparenz, jedenfalls im Prinzip, und ich stehe nach wie vor dazu.

Aber inzwischen sehe ich auch sehr deutlich die Gefahren, die damit verbunden sind. Ich will kurz beschreiben, was ich damit meine.

Wer gewöhnlich nichts mit betriebswirtschaftlichen Bilanzen zu tun hat schaut auch in die Bilanz einer kleinen Firma, wie man so sagt, wie ein Schwein ins Uhrwerk. Die Feinheiten der Bilanz des Konzerns Stadt wirklich zu durchschauen, überfordern in der Regel auch die geübteren unter uns Stadträten.

Ich will das an einem Beispiel kurz erläutern. Es ist hier mehrfach schon angesprochen worden, die sinkenden Landeszuschüsse zur Theater, Oper und Orchester GmbH. Das kann man ausgleichen durch eigenes Geld. Wir könnten jetzt zum Beispiel den Haushalt nochmal aufmachen und sagen, wir erwarten, wir wissen noch nicht genau wie viel, aber es könnte so etwas sein, wir erwarten Einnahmen über das Finanzausgleichsgesetz, also übernehmen wir diese 2,9 Mio. Euro, die das Land uns weniger gibt, selbst. Weil wir ja in dauerhaften Verträgen stecken und nicht wissen, wann wir wieder Möglichkeiten haben, tatsächlich Zuschüsse zur TOO zu kürzen. Das wäre eine Variante.

Wir könnten auch einfach den unausgeglichenen Haushalt präsentieren und sagen, wir übernehmen jetzt die 2,9 Mio. Euro und jetzt soll die Kommunalaufsicht mal den Mut beweisen, uns unter den Randbedingungen dann damit den Haushalt nicht zu genehmigen. Ich nehme an, die hätten den Mut nicht. Aber sicher kann man leider nie sein. Also ohne Ausgleich diese Zuschüsse zu übernehmen, das ist sicher nicht besonders gut.

Wir hätten aber auch eine elegante Methode wählen können, den Ergebnisplan einfach zu umgehen und, jetzt kommt die Bilanzkenntnis, rückwirkend oder einfach nachträglich die Eröffnungsbilanz zu verändern und Rückstellungen dort zu bilden und die dann über den Finanzplan abzufackeln und dann ist das gut. Dann haben wir die Verschuldung erhöht. Bilanztechnisch geht das, aber die Folgen, die sagt dann keiner.

Wenn wir jetzt auch einfach so dahin wursteln lassen und sagen, mal gucken, wie weit der Herr Stiska kommt, dann entstehen für den Ergebnisplan des städtischen Haushaltes keine Belastungen und es wird auch keine Relevanz geben für irgendwelche Erstattungen aus dem Finanzausgleich. Das wäre dumm.

Deshalb meinen wir, wir sollten schon sehen, dass wir so heil wie möglich diese Kürzungen, die das Land dort produziert hat, ich selbst bin ja mehrfach dafür attackiert worden, dass es so gekommen ist, ich habe es nicht verhindern können, das gebe ich unumwunden zu. Aber es ist nun mal so.

Und jetzt sind wir hier auf der städtischen Seite und müssen damit umgehen. Und wenn wir das aber im Haushalt ignorieren, dann laufen wir Gefahr, erstens die Kosten die damit möglicherweise dann doch entstehen, Mehrkosten die durch fehlende Einnahmen in der GmbH entstehen, sind ganz klar durch irgend was anderes auszugleichen, irgendwelche Rücklagen flottzumachen dort, von denen ich so gehört habe, würden aber keine Kosten für unseren Ergebnisplan bedeuten und dann wie gesagt ist das Geld einfach weg. Und wir kriegen nichts davon wieder aus dem Finanzausgleich.

Das müssen wir gut überlegen. Deswegen bin ich nicht sehr glücklich damit, dass wir im Haushalt überhaupt dieses Thema jetzt nicht aufgreifen.

Wir hatten darüber nachgedacht, vielleicht einen Nachtragshaushalt sozusagen heute schon mit zu beschließen, den Oberbürgermeister zu beauftragen, die Verhandlungen zügig zum Ende zu bringen und nach dem Ende einen Nachtragshaushalt vorzulegen, wo dann auch die Mehreinnahmen, die wir aus dem Finanzausgleich erwarten dürfen, die sind noch nicht konkret zu beziffern, aber die 2,9 Mio. Euro sollten schon überstiegen werden, nachdem was man so weiß.

Dann könnten wir das im Nachtragshaushalt mit behandeln und auch manche anderen Dinge nochmal aufmachen. Beispielsweise die personalwirtschaftlichen Maßnahmen, die aufgrund der Kürze der Zeit nicht weiter ausgeprägt werden konnten.

Möglicherweise könnte die Verwaltung bis zu einem Nachtragshaushalt nochmal kommen und mit besserer Untersetzung für weiteres, was wir dann auch möglicherweise mitgehen könnten.

Gut, ich habe mir das überlegt, wir können das mit dem Nachtragshaushalt jederzeit immer noch beschließen.

Wir müssen aber nicht unbedingt einen Nachtragshaushalt haben, um beispielsweise die gestiegenen Mehreinnahmen aus dem Finanzausgleich und beispielsweise die gestiegenen Kosten mit der Finanzierung der TOO zu regeln, miteinander in Einklang zu bringen. Das geht auch über eine normale Stadtratsvorlage, die nicht Nachtragshaushalt heißen muss.

Wir werden es im Auge behalten.

Wir sind also, und das sage ich für die CDU-Fraktion definitiv, wir sind dafür, das im Haushalt sozusagen haushaltstechnisch zu verarbeiten und wir tun alles, um eine Insolvenz zu vermeiden.

So viel jetzt vielleicht zu diesem Passus.

Also nochmal zurück zur Doppik an sich. Die Doppik ist eben, wie schon angedeutet, ein wirklich schwieriges Kapitel. Sie bringt Chancen mit sich, wenn man damit umgehen kann, aber auch erhebliche Risiken, wenn man sie nicht wirklich versteht.

Die Verwaltung bezahlt gute Fachleute dafür, diese Chancen zu nutzen und wir Stadträte können eigentlich nur hoffen, dass diese redlich genutzt werden und wir können nur kontrollieren, so gut wir eben können.

Tun wir auch und ich habe da auch ganz ernsthaft Vertrauen und ich will da gar nicht Zweifel sehen.

Deshalb aber, weil das alles so ist, wäre eine sehr umfangreiche Begleitung bei der Haushaltsdiskussion durch die Verwaltung sehr wünschenswert. Wir haben relativ wenige Haushaltsberatungen im Finanzausschuss gemacht, haben es relativ gerafft, aber wir hatten einzelne Sitzungen dabei, die hätten wir uns auch schenken können, weil Auskünfte nicht kamen.

Ich denke zum Beispiel, und das ist ein Vorwurf, den ich leider ihnen machen muss, Herr Oberbürgermeister, als der OB-Bereich behandelt wurde, der Geschäftsbereich des Oberbürgermeisters, war nur ein Mitarbeiter da, der fast keine Frage beantworten konnte und es gab derer eine ganze Menge.

Wir haben trotzdem das umfangreiche Werk nach Kräften studiert mit seinen jetzt inzwischen 1.310 Seiten. Ich habe mal nachgesehen, der letzte kamerale Haushalt von 2011 hatte 978 Seiten. Das ist jetzt ein Drittel mehr. Aber davon waren damals noch 100 Seiten ca. Haushaltskonsolidierungskonzept. Das sehen wir jetzt auch nicht so richtig.

Aber wir sind trotzdem in der Fülle dieses Papiers fündig geworden hier und da. In den Ausschüssen wurden durch etliche Änderungsanträge noch Änderungen herbeigeführt.

Zum Schluss ist der Ergebnisplan wieder ausgeglichen, hoffe ich. Und das ist gut so, denn ich muss gestehen, ich habe heute nochmal geguckt, ich sehe keine neuen Satzungen, obwohl wir ja materielle Änderungen vorgenommen haben, müssten doch eigentlich in der Satzung auch neue Zahlen stehen. Ich habe die aber bisher nicht sehen können.

Also es wäre ganz schön, wenn wir vor der Beschlussfassung die noch zur Kenntnis bekämen.

Interessant finde ich, dass auch in diesem Jahr das hauptsächliche Betätigungsfeld für uns Stadträte wiederum das öffentliche Grün im weiteren Sinne war, mit Spielplätzen und so weiter. Die Veranschlagungen der Verwaltung waren hier wiederum so extrem niedrig, dass sie damit eigentlich nicht einmal selbst hätte leben können dürfen. Das war schon im letzten Jahr so und so könnte man vermuten, dass die Verwaltung einfach nicht begriffen hat, dass das den Ratsmitgliedern wichtig ist.

Man könnte aber auch auf den Gedanken kommen, dass dieses Thema als Spielwiese für uns gedacht ist. Sozusagen als Sollbruchstelle. Wenn die Räte dort etwas finden, dann gucken sie zuerst nach. Sind sie vielleicht zufrieden und gucken nicht an andere Stellen, an denen es uns möglicherweise wehtun könnte. Dieses Denken könnte ich mir durchaus vorstellen, aber ich will da lieber nicht weiter mutmaßen.

Unsere Kollegen von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN haben da allerdings gut aufgepasst und alles, was zu ihrem Namen passend in grün in den Ausschusssitzungen angesprochen wurde, in Anträge unter ihrem Namen verpackt. Aber gut, wenn der Inhalt stimmt, sind auch Plagiate nicht immer etwas Schlechtes. Nur, guter Stil ist das nicht, doch darüber müssen wir uns jetzt nicht streiten.

Vielleicht ist also seitens der Verwaltung die Grünpflege die Sollbruchstelle. Vielleicht aber auch nicht. Vielleicht ist es ja auch einfach so, dass es zu einem Schwerpunkt im Haushaltskonsolidierungskonzept des Oberbürgermeisters gehört, die öffentliche Grünpflege deutlich reduzieren zu wollen. Könnte immerhin auch sein.

Aber auch darüber könnte ich nur spekulieren, wissen kann ich es leider nicht, denn zu Ihren Schwerpunkten, Herr Dr. Wiegand, haben Sie leider gar nichts gesagt.

Sie verdienen wirklich großes Lob, Herr Oberbürgermeister. Und das spreche ich Ihnen hiermit klar und deutlich aus, großes Lob dafür, dass Sie ihr Versprechen eingehalten haben, pünktlich einen ausgeglichenen Haushaltsentwurf einzubringen. Das ist Ihnen und der gesamten Verwaltung sicher nicht ganz leicht gefallen und dafür meine ehrliche Anerkennung.

Aber damit sind die Gründe, Sie im Zusammenhang mit dem Haushalt ausdrücklich zu loben, leider schon beinahe erschöpft.

Was uns zuerst schon gefehlt hat war die Einbringungsrede. Hierzu ist auch schon was gesagt worden. Hier setzten Sie leider die Unsitte Ihrer Amtsvorgängerin nahtlos fort. Nur zu sagen, dass der Haushalt pünktlich vorliegt und ausgeglichen ist, reicht leider nicht. Das können wir selbst rasch erkennen.

Wo Ihre Schwerpunkte liegen, hätte uns interessiert und wo Sie mit uns mit dem Haushalt hinwollen in den nächsten Jahren. Das ist also eine ernsthafte Bitte für die kommenden Jahre. Sagen Sie, wohin Sie wollen und versuchen Sie, uns auf diesem Weg mitzunehmen, wer immer auch im nächsten Jahr auf den Ratsstühlen sitzen wird. Vielleicht können wir ja dann gemeinsam richtig an einem Strang ziehen. Das wäre unsere Hoffnung.

Bei der Suche nach Ihren Schwerpunkten im vorliegenden Zahlenwerk sind wir jedenfalls nicht fündig geworden. Erläuternde Kommentare sind leider auch Mangelware.

Der Investitionsplan beunruhigt uns. Denn er zeigt kein Profil und leider kontinuierlich abwärts in den nächsten Jahren. Und wir kommen nicht von einem besonders hohen Niveau. Auch hier setzten wir, leider den Trend der vergangenen Jahre fort, auch wenn es 2014 zu einem kleinen Zwischenhoch zu kommen scheint.

Aber es steigt auch etwas an, die Steuereinnahmen. Und das ist ein großes Glück, denn auch unsere Schulden steigen.

Es ist schon darüber gesprochen worden. Im Vorbericht wird zwar deutlich gemacht, dass die ordentlichen Schulden sinken und weiter sinken werden und damit auch die Pro-Kopf-Verschuldung sinkt und weiter sinken wird, das klingt gut. Aber bei ordnungsgemäßer Tilgung und den Rahmenbedingungen, die sonst so sind, wenn die neuen Investitionen eben zurückgehen, dann ist das eben so. Neue Kredite können und dürfen wir ja kaum noch aufnehmen. Nur im Ausnahmefall, wie in diesem Jahr mit dem STARK III, weil wir ja auch kaum in der Lage wären, sie wieder zu tilgen.

Ein Grund zum jubeln ist die sinkende Verschuldung also eigentlich leider auch nicht. Verstehen Sie das bitte nicht falsch, sehr geehrte Damen und Herren, Herr Oberbürgermeister, dass unsere finanziellen Möglichkeiten schwer begrenzt sind, mache ich nicht Ihnen persönlich zum Vorwurf, daran haben wir alle mehr oder weniger intensiv mitgewirkt in den vergangenen Jahren.

Aber wir müssen ernsthaft daran gehen, diesen Trend umzukehren. Zugegeben, die Haushaltskonsolidierungsprogramme der letzten Jahre haben nicht den ganz großen Erfolg gebracht, aber auch Kleinvieh macht Mist.

Wie Sie, Herr Dr. Wiegand, die Konsolidierung vorantreiben wollen, ist leider bestenfalls zu erahnen.

Der Bestand an Kassenkrediten wird in diesem Jahr wieder heftig steigen. Auf Anfrage im Finanzausschuss wurde gesagt, dass wir derzeit bei etwa 320 Mio. Euro stünden. Im

nächsten Jahr, wurde dann schriftlich geantwortet, würden wir die 350 Mio. Euro erreichen und auf diesem Stand in den nächsten Jahren verharren. Das kann ich kaum glauben, das mit dem Verharren.

2012 standen wir am Ende angeblich bei deutlich unter 300 Mio. Euro bei den Kassenkrediten. Ich bin wirklich gespannt auf den Jahresabschluss.

Jetzt stehen wir also bei etwa 320 Mio. Euro, obwohl wir die Steigerung durch den Nachtragshaushalt in diesem Jahr noch einmal dämpfen wollten. Und eigentlich hätte das gelingen sollen. Wir werden sehen, woran das liegt, wenn das nicht so gekommen ist.

Wie wollen wir den Bestand an Kassenkrediten aber signifikant senken? Das müssen wir über kurz oder lang. Darüber hat niemand was plausibles gesagt, nicht hier im Rat und nicht in den Sitzungen des Finanzausschusses, an denen Sie, Herr Oberbürgermeister, gar nicht teilgenommen haben.

Stattdessen haben Sie in Ihrem Bericht hier im Rat in der Novembersitzung gesagt, was Herr Krause vorhin schon ansprach, dass wir gar keine neuen Schulden machen, weil ja der Haushalt ausgeglichen sei. Im Ergebnisplan ja, aber leider nur dort.

Und es sind im Wesentlichen die Kassenkredite, die uns drücken. In diesem Jahr beträgt das Defizit im Finanzplan ca. 38 Mio. Euro. Das was ich jetzt gesehen habe, sogar über 39 Mio. Euro, wenn ich das grob überschlagen habe.

Und Sie sagen, wir machen keine neuen Schulden. Das geht nicht zusammen und ich muss Sie schon nachdrücklich bitten, diese Aussage hier und heute zu erläutern, denn sie hat zu den wildesten Spekulationen geführt. Weiß er nicht, dass wir 38 Mio. Euro neue Schulden machen oder glaubt er, wir wüssten das nicht. Solche Fragen wurden diskutiert. Und auch ich bin auf Ihre Erklärung gespannt.

Jetzt komme ich wieder zu einer Stelle, wo ich Sie loben kann, Herr Oberbürgermeister. Anfang des Jahres beschloss der Rat auf unseren Antrag hin, durch Aufgabenkritik und Benchmarkvergleiche nach Möglichkeiten zu suchen, den Personalbestand der Verwaltung und damit die Personalkosten zu reduzieren. Personalwirtschaftliche Maßnahmen sollten die Umsetzung ermöglichen.

Hier haben Sie wirklich zügig reagiert. Die Möglichkeiten von Abfindungen, Rentenvarianten und Arbeitszeitverkürzung wurden sehr schnell erarbeitet und durch mehr als 250 kw-Stellen im Stellenplan zeigten Sie, dass es Ihnen ernst ist damit. Leider fehlte aber die fundierte Aufgabenkritik, die es uns als Stadträten leicht gemacht hätte, Ihren Vorschlägen durchgängig zuzustimmen oder uns überhaupt zu verhalten, so dass die von Ihnen wohl erhoffte Wirkung nicht so sehr schnell eintreten wird.

Auch ernstzunehmende Benchmarkvergleiche wurden offenbar gar nicht durchgeführt. Das, was wir an Übersichten bekommen haben, auf Papier, waren nicht die richtigen Vergleichspartner. Von Braunschweig weiß ich nichts, aber die anderen ostdeutschen Großstädte, die dort aufgeführt waren, mit denen sollten wir uns nicht messen wollen, die sind schlechter als wir. Das brauchen wir gar nicht erst anfangen.

Zu guter Letzt konnten Sie uns jedenfalls Ihre Vorschläge nicht ausreichend plausibel machen, so dass jetzt zu befürchten steht, dass die erhofften und jetzt schon im Plan veranschlagten Einspareffekte nicht im erforderlichen Maße realisiert werden können.

Vielleicht bringt ja der Antrag von Herrn Wolter, der jetzt ja hier meines Wissens in der 6.13 mit verwurstelt ist, mit der Aufweitung der Möglichkeiten, die Arbeitszeit zu verkürzen, noch etwas Entlastung. Ich kann es nur hoffen.

Ich kann Sie jetzt trotzdem nur ermutigen, auf diesem Weg konsequent weiter zu gehen Herr Oberbürgermeister, natürlich unter besserer Beachtung der vom Stadtrat vorgegebenen Rahmenbedingungen. Es nützt nichts, wenn Sie die ernstesten Absichten haben und uns nicht mitnehmen können.

Passen Sie also bitte auf, dass Sie das Kind nicht mit dem Bade ausschütten. Denn das Ziel soll zwar eine Reduzierung der Personalkosten sein, aber bei funktionierender Verwaltung.

Wir werden Sie auf diesem Wege gerne unterstützen.

Ich muss aber noch ein weiteres Wort zum Stellenplan verlieren.

Sie erinnern sich sicher, dass wir im letzten Jahr ein knappes Dutzend Stellen aus dem Stellenplanentwurf gestrichen haben per Antrag. Das fand nicht nur Zustimmung im Rat und bei Ihnen schon gar nicht, Herr Oberbürgermeister. Aber jetzt konnten wir in einem Bericht im letzten Finanzausschuss erfahren, dass aus diesen Anträgen Minderausgaben im Personalbereich in Höhe von ca. 800.000 Euro resultieren. Das finde ich bemerkenswert und wir fühlen uns in unserem Handeln bestätigt.

Nur Ihnen, Herr Dr. Wiegand, scheint das nicht besonders zu imponieren, denn Sie versuchen auch in diesem Jahr wieder, uns erneut Stellen, ich sage mal unterzujubeln, die wir im letzten Jahr schon einmal gestrichen haben. Nun, wir gehen damit differenziert um und sehen nur in vier Fällen die Möglichkeit, den Stellenplan sinnvoll zu entlasten. Den Effekt, der dadurch für die Personalkosten entsteht, schätze ich auf knapp 200.000 Euro pro Jahr und das ist uns Rechtfertigung genug.

Auf Einzelheiten will ich jetzt nicht weiter eingehen, das können wir bei der Diskussion der Anträge machen.

Noch eine letzte Bitte zum Stellenplan. Wir wollen auch dessen Entwicklung konstruktiv begleiten, in allen möglichen Ausschüssen ist das inzwischen schon deutlich geworden, denke ich. Auch wenn wir dabei vielleicht nicht immer einer Meinung sind. Aber das ist ja wohl auch gar nicht nötig in demokratischen Gremien.

Der Stellenplan ist umfangreich und kompliziert. Ihn zu lesen und zu interpretieren fällt sehr, sehr schwer und dauert sehr lange. Das ließe sich deutlich erleichtern, wenn es mehr Erläuterungen gäbe. Darum möchte ich Sie inständig bitten.

Und deshalb bitte ich nicht nur für den Stellenplan. Auch im Zahlenwerk der einzelnen Produkte wären Erläuterungen oft sehr, sehr hilfreich. Es ist in verschiedenen Ausschusssitzungen auch angesprochen worden.

In diesem Punkt sollten wir nicht hinter das Niveau der kameralen Haushaltspläne zurück fallen. Die waren besser, aber auch bei weitem nicht perfekt.

Zum Stellenplan noch etwas.

Das wir heute einen neuen Stellenplanentwurf vorliegen haben war gut. Ich hoffe nur, dass dort nicht wieder irgendwelche „Klopse“ drin sind, wie im letzten Jahr. Im letzten Jahr beispielsweise haben Sie uns auch am Tag vor der Ratssitzung einen neuen Stellenplan, einen ganz neuen Haushaltsplan, übergeben und nichts gesagt. Und zum Schluss, als wir beschlossen hatten, haben wir festgestellt, dass eine B5-Stelle in eine B4-Stelle gewandelt war.

Wir wollen heute, das ist mir leider wieder sehr spät erst eingefallen, dass das so war, weil es überhaupt gar keine Begründung dafür gab, wir wollen dies gerne rückgängig machen. Sie brauchen keine Sorge haben, das hat keine konkrete Auswirkung. Es geht nur um eine

Stelle, es geht nicht um jemanden, der auf die Stelle eingewiesen wird und da die entsprechende Besoldung bekäme.

Aber wir müssen, denke ich, spätere Neubesetzungen im Auge behalten und müssen es attraktiv darstellen. Wir könnten Geld sparen und sagen, wir gehen runter auf eine B2. Da kriegen wir sicher auch Beigeordnete. Aber ich weiß nicht, ob das dann die besten sein werden.

Also, wir werden noch mit einen Antrag, den habe ich bei den meisten schon auf den Tisch gelegt, nochmal versuchen, dass wir dieses wieder umdrehen. Und ich hoffe, dass im neuen Stellenplan, den Sie uns heute auf den Tisch gelegt haben, nicht ähnliches vorkommt. Dann müssten wir jetzt mal einen Tag Auszeit nehmen und uns morgen wieder treffen, damit wir bis dahin prüfen könnten, was im Stellenplan steht.

Ich sage jetzt mal, ich habe da Vertrauen und sage, gut, es wird schon so sein. Alles andere wäre wirklich außerordentlich ärgerlich.

Ja, was machen wir nun mit dem Haushalt. Er hat Licht und Schatten und ist weiß Gott nicht so, wie wir ihn uns erträumen würden.

Wir haben etwas für die Wirtschaftsförderung tun können, wenn auch nicht viel, den Ansatz des vergangenen Jahres wieder herüber retten. Und auch die Arbeitsmöglichkeiten des Stadtmuseums konnten mit unseren Anträgen verbessert werden.

Wir haben als Rat auch Mittel für die Instandsetzung von Sportanlagen bereit stellen können, dem Vorschlag des Stadtsporbundes folgend. Auch an Grünanlagen und Spielplätzen kann wieder etwas getan werden, wenn wir einen bestätigten Haushalt haben.

Auch die Umsetzung der geplanten Personalmaßnahmen geht besser, wenn wir einen beschlossenen und genehmigten Haushalt haben. Und darauf warten ja nicht gerade wenige Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung.

Die neuen Investitionsmaßnahmen gehen, wir wissen das alle, nicht nur besser mit genehmigtem Haushalt, sie gingen ohne überhaupt nicht.

Wir haben uns also als CDU-Fraktion die Entscheidung nicht leicht gemacht. Wir werden zustimmen, mit gerunzelter Stirn.

Aber wir erwarten, dass wir im nächsten Jahr nicht erst im Herbst mit einem neuen Haushaltsentwurf über die finanziellen Perspektiven der Stadt intensiv ins Gespräch kommen. Uns kann der ausgeglichene Ergebnisplan nicht über die sehr, sehr heikle Situation hinweg trösten.

Vielleicht kann uns alle der Kommunalwahlkampf beflügeln. Jedenfalls hoffe ich, dass er uns nicht hemmt. Das können wir uns nicht leisten.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

Haushaltsrede Herr Kley, FDP-Fraktion

Herr Oberbürgermeister, Herr Vorsitzender, meine sehr geehrten Damen und Herren.

Noch nie waren die Rahmenbedingungen für den kommunalen Haushalt so schwierig wie dieses Jahr. Noch nie hat eine Landesregierung derart in den Großstädten versucht zu sparen, wie es die gegenwärtige CDU/SPD-Landesregierung tut.

Die Leistungen im Bereich der Kultur wurden erwähnt. Das Problem der Hochschulkürzungen, welches nachhaltig auch auf die Wirtschaft und auf die Ansiedlung von hochqualifizierten Arbeitsplätzen Auswirkungen haben wird, sollte hier erwähnt werden. Und auch in anderen Bereichen sehen wir eine Tendenz, die nach wie vor die Pflege des ländlichen Raumes verwirklicht, während die Großstädte, die eigentlich den Kern bilden müssten, hier zunehmend ausgehungert werden.

Wir haben Probleme seitens der Gesetzgebung der Bundesregierung. Sie erinnern sich, dass wir im Rahmen der Umsetzung des erneuerbaren Energiegesetzes ganz große Probleme haben, in den Stadtwerken den notwendigen Deckungsbeitrag für die Straßenbahn- und Busfahrer in dieser Stadt zu erbringen.

Das sind Bedingungen, die natürlich umso mehr uns zwingen, über den eigenen Haushalt nachzudenken. Sie befreien uns nicht davon und sich auch keine Ausrede, sondern eine Aufgabe.

Und es hilft auch nicht, sehr verehrter Kollege Krause, darüber zu spekulieren, wenn die Umlandgemeinden zu Halle geschlagen wären. Ich empfehle Ihnen hier die Haushalte der Umlandgemeinden anzugucken, die sind auch froh, wenn sie einigermaßen auf eine Null kommen. Da ist kein Geld.

Da brauchen wir nicht hoffen, dass andere gesetzliche Lösungen hier uns die Lösung bieten würden. Wir müssen bei uns selber anfangen.

Und da möchte ich zuerst mal dem Herrn Oberbürgermeister danken, dass er erstmalig nach 20 Jahren ernsthaft an eine Neufassung des Personalkonzeptes herangegangen ist. Und in einer Stadt, die mittlerweile ein Drittel der Einwohner verloren hat, auch vorgeschlagen hat, das Personal etwas zu verringern.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, viele Gesetze haben mittlerweile die kommunalen Aufgaben beschränkt. Im Bereich des Baurechtes sind viele Maßnahmen weggefallen. Da kann man durchaus drüber nachdenken, den Personalbestand anzupassen und wir sind der Meinung, hier sind noch viel größere Möglichkeiten, auch im Rahmen der IT und so weiter, gegeben.

Wir haben investiert jährlich 20 – 30 Mio. Euro in die IT-Infrastruktur und haben gedacht, da passiert auch was. Es sind doch nicht nur Kostentreiber, sondern wenn die Verwaltungsvorgänge dadurch vereinfacht werden, kann man auch Personal langfristig abbauen. Und wir haben im Moment die Chance, aufgrund der Altersstruktur, in den nächsten 10 Jahren hier auch nachhaltige Effekte zu erzielen.

Allerdings muss dann die Verwaltung zum einen das ernst meinen und kw-Stellen auch ausbringen, die innerhalb der nächsten 10 Jahre vielleicht eine Wirkung zeitigen und nicht in den nächsten 40 Jahren.

Zum anderen sollten die Kolleginnen und Kollegen des Stadtrates hier auch mal über ihren Schatten springen und der Verwaltung ihre Aufgaben lassen und nicht versuchen, hier durch Bremsen zu sagen, es ist uns gelungen, zu verhindern, dass wir in dem Bereich, den alle in ihrem Wahlprogramm drin haben als ersten Einsparfaktor, nicht gespart wird.

Sie sollten sich überlegen, was sie im nächsten Jahr zur Kommunalwahl anbieten, wenn man sie fragt, wo sie sparen wollen. Es wird zunehmend knapper, wenn man mit der Realität konfrontiert wird.

Und, meine sehr geehrten Damen und Herren, es ist vorhin angesprochen worden, wir haben im nächsten Haushalt eine ganze Reihe Risiken, insbesondere aus dem sogenannten

Bereich der Wirtschaftsförderung, was mich sehr betrübt. Ich glaube, keine Stadt hat das Prinzip wie Halle, dass Wirtschaftsförderung nur das ist, was Geld kostet. Bei anderen dient es dazu, Ansiedlungen vorzunehmen und Geld in die Haushalte hineinzubringen über Gewerbesteuern und ähnliches.

Hier bin ich der Meinung, muss sich dringend etwas ändern in dieser Stadt. Die Gesellschaft ist das eine Problem, die Wirtschaftsförderung in ihrer Effektivität ist das andere.

Aber dazu zählt auch, meine sehr geehrten Damen und Herren, dass Leistungen, die erbracht werden, auch klassischerweise abgerechnet werden. Weil, die Abrechnung von Leistungen bringt Mehrwertsteuer, bringt Gewerbesteuer und Körperschaftssteuer.

Wenn Leistungen in dieser Stadt auf kommunalen Willen hin nicht mehr dem allgemeinen Finanzregime unterzogen werden, sondern eine Sachspende oder was auch immer erfolgt, die nirgends abgerechnet ist, dann ist das nicht gerade förderlich für die allgemeine Funktion des Staates und die Finanzierung der Haushalte.

Hier sollten auch die Finanzbehörden der eigenen Kommune noch mal darüber nachdenken, ob das Vorgehen mit Bauvorhaben in diesem Sommer so adäquat ist oder ob es nur eine Empfehlung ist, für andere Unternehmen auch, über die Art und Weise, die von mir genannten Steuern einzusparen.

Das zählt natürlich dann auch für die Gesamtfinanzierung und da müssen wir sehen, wie wir in diesem Haushalt künftig das Geld haben, für das, was gefordert wurde, nämlich die Frage Schulinfrastruktur, für den Ausbau der Kindertagesstätten und ähnliches.

Beim Ausbau Kindertagesstätten gab es ja auch ein Angebot eines Trägers, einen Kindergarten preisgünstig zu errichten. Das wurde abgelehnt, weil man in dieser Stadt auf der Eigenständigkeit besteht.

Wir hatten den Vorschlag gemacht zu Einsparungsmöglichkeiten im Bereich des Eigenbetriebes Kindertagesstätten. Das ist jetzt erst mal weggeschoben worden. Da schaut man, ob einem nicht was anderes einfällt, eine andere Begründung, warum es mehr kostet.

Und, meine sehr geehrten Damen und Herren, wenn wir einmal ernsthaft darüber nachdenken, wie es möglich ist, dass kommunale Wohnungsunternehmen, deren Aufgabe es ist, preiswerten Wohnraum zur Verfügung zu stellen, derartige Überschüsse erwirtschaften, dass die Stadt darüber nachdenken kann, jährlich 10 Mio. Euro dort sich künftig für das eigene Säckel zu holen, dann ist das Problem, ist dort entweder der Auftrag nicht mehr real oder haben wir an einer anderen Stelle eine Überzahlung, die dringend des Nachdenkens bedarf.

Wir haben vor Jahren den Antrag gestellt, über die Kosten der Unterkunft nachzudenken, ob die Finanzierung in dieser Stadt angemessen und sinnvoll ist und dieser Auftrag wurde immer wieder verschoben, bis man sich geeinigt hat, ja die Kosten könnten so sinnvoll sein, die brauchen die Unternehmen für die Refinanzierung.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, hier werden auf der einen Seite 80 Mio. Euro ausgeschüttet, um auf der anderen Seite darüber zu reden, aus den Unternehmen vielleicht 5 Mio. Euro wieder zurückzubekommen. Ich glaube, hier ist es dringend geboten, auch derartige Kreisläufe zu durchleuchten, um nachzuvollziehen, wo unsere Mittel bleiben.

Wir haben das Thema, wer es sich heute anschaut, Prüfbericht des Landesrechnungshofes zur Jugendhilfe. Und da mag man über den einen oder anderen Punkt nachdenken. Aber im Prinzip sind dort immer wieder Probleme aufgeschrieben worden, die nach 20 Jahren Praxis eigentlich nicht mehr aufkommen dürften.

Wir haben ja jetzt durch den Oberbürgermeister einen hochdotierten Beamten reaktiviert, der hier für Erneuerung sorgen soll, auch im Bereich der Jugendhilfe. Also sein Gehalt hat er

gekriegt das letzte Jahr. Ich weiß nicht, ob dort schon Neuerungen durchgesetzt worden, die in irgendeiner Art und Weise sowohl die Leistungen verbessern, was ja das wichtigste ist. Auf der anderen Seite aber eben auch Kostenstrukturen in irgendeiner Art und Weise durchleuchten.

Wir haben den Sozialbereich, der nach wie vor als Blackbox gilt, als sogenannte Pflichtleistung, ohne nachzusehen, was dort eigentlich die Leistung, was die Aufträge sind. Und dementsprechend dann auch zu rekapitulieren, ob ich das Geld vielleicht auf eine andere Stelle bringe, um da für die Menschen, für die Jugendlichen einen besseren Erfolg zu haben und insgesamt dann auch für die Gesellschaft.

Denn die Stadt Halle, meine sehr geehrten Damen und Herren, ist immer noch die Stadt mit den meisten Hilfeempfängern, ist die Stadt mit den niedrigsten Durchschnittslöhnen und auch eine Stadt mit sehr niedrigen Gewerbesteuererinnahmen. Und das ist eigentlich Ziel all dieser Hilfemaßnahmen, nämlich die Menschen zu befähigen, für sich selber zu sorgen, ein eigenständiges Leben zu führen und nicht zunehmend mehr in die Alimentierung zu geraten.

Und da vermissen wir in diesem Haushalt die klaren Signale. Es ist ein „Weiterdurchwursteln“.

Wir haben es gehört, 38 Mio. Euro neue Schulden werden aufgenommen. Ich glaube, zu Zeiten von Dagmar Szabados ist das nur ein einziges Mal passiert, als es ganz schlecht war und nicht als steigende Steuern dieser Stadt geholfen haben.

Also hier, meine sehr geehrten Damen und Herren, ist es dringend geboten, auch die Notbremse zu ziehen.

Auf der anderen Seite, bei den Investitionen, dem Erhalt unserer Infrastruktur, die Investitionen sind ja jetzt deutlicher geworden auch durch den doppelten Haushalt, haben wir nur noch ein „Magereckchen“. Wenn es keine Fördermittel gibt, passiert gar nichts mehr in dieser Stadt.

Wir rennen einfach dahin zu, dass die Straßen, die Brücken, alles in dieser Stadt in den nächsten 10 Jahren in einen Investitionsstau hinein gerät, der ganz große Probleme nach sich ziehen wird und dazu gehören auch unsere Schulen.

Was uns aber nicht dazu bringen sollte, dass wir bei Schulen und ähnlichen einfach so das Geld aus dem Fenster hauen, wie jüngst passiert bei der Renovierung der Schulturnhalle Kastanienallee, als die Verwaltung einfach ein halbes Jahr lang den Prüfauftrag des Stadtrates ignoriert hat, zu prüfen, ob Neubau preiswerter ist als eine Sanierung. Das wurde nicht gemacht, kann man in den Unterlagen nachlesen, wurde nicht mal erwähnt in den Unterlagen. Hier ging es um die Möglichkeit, 500.000 Euro zu sparen, hier ging es um die Möglichkeit, einen Bau mit einer Lebensdauer von 50 Jahren statt 20 Jahren zu errichten. Und das passierte nicht. Da hat sich einfach nichts geändert. Es ist Steuergeld offensichtlich und irgendwoher wird es schon kommen.

Auf der anderen Seite haben wir mittlerweile in der Verwaltung eine Doppelstruktur. Wir haben eine Behörde, die ordentlich prüfen kann. Wir haben viele Fachleute bei uns in der Verwaltung und gleichzeitig haben wir den Bereich des Oberbürgermeisters, der bestimmte Sachen an sich zieht und dann, um diese Probleme zu lösen, externe Gutachter beauftragt. Deren Honorare ich in diesem Haushalt auch noch nicht gefunden habe, das mag aber ein bisschen an der Struktur liegen.

Also hier auch neue Ausgaben getätigt werden, gegenwärtig in einem Bereich, wo wir eigentlich über die notwendige Expertise verfügen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, dieser Haushalt mag eine gesetzliche Null haben, das ist ja nun die dritte Definition der Null in dieser Stadt. Es ist in jedem Fall keine Zukunftsorientierung, es ist kein Erhalt von dem was wir brauchen, kein Erhalt unseres

Eigentums, es ist keine Möglichkeit, künftig neue Einnahmen zu generieren und es sind keine Möglichkeiten drin, für die Menschen selbstbestimmt dafür zu sorgen, ihr Leben hier zu gestalten, sondern die Abhängigkeit besteht weiterhin.

Und die Tendenz ist einfach verloren, hier wirklich in der größten Stadt des Landes etwas darzustellen, was auch Magdeburg zwingt, auf uns zu schauen.

Wir haben in den letzten Jahren, also im letzten Jahr, uns unendlich zerstritten über die Frage, wie unsere Gesellschaften zu retten sind, haben quasi die Breitseite gezeigt für das Land, haben uns blank gemacht, als wir angeboten haben, wir gehen gleich in die Insolvenz, anstatt zu kämpfen.

Ich glaube nicht, meine sehr geehrten Damen und Herren, dass wir so über die nächsten fünf Jahre kommen. Der Haushalt für das nächste Jahr mag gerettet sein, aber eine Zukunft ist so nicht zu gestalten. Deshalb werden wir diesem Haushaltsentwurf nicht zustimmen.

Ich danke Ihnen.

Haushaltsrede Frau Dr. Brock, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Verehrter Herr Oberbürgermeister, liebe Stadträtinnen und Stadträte.

Ich habe mal versucht mit einer Haushaltsrede einen kleinen optischen Unterschied zu machen, weil es doch manchmal mühsam ist, solange zuzuhören. Vielleicht fühlen Sie sich ja dadurch eingeladen, meinen Worten folgen zu können mit dem, was Sie an dem Anschlag finden.

Das heißt, ich möchte zur Einleitung und zur Einführung noch einmal auf etwas hinweisen, was meine Kollegen auch schon gesagt haben, dass wir letzten Endes jetzt eine Möglichkeit haben, im nächsten Jahr wieder rechtzeitig Städtebaufördermittel zu beantragen, wenn denn der Haushalt, so wie er jetzt vorliegt, beschlossen wird.

Trotzdem haben wir aber auch noch nicht wirklich eine Finanzierungssicherheit für die Träger. Gerade im Jugendhilfebereich konnte keine Möglichkeit der Fördermittelzusage gegeben werden. Für die dort arbeitenden Arbeitskräfte am 01.01. ist das nicht gerade befriedigend.

Nichtsdestotrotz, wir haben, anders als in den vergangenen Haushaltsjahren, den Haushalt diesmal nicht zu spät bekommen. Wir wissen, wie es in den Vorjahren war. Die Beschlussfassung konnte im letzten Jahr auch erst im April/März erfolgen.

Nichtsdestotrotz ist es so, dass wir auch noch optimistisch sind, dass es in den nächsten Jahren vielleicht noch ein bisschen früher ist, damit die von mir benannten Schwierigkeiten für die freien Träger dann nicht mehr zutreffen.

Vielleicht noch ein paar Punkte dazu, die sie zum Teil von den Kollegen schon gehört haben, nochmal schriftlich. Der erste Punkt hat sich nun jetzt mit der Tischvorlage ja wohl erledigt, die wir bekommen haben.

Aber die Finanzplanlücke von 38 Mio. Euro ist nach wie vor vorhanden. Das heißt, wir haben von der Perspektive her zu sehen, dass die Planzahlen nicht wesentlich besser werden in Zukunft.

Auch wenn der Haushalt diesmal vollständig ist und in allen Bereichen vorliegt, fehlt zum Beispiel ein Punkt, den wir im März wiederum hier bei uns im Rat beschlossen hatten, nämlich den Entwurf, die Leistungsebene deutlicher darzustellen. Das ist hier nur teilweise erfolgt.

Wir haben auch Unklarheiten im Haushalt gehabt, einige haben schon darauf hingewiesen, dass es in den Beratungen im Finanzausschuss und auch im Ausschuss für Personalbedarfsplanung nicht immer einfach war, die Vorlagen zu verstehen. Das liegt unter anderem daran, dass eben auch bei den einzelnen Produkten und Leistungen nicht so erläutert worden ist, wie das für Nachvollziehbarkeit notwendig wäre.

Und im Bereich der vorgeschlagenen neuen Investitionsvorhaben oder auch weiterer Investitionsvorhaben muss aus unserer Sicht mehr und deutlicher erklärt werden.

Letzten Endes ist es auch wichtig, dass alle in den Verwaltungsbereichen erfolgten, also die Haushaltsklausurveränderungen, dass die uns gegenüber deutlich dargestellt werden, dass man die vorgenommenen Kürzungen aus den entsprechenden Sitzungen der Verwaltung auch nachvollziehen kann und dann auch wirklich die Möglichkeit hat, das konkret zu beraten.

Aus der Darstellung der Budgetvergleiche in der Ergebnisplanung 2014 zu 2013 ist auch im Vorbericht zu den Hintergründen nicht viel zu erkennen gewesen.

Vielleicht ein paar Sachen zu unserer Position, sowohl zu dem, was wir für richtig halten, als auch zu dem, was wir initiiert haben, als auch zu dem, was wir kritisch finden und was aus unserer Sicht Risiken des vorliegenden Haushaltsentwurfes sind.

Wir wissen es, dass es im Bereich Jugendhilfe Landeskürzungen gibt, die eine Lücke ausweisen, die wir zumindest erst mal in Vorleistung erbringen müssen, ohne zu wissen, ob da wieder was zurückkommt.

Wir haben im Bereich des städtischen Grüns seit mehreren Jahren ganz viele Fällungen gehabt von Bäumen und nicht entsprechend gesetzlich vorgeschriebenen oder von der Baumschutzordnung geforderten Nachpflanzungen. Das bleibt aus.

Es ist so, dass wir letzten Endes auch bei der Pflege der Grünflächen immer größere Intervalle haben, zu wenige Papierkörbe. Es ließe sich sicherlich fortsetzen.

Bei den Spielflächen wurde zwar Antragstellung nachgesteuert, aber letzten Endes reicht das Geld auch da vorn und hinten nicht für die Unterhaltung und für die Instandsetzung.

Und nicht zuletzt auch bei den Friedhöfen ist ein Kürzungsvorschlag von 300.000 Euro im Finanzausschuss nicht, also unserem Antrag, nicht zu kürzen, nicht zugestimmt worden.

Insofern ist es einfach schade, dass an vielen Stellen eben nicht diesen wichtigen Dingen gefolgt wird.

Vielleicht kann man nochmal auf diese Maßnahmen hinweisen, die aus unserer Sicht notwendig sind und vor allem auch in der Zukunft notwendig sind und die eigentlich auch schon gegebenenfalls in diesem Haushalt notwendig gewesen wären.

Der Brandschutz in Schulen und Kitas. Wir haben einen Investitionsstau an der Stelle von 140 Mio. Euro. Die Glauchschule in der südlichen Innenstadt ist schon lange beschlossen, aber auch wenn jetzt Haushaltsmittel eingeplant sind, ist es noch nicht sicher, ob das kommen wird.

Die zusätzlichen Gelder für andere Anpassungen, zum Beispiel Inklusion, Barrierefreiheit, auch Sachmittelausstattung für Schulen, zum Beispiel eben im IT-Bereich, all das ist unklar. Und es ist eben nur für wenige Projekte das aus STARK III kommende Geld nutzbar.

Und wenn wir uns in der Stadt umgucken und das ist die Aufgabe, die wir als Stadtrat ja auch haben, Sorge dafür zu tragen, dass es den Bürgerinnen und Bürgern gut geht in der Umgebung, das heißt, wir haben gerade bei den Gehwegen einen hohen Investitionsstau. Aber auch bei Radwegen ist es so, dass nicht wirklich das erfolgt, was eigentlich notwendig ist. Wir haben kein einziges neues Projekt im Investitionsprogramm 2014.

Es ist aus unserer Sicht weiterhin eine Diskussion notwendig über zu finanzierende Projekte, weil wir eben der Meinung sind, dass die Stadt nicht auf Verschleiß wirtschaften darf. Wir müssen schwerpunktmäßig investieren, das ist von meinen Vorrednern ja auch zum Teil schon gefordert worden. Zwar mit anderen Schwerpunkten, aber Schwerpunkte können nie schaden, weil man sich an Schwerpunkten reiben kann, weil man über Schwerpunkte abstimmen kann.

Unser einer Schwerpunkt ist unter anderem die Energieeffizienz und gerade das würde eben auch Folgekosten reduzieren.

Die Schwerpunkte, die die Verwaltung setzt, wenn es denn so Schwerpunkte sind, die eben nur schwer zu erkennen sind, kann natürlich für uns nicht handlungsleitend sein, wir müssen weiterhin natürlich im Stadtrat darüber debattieren und Investitionen aus unserer Sicht eben wie gesagt, im Brandschutzbereich endlich umsetzen und in der Bildungsinfrastruktur sind die auch notwendig.

Vielleicht noch ein paar Sätze zu unseren Initiativen. Das ist eine Initiative, die kennen Sie alle und es ist sehr bedauerlich, dass auch im letzten Finanzausschuss der Antrag, den wir dort hatten, mit SPD-Initiative, nicht hier beschlossen werden konnte, weil er vertagt worden ist und demzufolge nicht mehr fristgerecht eingereicht werden kann, insofern beerdigt ist.

Wir werden das aber immer wieder tun, darauf hinzuweisen, dass es letzten Endes so ist, dass wir eine Schwierigkeit darin haben, die Dinge zu finanzieren, wenn uns das Land nicht genug Geld gibt.

Ein Änderungsantrag von unserer Fraktion war auch die Verschiebung von Finanzmitteln von einem Parkplatzbau am Stadion hin zu Maßnahmen der Sportförderung. Da gab es zwar einen Kompromiss, aber aus unserer Sicht nicht ausreichend. Wir hätten gerne mehr Geld in der Sportförderung gesehen.

Auch mit den von uns beantragten und im Haushaltsplan erhöhten Mitteln für die Grünflächenpflege wird der Ausgleich der fehlenden Ersatzmaßnahmen eben nicht möglich sein. Und unsere wunderbare grüne Stadt, die grünste Stadt, wenn man alle Bereiche im Stadtgebiet mit hineinnimmt, diese grünste Stadt in Deutschland, wird eben dann nicht wirklich immer diese Position behalten, wenn wir da nicht nachpflanzen.

Wir hatten einen Änderungsantrag zu den Dünnschichtbelägen im Straßenbereich. Wir wollten gerne dort etwas reduzieren, was aus unserer Sicht möglich gewesen wäre und wollten das an Schulen einsetzen. Auch das ist leider im Finanzausschuss abgelehnt worden.

Nichtsdestotrotz, als letztes natürlich noch der Änderungsantrag zum Mitteleinsatz für Spielplätze, der ja zum Glück, weil viele hier im Rat der Meinung sind, das es ein wichtiger Punkt ist, hat Mehrheit gefunden, aber wird eben gegebenenfalls auch nicht ausreichend sein.

Ja, insofern ist zwar alles ein bisschen traurig, wenn wir so angucken, was aus unserer Sicht hätte umgesetzt werden müssen. Nichtsdestotrotz ist es aber so, dass wir glauben, dass es auch viele Dinge gibt, die man in Zukunft noch beachten kann.

Wir können zum Beispiel im Sinne von Werteverzehrvermeidung sagen, wir brauchen in den Verwaltungsgebäuden der Stadt Mittel für Unterhaltung, um eben zum Beispiel Folgekosten, wie Heizungskosten zu reduzieren.

Wir brauchen kommunale Klimaschutzmaßnahmen, weil, im Moment können wir uns nicht mal an Fördermitteln beteiligen, weil da keinerlei Mittel eingestellt sind im gegenwärtigen Haushalt.

Auch Mittel für die Instandhaltung von Geh- und Radwegen und Straßenfahrbahnen sind auf keinen Fall ausreichend und müssen wieder erhöht werden.

Und die ganzen Konzepte, wir haben uns Mühe gemacht, in vielen Ausschüssen gute Konzepte zu beraten, die auch von der Verwaltung zum Teil gut vorbereitet worden sind, die wir hier ausgiebig diskutiert haben, aber dann sind keine Mittel da, um die Konzepte umzusetzen. Dann brauchen wir auch keine Konzepte, insbesondere bei der Kleingartenkonzeption, wo es eigentlich hätte eine eigene Haushaltsstelle hätte geben müssen.

Wie können wir das aus unserer Sicht nochmal bewerten, die gegenwärtige Vorlage des Haushaltes 2014?

Es ist ja so, gerade in Magdeburg in der Beratung zum Haushalt immer wieder nach Halle, auf Halle gezeigt worden und nach Halle mit negativen Argumenten geworfen worden, dass wir jetzt das Geld kriegen würden, was die Magdeburger mehr eingenommen haben und demzufolge nicht mehr bekommen vom Land.

Ja, für uns heißt es aber letzten Endes, wir wissen gar nicht, was mit diesem Geld, was möglicherweise kommt, wenn das denn stimmt, wie das verbraucht wird. Das ist ja im Haushaltsplan überhaupt noch nicht eingeplant. Und das Problem, was wir immer wieder benannt haben, eben die Einnahmeseite des Haushaltes, ist eben nicht nur die Möglichkeit über eigene Einnahmen auszugleichen, sondern es geht eben immer wieder auch um das Geld vom Land. Und wir haben immer noch keine aufgabenbezogene Berechnung, sondern nur die Verteilung auf Grundlage des verfügbaren Geldes.

Und die Übertragung von Aufgaben ist weiterhin auch von Landesseite nicht immer dem Konnexitätsprinzip folgend, das wissen Sie auch. Und es bleibt letzten Endes dann bei uns stecken und wir müssen das leisten und ergänzen.

Auch zum Stellenplan gibt es aus unserer Sicht Verfahrenskritik. Wobei ich aber zu Beginn sagen möchte, erst mal ist es grundsätzlich gut gewesen, dass es überhaupt eine Debatte gab über diesen Stellenplan, so wie wir es in den vergangenen Jahren noch nie geführt haben. Aber die kw-Setzungen sind eben nicht mit Untersuchungen von Aufgabenwegfall, Aufgabenkritik, Verbesserung der Aufgabenorganisation verbunden gewesen.

Der Marktplatz, der uns dort manchmal überrascht hatte, mit Vorlagen, die im Minutentakt ausgetauscht und aktualisiert worden sind, ist noch nicht das, was wir uns unter einer guten Debatte über Personalplanung vorstellen. Auch die Fachkonzepte fehlen zum großen Teil nach wie vor, die belegen, wie bestimmte Fachbereiche auch arbeiten wollen in Zukunft. Und auf Grund dieser Aufgaben letzten Endes auch dieses und jenes Personal brauchen.

Und wenn man die Anzahl des ursprünglichen Vorschlages nimmt und die jetzt eingearbeiteten sind die nochmal erheblich reduziert worden. Aber weil eben der Finanzausschuss und auch der Personalbedarfsplanungsausschuss dem zugestimmt hat, glauben wird, dass es ein gutes Verfahren war und ist und uns an der Stelle eben auch die Möglichkeit gegeben hat als Fraktion, dort mitzudiskutieren.

Wir haben auch einige Risiken im Haushalt, die wir sehen. Der eine Punkt ganz oben ist uns allen klar. Wie geht es jetzt weiter mit den städtischen Bühnen? Die Landtagsabgeordneten

hier im Saal werden in ihrem Stimmverhalten selber wissen im Landtag, wie sie sich da positioniert haben, das will ich hier nicht veröffentlichen. Aber ich glaube es ist wichtig, zumindest den Anträgen von den Linken und den Grünen, dass den Kürzungen nicht gefolgt wurde.

Also es bleibt unklar, wie die städtischen Bühnen weiter existieren sollen. Wir haben letztlich keine tatsächlichen Auswirkungen der Kifög-Änderungen. Bisher kann man da noch nicht genau sagen, wie viel das sein wird, weil die Stadt eben in Vorleistungspflicht ist. Wir wissen nicht, wie viel wir da wirklich zurückbekommen.

Ein weiteres Risiko und das glaube ich, das teilen Sie, dass die HAVAG immer wieder auch Schwierigkeiten hat in der Finanzierung und ihre Fahrpreise anheben muss, was ich glaube, was vor dem Hintergrund unserer Bevölkerungsentwicklung nicht wirklich zielführend ist und eigentlich ein Widerspruch ist zur Bevorzugung des ÖPNV im Innenstadtbereich insbesondere.

Ja, Sie kennen das alle. Unsere Kritik am Hafen. Die defizitäre Hafen Halle GmbH ist weiterhin unklar. Wir haben die Entwicklungsgesellschaft für das Industriegebiet an der A 14, wo teure Investitionen und Folgekosten sind. Wir wissen nicht, wie es mit den Hochwasserfluthilfen weiter geht. Die sind ja nicht im Haushalt eingeplant, weil wir ja noch gar nicht genau wissen, wie viel dann auch noch, zum Beispiel beim MMZ, denn nun auf Grund der Versprechung vom Bund kommen wird.

Das heißt, es gibt auch im gegenwärtigen Haushalt noch etliche Risiken und unsere Vorstellungen vom Abschlussfazit für die Zukunft sind, dass wir eben genau diese Erläuterungen, die ich vorhin angemahnt habe, deutlicher bekommen und dass wir diese Erklärungen auch nachvollziehbarer nachvollziehen können, welche Veränderungen es gegeben hat von einem Jahr zum anderen, von einem Produkt zum anderen, von der einen Leistung zur anderen.

Und wir wollen eben insbesondere auch im Bereich neuer Investitionsvorhaben klare Erläuterungen und die Ergebnisse in den Haushaltsklausuren sollten, wie gesagt, transparenter dargestellt werden.

Das ist ein Appell an Sie, Herr Oberbürgermeister und an die Verwaltung für das nächste Mal.

Der letzte Punkt, bevor ich zum Schluss komme, ist die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger. Es wurde ja auch erstmals versucht, da eine Beteiligungsplattform einzuführen. Aber wenn man sich die Zahlen anguckt, kann man da noch nicht wirklich von einer Bürgerbeteiligung sprechen, schon gleich gar nicht von einem Bürgerhaushalt. Auch da ist aus unserer Sicht noch Nachholbedarf. Auch im Sinne der Nachvollziehbarkeit sieht echt Beteiligung der Bürgerschaft aus unserer Sicht anders aus.

Unser Fazit zum Schluss, der Dank natürlich an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Dezernates I und alle die, die letzten Endes dazu beigetragen haben, dass diese Haushaltsberatungen zu der Vorlage geführt hat, die wir jetzt für zustimmungsfähig halten. Auch die Bürger letztlich, die sich eingebracht haben, denen ist zu danken, weil sie sich damit beschäftigt haben mit dem Material und ihre Anregungen ja auch angehört worden sind in den entsprechenden Beratungen.

Und wir wünschen uns in Zukunft auch einen generationengerechteren Zugang zur Beteiligung, wo eben auch Familien, wo eben auch Jugendliche sich an der Schwerpunktsetzung der Finanzen in der Stadt beteiligen.

Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

Wir werden dem zustimmen, weil wir glauben, es ist wichtig, jetzt schnell auch handeln zu können und in diesem Sinne, vielen Dank.

Haushaltsrede Herr Wolter, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM

Ich habe keinen Powerpoint-Vortrag vorbereitet, es tut mir leid. Ich versuche, die mündliche Rede, unterstützt durch zwei kleine Zettel.

Meine Damen und Herren, sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, sehr geehrter Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren Stadträte und Stadträtinnen, ich muss auch eine Vorbemerkung machen.

Wir diskutieren ja auf einem Niveau, wo wir in allen Ausschüssen, wie Sie wissen haben wir 20 Ausschusssitzungen glaube ich circa gehabt. Dazu noch fast zehn Sitzungen in der Personalbedarfsplanung, also Summa summarum 30 Sitzungen in den letzten ungefähr zehn Wochen. Und wir haben denke ich, alle bewiesen, wie sehr uns die Stadt und wie sehr uns auch ein genehmigungsfähiger Haushalt/Ergebnisplan ausgeglichen wichtig ist. Und wir haben uns alle bemüht, dies zu erreichen.

Herr Oberbürgermeister, dass die Diskussion teilweise so kleinklein geführt wurde, liegt natürlich auch daran, dass Sie, die Kritik ist schon geäußert worden, keinerlei Schwerpunktsetzung, keinerlei Mitnahme in ihrer Konzeption, in ihrer Strategie uns in die Hand gegeben haben. Deswegen sind wir immer auf einem sehr kleinteiligen Niveau gelaufen und haben uns, sage ich mal, über Haushaltsstellen, über Produkte kleinteilig sehr, fast zerrieben, um sozusagen dort teilweise bestmögliche Varianten zu finden.

Aber man muss vielleicht auch heute fragen, wer soll denn die Haushaltsrede halten, meine Damen und Herren? Ist es der Herr Oberbürgermeister, ist es der Bürgermeister oder ist es vielleicht auch der Finanzberater, der uns ja in dem nächsten halben Jahr noch zur Verfügung steht und der ja die Aufgabe hatte in den letzten Monaten, hier die Konsolidierung voran zu bringen, die etatmäßige Planung des Haushaltes, des Finanzplanes, des Ergebnisplanes mit vielen Beiträgen auch für uns nachvollziehbar dargelegt hat. Der sogar in dem Personalausschuss, obwohl er selbst gar nicht gesprochen hat, anwesend war. Der, sage ich mal, mit seiner Strategie, mit seiner betriebswirtschaftlichen Durchdringung des Haushaltes uns eigentlich auch bestimmte Lücken aufgezeigt hat, bestimmte Fragestellungen auch nur offeriert hat.

Und deswegen ist für mich wirklich nicht klar zu beantworten, von wem möchte ich denn eigentlich eine Haushaltsrede hören. Von Herrn Beigeordneten Geier, von Herrn Rauschenbach oder von Herrn Dr. Wiegand. Ich kann es Ihnen nicht beantworten.

Meine Damen und Herren, nach vielen Wochen der Debatten können wir eigentlich glücklich sein. Ich denke auch, das ist teilweise auch wirklich gesagt worden, dass wir das geschafft haben und dass der Herr Oberbürgermeister endlich als einer der ersten hier eine Zielstellung des Stadtrates umgesetzt hat, nämlich im alten Jahr den Haushalt zu verabschieden, ist eine für die Verwaltung und ich denke für den gesamten Rat, eine herausragende Leistung.

Und wir haben es ja wirklich heute auch mit der letzten Korrektur, die heute mit vorgelegt wurde, eine gesetzeskonforme, genehmigungsfähige Fassung unseres Haushaltes hier vorliegen.

Also, man kann das ja mal sagen, herzlichen Glückwunsch an die Verwaltung. Eigenlob ist manchmal merkwürdig, deswegen richte ich das an Sie. Herzlichen Glückwunsch auch an Sie, an alle die das mit erreicht haben.

Es ist also positiv und wir entscheiden eben dadurch für die Bürgerinnen und für die Bürger, für die Vereine und für die Verwaltung eine verlässliche Planung. Und das ist erstmals, seitdem ich hier im Rat arbeite, möglich. Das ist, denke ich mal, wirklich ein herausragendes Ergebnis.

Auch wir sehen zum Beispiel, wie vom Stadtrat ja schon lange gefordert und von Herrn Oberbürgermeister Wiegand jetzt angestoßenen personalwirtschaftlichen Maßnahmen, das Gesamtpaket 250, als einen Weg in die richtige Richtung.

Doch, Herr Oberbürgermeister, gestatten Sie mir da eben vielleicht so eine Kritik, vielleicht ein bisschen Analyse zu diesem Vorgehen, Ihnen zur Hand zu geben.

Es ist so, wie bei vielen Vorhaben, die Sie im letzten Jahr angestoßen haben, ob das jetzt das Thema Eissport ist, ob es der Dammbau ist, dass Sie Ideen haben, dass Sie schnell Zugriffe realisieren wollen, dass Sie kurzzeitige Ergebnisse auch erzielen wollen, aber mit einer tollen Idee und auf Grund dessen, dass die Umsetzung, ich sage mal mangelhaft oder wir sagen es positiver, ausbaufähig ist, eigentlich die Idee selbst beschädigen.

Als Beispiele sage ich Ihnen, dass wir, ich denke sehr ernsthaft und alle bemüht durch die Leitung von Herrn Krause natürlich immer nah auch an dem Arbeitnehmerinteresse, Arbeitnehmerrechten, auch diskutiert haben. Aber das es dann in der Diskussion klar wurde, die Zielstellung ist nicht untersetzt. In einigen Bereichen besteht Mehrbedarf, manche Stellen, wie wir feststellen mussten, wurden als kw-Stellen vermerkt und die gab es gar nicht in der Besetzung, was in der Planung auf einmal natürlich eine ganz andere Auswirkung hatte.

Wir einigten uns nach vielen Wochen, nach vielen Diskussionen auf einen Kompromiss, gemeinsam mit den Mitarbeitern der Verwaltung. Es bleibt aber so ein Gefühl im Raum, als ob wir gegeneinander arbeiten und nicht gemeinsam die bestmögliche Variante verabschiedet haben.

Und das möchte ich Ihnen einfach noch einmal klar sagen. Wir sind da im gemeinsamen Interesse und das zeigt ja auch, dass wir den Antrag mehrheitlich, fast einstimmig, gefasst haben im Finanzausschuss bzw. im Ausschuss für Personalplanung. Und deswegen auch dort klar sagen können, wenn es da Ideen gibt, wenn man die untersetzen könne, wenn es da eine Aufgabenkritik gibt, können wir da weiter dran arbeiten und das möchte ich Ihnen auch vorschlagen, diesen Weg, diese detaillierte Planung konstruktiv mit uns zu erarbeiten.

Sie haben uns einen ausgeglichenen Haushalt vorgelegt, die Kritik ist jetzt schon ein paarmal geäußert worden, ausgeglichen, gesetzeskonform. Das ist ja für viele Bürgerinnen und Bürger nicht klar nachzuvollziehen.

Es muss gesagt werden, wir sind im Moment bei 320 Mio. Euro Kassenkreditbelastung heute. Und wir werden mit ca. 40 Mio. Euro an die Grenze dessen kommen, was wir gesetzlich im Moment mit unserer Haushaltsplanung vorlegen, nämlich nur eine maximale Belastung bis 350 Mio. Euro. Das ist eine Aufgabe, die Sie haben, das zu erfüllen. Und das wird schon schwierig genug und insofern sind das viele Risiken.

Und natürlich muss uns bewusst sein, die Kassenkredite kriegen wir natürlich für einen wahnsinnig tollen günstigen Zins. Das ist ganz lächerlich. Man könnte ihn fast vergessen. Es sind nur ca. 3 Mio. Euro, die wir dafür jährlich aufbringen. Das ist ja eigentlich gar nichts.

Aber natürlich meine Damen und Herren, fehlen uns diese 3 Mio. Euro bei freiwilligen Aufgabe, die wir zu erbringen haben, erbringen wollen, bei Ideen, bei Umsetzungen, Förderung von Kultur, Ausbau Schulen, Spielplätze, Themen sind genug genannt.

Meine Damen und Herren, Sie haben uns, Herr Oberbürgermeister, Sie haben uns zum Beispiel auch mit dem Thema Eissport erst letzten Monat die Pistole auf die Brust gesetzt, weil wir, um das zu retten zukünftig, um das möglich zu machen, um den Eissport sozusagen hier in Halle weiterhin stattfinden zu lassen, natürlich den Vorschlag, den erarbeiteten Kompromiss zugestimmt haben.

Aber auch da als Beispiel, sind Sie viel zu schnell in die Situation gekommen, dass Sie der Halle Messe die Möglichkeit gegeben haben, dort mit einer großen Standsicherheit Bedingungen zu formulieren, wo wir gar keine Alternative haben. Und was daraus wird, das steht heute nicht wirklich gedeckt, im Haushalt ist das nicht abgebildet, was die Risiken sind, die sich daraus ergeben.

Meine Damen und Herren, wir werden dem Haushalt, so wie er heute vorliegt, wie er erarbeitet worden ist in den Ausschüssen, wie er mit den Änderungsanträgen, die bis heute vorlagen untersetzt wurde, mehrheitlich zustimmen.

Und ich bedanke mich bei der Verwaltung, bei den Mitarbeitern der Verwaltung, stellvertretend bei Frau Wolff und bei Frau Beßler für die schwierige, doch aber konstruktive Versorgung tagesaktuell mit Unterlagen.

Und meine Damen und Herren, da im Powerpoint, das nicht zu lesen war, ich bedanke mich auf jeden Fall auch bei Ihnen nochmal, weil wir es geschafft haben, an die Grenze unserer ehrenamtlichen Tätigkeit in einer extrem dichten, und das habe ich auch in den letzten Jahren noch nie erlebt, dass wir so viele Sitzungen in so einer Kürze haben, wo man eigentlich sagen muss, man kann dieses Ehrenamt nicht mehr ernsthaft und seriös ausführen. Man kann für die Verwaltung auch kein ernster und fordernder Partner sein, weil man bis heute tagesaktuell mit einer Masse an Unterlagen, die man natürlich verantwortlich durcharbeiten will und auf die man seriös reagieren will und nicht hier sozusagen einfach dasitzen will und sagen, o. k. wir vertrauen.

Wir vertrauen natürlich, dass Sie die Aufgaben, die Sie übernommen haben, in der Verwaltung umsetzen.

Aber wir hoffen, dass wir die nächste Finanzberatung, die wir vielleicht hier im Rat dann haben werden, so machen, dass wir es in einer gewissen Zeitstreckung mit einer gewissen Gelassenheit, mit einer gewissen Seriosität, mit einer gewissen Tiefe erreichen können.

Danke für Ihre Aufmerksamkeit.

Haushaltsrede Herr Bürgermeister Geier

Ja, vielen Dank Herr Vorsitzender, Herr Oberbürgermeister, meine Damen und Herren Stadträte, liebe Gäste, liebe Hallenserinnen und Hallenser.

Der Haushalt ist ja die Paradedisziplin der Kommunalpolitik. Und bei der Vielschichtigkeit, die ein Haushalt hat, kann man sich auch trefflich über die vielen Punkte streiten, unterschiedlicher Meinung sein, andere Dinge fordern, irgendwas geändert haben, bestimmte Dinge neu hineinbringen. Ja, das ist alles richtig.

Aber ich möchte schon noch einmal darauf hinweisen, dass man uns gemeinsam, Rat und Verwaltung, in unserem Handeln, was die kommunale Finanzpolitik, was unsere Finanzpolitik angeht, wahrnimmt.

Und ich habe natürlich hier auch teilweise zu Recht sehr kritische Äußerungen gehört, aber ich möchte sie einfach auch in meiner Rede dahin mitnehmen, dass es auch positive Dinge zu berichten gibt. Und dass, wenn wir selbstbewusst auftreten wollen und auch mit Signalen ins Land selbstbewusst auftreten wollen, da durchaus unsere Erfolge zeigen können.

Ich möchte einfach nochmal zurückblenden, was vor einem Jahr war. Vor einem Jahr hatten wir mit der Einbringung des Dreizehner Haushaltsentwurfes auch sehr schwierige Haushaltsplanungen vor uns. Da hatten wir eine Deckungslücke von doppisch 9 Mio. Euro minus. Der Zwölfer Haushalt war im Übrigen bei 5,2 Mio. Euro minus, also schon unter doppelten Gesichtspunkten.

Wir galten als schwerfällig und resistent, was Haushaltskonsolidierung angeht. Ich spiegel jetzt einfach nur die Wahrnehmung von außen. Wir waren das kommunalpolitisch finanzielle Problemkind im Lande. Und es wurde über eine Zwangsverwaltung der Stadt offen diskutiert. Und es war auch von der Kommunalaufsicht in Erwägung gezogen.

Und jetzt, ein Jahr später können wir feststellen und ich stelle es in vielen, vielen Gesprächen fest, wenn ich Termine habe, wenn ich mich mit Besuchern von außen treffe, wenn ich mich mit Kollegen treffe, dass die Wahrnehmung der Stadt, was die städtischen Finanzen angeht, sich deutlich gewandelt hat.

Und, meine Damen und Herren, ich kann nur reflektieren, diese geänderte Wahrnehmung über die Finanzen der Stadt tut der Stadt selber gut. Und sie hilft uns auch, an verschiedenen Stellen, bei der Kommunalaufsicht, in den verschiedenen Ministerien in Magdeburg, überall an verschiedenen Stellen, unsere Belange die wir haben, selbstbewusst durchzusetzen und zu vertreten.

Und ich möchte Ihnen auch bewusst zwei Beispiele bringen. Das eine ist die Kraftsporthalle, die im Moment gebaut wird in der Robert-Koch-Straße. Da wissen Sie selber, das war eine ewige Hängepartie und immer lag das an kommunalaufsichtlichen Stellungnahmen und so weiter und so fort und mit dem Haushalt, der verspätet verabschiedet ist und außerdem nicht ausgeglichen, ist alles vorbei. Es liegt eine blitzsaubere kommunalaufsichtliche Stellungnahme dazu vor. Und deshalb kann die Kraftsporthalle realisiert werden.

Zweites Beispiel, das Steintor, das demnächst begonnen wird, zu realisieren. Das ist eine Pflichtaufgabe, Kraftsporthalle war eine klassisch freiwillige Aufgabe. Steintor ist eine Pflichtaufgabe, weil wir das ordnen müssen. Straßenbau ist alles unsere Pflichtaufgabe, unser Ding, eine wichtige Verkehrsdrehscheibe in der Stadt. Auch hier positive kommunalaufsichtliche Stellungnahme, ohne das langwierig rückzukoppeln ist. Deshalb können die Fördermittel, die wir dazu brauchen, fließen und deshalb können wir auch diese Maßnahme beginnen zu realisieren und so etwas für unsere Infrastruktur tun.

Und das war möglich, weil wir bereits schon in 2013 einen ausgeglichenen Ergebnishaushalt hatten und weil wir unseren Konsolidierungskurs klar umrissen und begonnen haben. Und diesen Pfad der Konsolidierung müssen wir auch unbedingt beibehalten, denn das Land und so hört man es auch von verschiedenen Landespolitikern, hat große Erwartungen daran, dass die Stadt diesen Kurs beibehält, dass sie kontinuierlich an der Finanzlage der Stadt arbeitet und dass sie sich selber finanziell stabilisiert.

Ich darf Willi Brandt zitieren, der hat gesagt: „Die Fortschreibung der Vergangenheit ergibt keine Zukunft.“ Und meine Damen und Herren, ich bin der Meinung, wir haben das nicht so

gemacht. Wir haben an der Fortschreibung der Zukunft gearbeitet. Und das müssen wir uns bitteschön auch ins Bewusstsein führen, weil wir nämlich sehr viele finanzpolitisch zentrale Themen im Jahr 2013 uns auferlegt haben.

Die Eröffnungsbilanz, die unsere Werte zeigt. Immerhin ein Umfang von rund 2 Milliarden Euro.

Frau Dr. Brock hat es schon angesprochen, die Einführung eines Bürgerhaushaltes. Ein erster Aufschlag, natürlich noch ausbaufähig. Aber es ist ein erster Aufschlag, um die Bürgerschaft aktiv einzuladen, sich bei dem, was hier finanziell passiert, zu beteiligen. 70 Ideen und 40 von diesen 70 Ideen sind zur weiteren Diskussion in die Fachausschüsse verwiesen worden.

Der Haushalt 2013 mit neuer Verwaltungsstruktur. Wir hatten den vor einem Jahr mit der alten Verwaltungsstruktur eingebracht, jetzt mit neuer Verwaltungsstruktur, ausgeglichen mit dieser gesetzlichen Null. Eingebracht und beschlossen.

Nachtragshaushalt, mit gesetzlicher Null, ausgeglichen und beschlossen.

Und nun der Haushalt 2014 auch mit einem ausgeglichenen Ergebnishaushalt. Und hier kommt noch dazu, was Sie auch zu Recht eingefordert haben, dass wir frühzeitig in die Haushaltsberatungen gehen, und deshalb im Dezember für das Folgejahr bereits schon zu einer Beschlussfassung kommen können.

Und meine Damen und Herren, ich meine, auf dieses Pensum, das wir da miteinander beackert haben im Jahr 2013, können wir zu Recht stolz sein. Und ich möchte hier auch an der Stelle klar sagen, wir haben hier Dynamik bewiesen.

Mit den Vorbereitungen für den Haushalt 2014 haben wir in der Verwaltung Ende Mai begonnen. Wir haben zahlreiche und intensive Klausuren durchgeführt mit unseren Beigeordnetenkollegen, in diesem Gremium. Wir haben die Sachausgaben geprüft und es wurden verwaltungsintern 82 Prüfaufträge erteilt. Und dann daraus abgeleitet, einvernehmlich Budgets definiert. Diese Budgets waren Grundlage für das Zahlenwerk, was Ihnen nun vorliegt.

Bei den Investitionen haben wir die bisherigen Prioritätensetzungen überprüft, und zwar im Lichte dieser reduzierten Landesmittel in der Investitionspauschale. Da kommt ja auch weniger, sind ja nur noch 11 Mio. Euro. Und 11 Mio. Euro plus Fördermittel gibt quasi den Rahmen, den wir dann entsprechend umsetzen können, ist ja auch in verschiedenen Haushaltsreden angeklungen. Das heißt also, diese Mittel, die uns zur Verfügung stehen, um neue Dinge anzugehen, sind relativ begrenzt und ich darf auch darauf hinweisen, dass wir natürlich auch vernünftig bereits begonnene Maßnahmen, und das sind sehr viele, finanziell absichern und beenden müssen.

Und deshalb führt diese Akzentuierung und Schwerpunktsetzung in dem investiven Bereich nicht sofort zu erkennbaren Umsteuerungsmöglichkeiten. Aber ich glaube, da dran werden wir auch in Zukunft alle arbeiten können und alle arbeiten müssen.

Wir haben außerdem bei den Investitionen mit berücksichtigt, was uns dieses Jahrhunderthochwasser vom Juni angerichtet hat. Wir haben uns hier vereinbart, dass wir die Vorleistungen, die die Stadt zu bringen hat, etatisieren und dann mit unserem Programm von 275 Mio. Euro Zug um Zug die haushaltmäßige Umsetzung durchführen, wenn wir die entsprechenden Bestätigungen durch das Land haben.

Und vielleicht nochmal zusammenfassend die Schwerpunkte im investiven Bereich. Wir haben für Kitas und Schulen im Jahr 2014 insgesamt rund 10 Mio. Euro vorgesehen. Da ist ein Großteil auch aus STARK III-Mitteln. Wir machen im Straßenbau 4 Mio. Euro und wir

machen für diese städtebaulichen Entwicklungsgebiete 3,4 Mio. Euro, um mal einige Bereiche zu nennen.

Nun komme ich zum Personalbereich. Da gab es auch mehrere Klausuren und wir haben uns da auf eine Zielgröße von 260 kw-Stellen bis 2018 verständigt. Das war also diese Zielgröße zum Zeitpunkt der Einbringung. Das entspricht 9 % des Personalbestandes der Kernverwaltung. Und mit dieser Zieldefinition war auch verbunden, dass wir trotz Tarifierhöhungen die Personalkosten bis 2018 konstant halten.

Und ich denke, wir sind bei dieser Herangehensweise auch einem Ansinnen nachgekommen, das über viele Jahre hier im Stadtrat thematisiert wurde, nämlich dass man in der Personalausstattung und bei den Personalkosten der Verwaltung was tut. Und es wurde ja, wie gesagt, auch im Laufe der Zeit durch verschiedene Fraktionen hier auch vertreten und diskutiert.

Dem Stadtrat waren diese Personalthemen so wichtig, dass er einen Personalausschuss ins Leben gerufen hat und ich kann da wirklich reflektieren, dass man sich da sehr, sehr intensiv mit den Themen, die da anstanden, beschäftigt hat. Weit mehr, als man das auch manchmal einem Stadtrat zumuten kann.

Und ich habe daraus entnommen, dass den Stadträten eine vernünftige Aufgabenerledigung in der Verwaltung wichtig ist. Das wollen sie gewährleistet haben.

Ich habe entnommen, dass Sie bestimmte Arbeitsbelastungen, in verschiedenen Arbeitsbereichen der Verwaltung mit Sorge verfolgen. Da waren insbesondere auch sehr viele Diskussionen im Bereich des Dezernates IV zu führen. Vielleicht hier auch nochmal die konkrete Auswertung dafür. Wir sind hier mit einem Vorschlag von 63 kw-Stellen in die Diskussion und jetzt, nach dieser Kompromissentscheidung bleiben von diesen 63 kw-Stellen für das Dezernat IV noch 6 kw-Stellen übrig. Das heißt also, 10 % davon. Das heißt nicht, dass die Begründung der Verwaltung schlecht war, sondern das heißt, dass hier auch eine Abwägung zu den Arbeitsbelastungen, insbesondere dort in diesen Bereich, stattgefunden hat.

Und der dritte Punkt, den ich feststelle aus den Sitzungen im Personalausschuss ist, dass Sie als Stadträte wissen wollen, was wie in der Verwaltung erledigt wird.

Und ein Punkt, der kam hier auch zur Sprache heute und das ist mir auch deutlich geworden, ist, dass wir miteinander noch Erörterungen führen sollten und müssen, um die Stellenplanung, die ja die Rahmenvorgabe des Stadtrates ist, die Stellenbesetzungen, was konkrete Personen angeht, die auf diesen Stellen sitzen und die Stellenbewirtschaftung, das heißt also das Steuerungsinstrument, das die Verwaltungsspitze braucht, um die Aufgaben erledigen zu können, dass man diese drei Themenfelder vernünftig diskutiert und weniger undifferenziert vermengt.

Also da sehe ich auch eine Aufgabe darin, dass wir an der Stelle uns besser sortieren.

Dann möchte ich natürlich auch aufmerksam machen, dass, wenn man über Personalkosten und kw-Stellen diskutiert, auch immer parallel dazu über flankierende Maßnahmen diskutieren muss. Da denke ich an organisatorische Aspekte, an Effizienzsteigerungen von Verwaltungsabläufen, da kennen Sie einen Vorschlag, den wir gemacht haben, wo wir verschiedene Projekte angehen wollen, die die Verwaltung moderner machen und die die Verwaltung optimieren. Und das muss einfach unser Ziel sein, einfach, effizient, elektronisch, so wie das unser Masterplan für E-Government vorsieht und wir sind hier schon in der Diskussion und Abstimmung mit der Kommunalaufsicht, dass wir auch hier zügig zu Umsetzungen kommen.

Parallel zu der Diskussion im Personalausschuss wurden ja drei personalwirtschaftliche Modelle aufgelegt, ich will da gar nicht im Detail darauf eingehen. Die Resonanz auf diese drei Modelle war erstaunlich hoch. Wir haben jetzt 68 verbindliche Erklärungen vorliegen, was das Abfindungsmodell angeht. 88 verbindliche Erklärungen, was das Rentenmodell angeht und 474 Erklärungen, die die Arbeitszeitverkürzungen betreffen.

Diese Anträge entsprechen einem Vollzeitäquivalent von 203 Stellen und unsere Aufgabe ist es nun, nach Beschlussfassung des Haushaltes die konkreten Abstimmungen mit den Beigeordnetenkollegen zu führen. Und diese konkreten Abstimmungen sind für die erste und zweite Januarwoche anberaumt, so dass wir Ihnen auch im Nachgang zu dieser Entscheidung sagen können, wie die konkrete Umsetzung auf der Grundlage der heutigen Beschlusslage erfolgen kann.

Und festhalten möchte ich zum Schluss, was den Personalblock angeht auch, beziehungsweise was den Vorschlag der Verwaltung angeht, ja wir haben an verschiedenen und vielen Positionen im Haushalt gespart. Aber wir haben es vorrangig nach innen, in die Verwaltung getan. Das heißt, für uns war im Fokus der Eigenaufwand der Verwaltung und deutlich weniger der Eingriff in städtische Angebote gegenüber der Bürgerschaft.

Unsere kw-Setzungen im Personalbereich gingen über die gesamte Verwaltung und nicht nur klassisch in den Bereich der freiwilligen Aufgaben.

Unsere Sachkostenreduzierungen waren nicht auf die freiwilligen Aufgaben fixiert, sondern haben Bereiche wie Sport und Kultur geschont, weil diese Bereiche unter anderem diese Stadt lebenswert machen.

Dies bitte ich einfach auch im Bewusstsein zu halten.

Da gibt es auch Leute und Betrachter der Vorgänge in Halle, die gehen da sehr viel strenger und sehr viel formaljuristischer ran. Das heißt also, da ist die Fixierung ganz klar nur auf dem freiwilligen Bereich. Das haben wir nicht gemacht.

Und weil wir hier umsteuern müssen bin ich auch der Meinung, dass es in einem vernünftigen Konsens zwischen der Mutter Stadt und den Töchtern im Stadtkonzern passieren sollte. Da müssen beide wie in einer Familie einfach zusammen stehen. Und da ist einfach auch notwendig, dass kommunale Gesellschaften ihren Beitrag zum Stadthaushalt leisten, auch wenn ich zugeben muss, dass das an der einen oder anderen Stelle nicht so einfach ist.

Und ich werbe einfach darum, dass man im Sinne des Solidargedankens natürlich auch die Unternehmen der Wohnungswirtschaft einbezieht. Und selbstverständlich ist es so, dass wir die Prognosen, die die GmbH's haben, ernst nehmen und dass wir natürlich eine Entscheidung zu treffen haben, erneut zu treffen haben, wenn konkrete Jahresabschlüsse vorliegen und wir gemeinsam diese Jahresabschlüsse und den Umgang mit den etwaigen Jahresgewinnen bewerten müssen.

Ich möchte mal an dieser Stelle auch das Beispiel in dem Stadtwerkekonzern bringen. Der Stadtwerkekonzern hat eine Initiative „Exzellenz 2020“ aufgelegt. Damit möchte der Stadtwerkekonzern uns flankieren, indem da nämlich weitere Maßnahmen geprüft und umgesetzt werden, die dazu führen, dass man den HAVAG-Betriebskostenzuschuss möglichst aus eigener Kraft, ohne Rückgriff auf den Stadthaushalt, ausgleichen kann.

Was ist jetzt nun an unserem Haushalt anders als bisher? Ich mache nur einen ganz kurzen Abriss.

Die ZGM-Integration. Zum Januar 2014 wird das Liegenschafts- und Gebäudemanagement neu ausgerichtet und es dient uns dazu, dass wir mehr Transparenz in diese Finanzströme bekommen. Da geht es immerhin um 25 Mio. Euro, die da hin und her bewegt werden.

Zweiter Punkt, Budgetorientierung. Das war eines der Grundprinzipie, mit denen die Beigeordneten arbeiten und in dem Zusammenhang möchte ich auch nochmal darauf hinweisen, dass wir innerhalb der Verwaltung gegenüber den Dezernaten begründete Mehrbedarfe in Höhe von 13,3 Mio. Euro zugelassen haben. Also das heißt, bevor der Haushalt auf den Rat zugelaufen ist.

Ich sage das deshalb, weil das Grundprinzip nicht war, nur wegzunehmen, nur zu sparen, sondern es gibt natürlich auch Dinge, die nachvollziehbar zu Mehrbedarfen führen.

Und jetzt noch ein ganz wichtiger entscheidender Punkt, Chancen-, Risikobetrachtung. Hat glaube ich jeder von ihnen angesprochen.

Ich halte es zu diesem Thema für wichtig und erwähnenswert, dass wir uns dieser Betrachtung überhaupt stellen. Sie haben das sehr deutlich und klar von der Verwaltung eingefordert und wir haben da einen ersten Aufschlag unter Einbeziehung der kommunalen Unternehmen gemacht in der Finanzausschusssitzung am 3. September.

Und ich finde es auch gut, dass man das quasi global über den Stadtkonzern macht.

Und ich finde es auch gut, dass wir diese Chancen und Risiken künftig stärker in unserer Betrachtung haben. Das war in der Vergangenheit nicht so.

Aber, um was ich werbe ist, dass wir nicht jede Eventualität, die in dieser Chancen- und Risikobetrachtung entstehen kann, in der Zukunft in unsere Haushaltsplandiskussionen einbauen, sondern ich werbe dafür, dass wir plausibel abwägen, wie wir mit uns bekannten Risiken umgehen und dann nachsteuern, wenn wir erkennen, dass unsere Einschätzung so nicht mehr zutrifft oder wenn irgendwelche neue Fakten eintreten, die uns zum Umorientieren und Umdisponieren zwingen.

Also das heißt, wir werden immer, so wie das auch in privatwirtschaftlichen Unternehmen ist, mit einer Chancen- und Risikobetrachtung zu tun haben. Und wir müssen es für uns, und das nehme ich auch für mich an, als Daueraufgabe verstehen und ständig daran arbeiten, was sich bei diesen Themen verändert oder was neu dazu kommt.

Auf der Ertragsseite des Haushaltes muss im Blick bleiben, das hat die Frau Dr. Brock auch angesprochen, was Bund und Land so machen und ob sie uns bei der Aufgabenübertragung auch die entsprechenden Gelder geben, Verletzung der Konnexitätsprinzips.

Ich stelle hier seit geraumer Zeit fest, dass die finanziellen Unwägbarkeiten und Belastungen nicht mehr primär aus dem Finanzausgleichsgesetz kommen. Das ist, denke ich, mittlerweile gut einsortiert, sondern dass es verstärkt aus Fachgesetzen kommt, Kifög, im Sozialbereich verschiedene Dinge, andere Fachgesetze, die es im Laufe der Zeit von Bund und Land gab.

Also ich wollte auch einfach mal den Fokus darauf richten, dass wir hier genauer hinschauen müssen und auch einfordern müssen, dass bei Fachgesetzen eine vernünftige Personal-ausstattung passiert.

Ich plädiere dafür, dass, wenn wir auf Grund entstehender Risiken oder latenter Risiken, dann reagieren und zwar in Form von über- oder außerplanmäßigen Ausgaben. Und ich kann Ihnen das auch begründen warum. Weil, da sind schnelle Entscheidungen gefordert, da ist Flexibilität gefordert und ich bin der Überzeugung, wenn wir da mit einem Nachtrags-haushaltsprozedere kommen, dann hilft es möglicherweise, diesen konkreten Einzelfall, der hier zu lösen und zu klären ist, nicht.

Dann, was ist auch neu?

Die Wechselwirkung von Haushalt zur Eröffnungsbilanz. Da müssen wir insbesondere bei vermögensverändernden Vorgängen, Grundstücksangelegenheiten stärker schauen, wie die Wechselwirkungen zu unserem Ergebnishaushalt sind.

Und unser Ergebnisplan der ist ausgeglichen zum dritten Mal in Folge, gesetzliche Null, wissen Sie alles, möchte ich nicht weiter darauf eingehen.

Die Mittelfristplanung die hat eine klare positive Entwicklung bis 2017.

Und es gibt hier natürlich kritische Stimmen zu der Entwicklung des Finanzhaushaltes. Wichtig ist, dass uns hier in der Liquidität 38 Mio. Euro fehlen, aber ich möchte Ihren Fokus auch auf folgendes richten. Bitte Sondereffekte beachten, das sind 33 Mio. Euro von diesen 38 Mio. Euro. Da sind Tilgungszahlungen drin, da ist die Auflösung der ÖPNV-Rückstellung drin, 11 Mio. Euro. Da ist der Einsatz von VNG-Mitteln drin.

Und ich möchte den Fokus darauf richten, dass wir eine Schuldenbetrachtung künftig auch in einer Koppelung zu unserer Bilanz machen müssen und in eine Relation zu unserem Eigenkapital von immerhin 880 Mio. Euro stellen können. Und dann ergibt sich da aus meiner Sicht durchaus eine etwas andere Bewertung der Schuldensituation.

Wie dem auch sei, ich meine, wir haben uns 2013 auf einen sehr guten Weg begeben und die schwierige Finanzsituation der Stadt angegangen und wie ich meine, wirkungsvoll umgesteuert.

Und ich möchte auch Ihnen für die Begleitung, Unterstützung und Konsensbereitschaft in den vielen Beratungen ausdrücklich danken. Gleiches gilt für Herrn Rauschenbach und meine Mitarbeiter im Personalbereich und der Kämmerei. Das war in Anbetracht dieser sehr engen Zeitschienen wirklich kein einfaches Unterfangen für Sie, wie für uns in der Verwaltung.

Und weil ich der Auffassung bin, dass wir nach Zeit und Umständen gemeinsam das Mögliche getan haben, um den Haushalt 2014 zu beschließen und frühe Planungssicherheit für Investitionen zu bekommen und gegenüber denen, die von städtischen Geldern abhängig sind, auch verbindlich auftreten können, dass wir uns auf diesem Weg des Vierzehner Haushaltes begeben.

Und deshalb bitte ich um Ihre Zustimmung zum Haushalt und darf mich für Ihre Aufmerksamkeit bedanken.

Ende des Wortprotokolls.

Bezugnehmend auf die Information in der Haushaltsrede von Frau Dr. Brock, dass sich beim Finanzausgleichsgesetz noch Änderungen in Form eines Orientierungsdatenerlasses vom 29.11.2013 ergeben haben, fragte **Frau Krausbeck, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**, an, was sich daraus für die Stadt Halle ergäbe und weshalb die Veränderung nicht mit in den Haushaltsplan aufgenommen wurde.

Dazu teilte Herr Bürgermeister Geier mit, dass es sich bei den Zahlen aus Magdeburg um Vorprognosen handeln würde und die zu ermittelnden Finanzmassen im Moment durch das statistische Landesamt erhoben werden. Die verlässlichen Zahlen würden frühestens Ende Januar 2014 vorliegen und er werde dann unverzüglich im Stadtrat und im Finanzausschuss darüber berichten.

Herr Bönisch, CDU-Fraktion, bezog sich in seinen Ausführungen auf die Stellenplandiskussion vom März 2013, wo im Nachhinein festgestellt wurde, dass eine B5-Stelle in eine B4-Stelle umgewandelt worden ist und der Stadtrat dies erst nach der Beschlussfassung bemerkte.

Mit dem jetzt vorliegenden Antrag wolle er die Umwandlung wieder rückgängig machen, ohne dass dies konkrete finanzielle Folgen haben müsse

Desweiteren beantragte **Herr Bönisch**, dass die von der Verwaltung neu ausgeschriebene Stelle Fachbereichsleiter Immobilienmanagement, welche mit einer Sondervergütung ausgestattet wurde, in eine A16-Stelle gewandelt wird. Dadurch sei man flexibler bei der Besetzung und man hätte auch die Möglichkeit, einen möglicherweise vorhandenen A16-Beamten auf diese Stelle einzuweisen.

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates, fasste abschließend zusammen, dass von Herrn Bönisch zum TOP 6.1 ein Änderungsantrag vorliege, der unter 6.1.14 behandelt werde und zum Inhalt habe, dass die Stelle Beigeordnete/r B4 laufende Nummer 5 im Stellenplan gestrichen und eine neue Stelle Beigeordnete/r mit der Besoldungsgruppe B5 in den Stellenplan aufgenommen werden soll.

In Bezug auf die Stelle Fachbereichsleiter Immobilienmanagement bat **Herr Bartl** um eine schriftliche Antragstellung dazu durch Herrn Bönisch.

Herr Krause, SPD-Fraktion, bezog sich in seinen Ausführungen auf die Stelle Stadtverwaltungsdirektor A14, laufende Nummer 14 und Stadtverwaltungsdirektor A15, laufende Nummer 33. Diese Stellen wurden 2013 als nicht existent geführt, werden aber als am 30.06. besetzt ausgewiesen. Er wies darauf hin, dass diese beiden Stellen nicht im Stellenplan vorkommen dürften und bat um eine redaktionelle Änderung.

Herr Wolter, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM, bat die Verwaltung um eine kurze Bewertung der Ausführungen von Herrn Krause, da dies in der Darstellung eine Reduzierung der Stellenanzahl bedeuten würde.

In gleichem Zusammenhang wies **Herr Dr. Meerheim, Fraktion DIE LINKE**, darauf hin, dass in den Erläuterungen zu den angegebenen Stellen die Deckung durch je eine gesperrte Stelle im Fachbereich 37 und im Fachbereich 10 angegeben sei.

Herr Prof. Dr. Furchert, amtierender Fachbereichsleiter Verwaltungsmanagement, teilte dazu mit, dass die von Herrn Dr. Meerheim angegebenen Stellen nicht besetzt sind und zur Deckung für andere bereits vorhandene Personen herangezogen werden.

Herr Kley, FDP-Fraktion, bat Herrn Prof. Dr. Furchert um Erläuterungen dazu, wie eine nicht vorhandene Stelle besetzt werden könne. Es gehe in dem vorliegenden Fall nicht um Deckung, sondern darum, dass offensichtlich Personen auf Stellen gesetzt worden sind, die es nicht gäbe. Das hieße, dass die Verwaltung den Stellenplan ausgehebelt habe.

Herr Prof. Dr. Furchert merkte dazu an, dass der Stadtrat die Entscheidung über die Streichung von Stellen getroffen habe und in der Umsetzung, wenn Personen vorhanden sind, die Beamte sind, diese auch weiter im Stellenplan angemessen unterzubringen sind.

Herr Kley brachte sein Unverständnis zu den Ausführungen von Herrn Prof. Dr. Furchert zum Ausdruck und führte aus, dass es genug andere Stellen in der Verwaltung gäbe, auf welche die Personen gesetzt werden können.

In diesem Zusammenhang machte er darauf aufmerksam, dass sich die Frage stelle, ob der vorliegende Stellenplan in irgendeiner Art und Weise der Beschlusslage des Stadtrates entspreche und durch die Verwaltung riskiert werde, dass der Haushalt nicht beschlossen wird.

Man habe schon einmal versucht zu erläutern, dass nicht die Stellen gestrichen worden, auf denen die Personen saßen, sondern die neuen Stellen gestrichen werden sollten. Und es gäbe jetzt das Problem, dass viele Abteilungsleiter und Fachbereichsleiterstellen nicht besetzt sind, weil noch andere Personen auf den Stellen sitzen.

Dazu teilte **Herr Prof. Dr. Furchert** mit, dass die Stellen aus dem Unterabschnitt herausgenommen und in einen anderen Unterabschnitt als neue Stelle ausgewiesen wurde und diese neu ausgewiesene Stelle sei gestrichen worden.

Auf die Frage von **Herrn Krause**, wieso die Stellen ab 30.06 als besetzt aufgeführt werden, wurde durch **Herrn Prof. Dr. Furchert** mitgeteilt, dass die Unterlagen an dieser Stelle nicht verändert worden sind und im Stellenplanentwurf 2014 bereits eingearbeitet waren.

Bezugnehmend auf die Haushaltsrede von Herrn Bürgermeister Geier merkte **Herr Wolter** an, dass dieser darauf hingewiesen habe, dass es in den Personalbedarfsplanungen Anträge gäbe, die ungefähr einer Stellenanzahl von ca. 203 Stellen entsprechen und er fragte an, ob dies im vorliegenden Stellenplan aktualisiert worden ist.

Desweiteren fragte er nach, ob der Beschluss des Finanzausschusses, der auf Grund seines Antrages ergangen ist und Bestandteil der Haushaltsvorlage sein sollte, berücksichtigt wurde.

Als drittens informierte **Herr Wolter** über Gespräche mit Mitarbeitern aus der Kernverwaltung und fragte an, wie die Personalbedarfsplanung und die Anträge umgesetzt werden können und ob in der Vorlage auch das Enthalten seines Antrages zur Erhöhung der Arbeitszeitverkürzung dargestellt werde.

Die Frage zu den Personalkosten beantwortete **Herr Bürgermeister Geier** dahingehend, dass in den Personalkosten für die Jahresscheibe 2014 umgerechnet 84,2 kw-Stellen berücksichtigt und im Personalausschuss besprochen worden sind.

Zur Frage der Teilzeitverträge führte **Herr Bürgermeister Geier** aus, dass 474 Teilzeitverträge gestellt wurden und dies der Verwaltung nur die Möglichkeit gäbe, bei der Personalbewirtschaftung flexibler zu sein.

Auch wurde den entsprechenden Mitarbeitern in den Gesprächen in der Personalabteilung erklärt, dass das weitere Vorgehen abhängig von der Stadtratsentscheidung am 18.12.2013 sei, da es erst dann eine Arbeitsgrundlage gäbe und die Abstimmung mit dem jeweiligen Fachbeigeordneten dazu erfolgen werde.

Herr Wolter fasste daraufhin zusammen, dass die Verwaltung nicht in der Lage sei, die Personalbedarfsanträge zum Rentenmodell, zur Arbeitszeitverkürzung und zum Abfindungsmodell zum 01.01.2014 wirksam umzusetzen.

Herr Bürgermeister Geier verwies darauf, dass bei der Vorstellung der personalwirtschaftlichen Maßnahmen immer darauf hingewiesen wurde, dass frühestens im ersten Quartal 2014 mit der Umsetzung begonnen werden kann und diese abhängig vom jeweiligen Einzelfall sei.

Bezugnehmend auf den Hinweis von Herrn Krause zu den Stellen Stadtverwaltungsdirektor A14 und A15 sicherte **Herr Bürgermeister Geier** eine entsprechende redaktionelle Änderung zu.

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates, schlug vor, zuerst über den Änderungsantrag 6.1.13 abzustimmen, da von 6.1.1 und 6.1.8 alle Änderungsanträge eingeflossen sind.

Danach könne zu den Änderungsanträgen 6.1.9 bis 6.1.12 sowie zu den unter 6.1.14 und 6.1.15 eingegangenen Anträgen von Herrn Bönisch gesprochen werden.

Zum TOP 6.1.13 fragte **Herr Krause** nach, weshalb die Verwaltung einen Änderungsantrag zur eigenen Beschlussvorlage stellt und nicht einfach die Umsetzung des Beschlusses erklärt.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand erklärte sich mit dem Vorschlag von Herrn Krause einverstanden.

Herr Bartl erklärte daraufhin, dass mit der Übernahme der Anträge 6.1.1 bis 6.1.8 durch die Verwaltung, eine Abstimmung über 6.1.13 hinfällig sei.

In diesem Zusammenhang wies **Herr Dr. Meerheim** darauf hin, dass die Vorlage zum TOP 6.1.13 nicht nur die Änderung der Stadträte/innen oder Fraktionen, sondern auch die Änderungen, die durch die Verwaltung im Zuge der Haushaltsdiskussion mit vorgelegt wurden, beinhalte und deshalb auch darüber abgestimmt werden müsse.

Zum gleichen Thema machte **Herr Knöchel, Fraktion DIE LINKE**, darauf aufmerksam, dass es sich bei der Vorlage 6.1.13 um die geänderte Vorlage der Verwaltung handelt, welche das Ergebnis des Finanzausschusses beinhalte, so dass die Vorlage zum TOP 6.1.13 zusammen mit dem ausgeteilten Zahlenblatt heute beschlossen werden soll.

Herr Bartl bat um weitere Diskussion zum TOP 6.1.9

**zu 6.1.9 Änderungsantrag der Fraktionen CDU und FDP zur Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Jahr 2014 sowie Beteiligungsbericht über das Jahr 2012 (V/2013/12027
Vorlage: V/2013/12356**

Herr Bönisch, CDU-Fraktion, erklärte den Änderungsantrag dahingehend, dass durch die Organisationsveränderung in der Verwaltung ab dem 01.01.2014 eine zusätzliche Stelle, datiert mit A16, geschaffen werden soll, die den Fachbereich Immobilienmanagement aufbaut. Dies sei nicht nachvollziehbar und werde deshalb abgelehnt.

Herr Bürgermeister Geier teilte dazu mit, dass die Verwaltung bei Beschlussfassung und Umsetzung des Änderungsantrages vorschlägt, die bestehende Fachbereichsleiterstelle umzuwandeln vom Tarif Sondervergütung in eine A16-Stelle.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich zugestimmt

Beschluss:

Die Stelle „Projektleiter/in Aufbau Immobilienmanagement“ (A 16), lfd. Nr. 15, wird nicht in den Stellenplan aufgenommen.

zu 6.1.10 Änderungsantrag der Fraktionen CDU und FDP zur Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Jahr 2014 sowie Beteiligungsbericht über das Jahr 2012 (V/2013/12027)
Vorlage: V/2013/12358

Herr Bönisch, CDU-Fraktion, begründete den Änderungsantrag damit, dass die Verwaltung schon immer ohne eine Stelle Abteilungsleiter Besondere jugendhilferechtliche Aufgaben und Einrichtungen ausgekommen sei und deshalb die Einrichtung einer solchen Stelle für überflüssig angesehen wird. Ebenso wie die beiden anderen aufgeführten Stellen im Beschlussvorschlag des Änderungsantrages.

Zum Beschlussvorschlag Nr. 1 merkte **Herr Bürgermeister Geier** an, dass diese Stelle einen kw-Vermerk zum 31.07.2014 habe und es bei entsprechender Beschlussfassung das Problem gäbe, dass es keine adäquaten E15-Stellen gibt, die verwendbar wären und eine betriebsbedingte Kündigung ausgesprochen werden müsste.

Bei den Punkten 2 und 3 wäre eine entsprechende Umsetzung des Beschlussvorschlages möglich.

Bezogen auf Äußerungen von Herrn Bürgermeister Geier zum Punkt 1 des Beschlussvorschlages machte **Herr Bönisch** darauf aufmerksam, dass diese Stelle nicht besetzt sein könne, da es diese im jetzt geltenden Stellenplan nicht gäbe.

Herr Häder, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM, wies Herrn Bönisch darauf hin, dass bei Beibehaltung einer A16-Stelle, wie im Beschlusspunkt 2 hinterlegt, gegengerechnet werden müsse und es aus seiner Sicht billiger wäre, die A16-Stelle in eine A15-Stelle umzuwandeln.

In diesem Zusammenhang machte **Herr Bönisch** darauf aufmerksam, dass sich am Status quo nichts ändert würde, da die A16-Stelle durch eine Person, die mit E15 vergütet wird, besetzt sei.

Herr Prof. Dr. Furchert führte dazu aus, dass es eine Stelle mit Inhaber gab, die von einem Unterabschnitt in einen anderen gegangen sei und man zwischenzeitlich auf Grund des geltenden Vertrages gehalten war, den Mitarbeiter auf eine andere Stelle zu setzen. Dies werde jetzt nach den Regeln von Haushaltsklarheit und Haushaltswahrheit für Nichtangemessen gehalten und deshalb wurde die Stelle wieder in den Plan aufgenommen.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich zugestimmt**

Beschluss:

1. Die Stelle „Mitarbeiter/in Transferpersonal“ (E 15Ü), lfd. Nr. 0, wird nicht in den Stellenplan aufgenommen.
2. Die Stelle „Fachreferent/in“ (A 16), lfd. Nr. 13, verbleibt im Stellenplan.
3. Die Stelle „Abt. Ltr. Besondere jugendhilferechtliche Aufgaben und Einrichtungen“ (A 15), lfd. Nr. 16, wird nicht in den Stellenplan aufgenommen.

**zu 6.1.11 Änderungsantrag der Fraktionen CDU und FDP zur Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Jahr 2014 sowie Beteiligungsbericht über das Jahr 2012 (V/2013/12027
Vorlage: V/2013/12360**

Herr Bönisch, CDU-Fraktion, erläuterte den Änderungsantrag dahingehend, dass es nicht notwendig sei, eine Stelle „Beauftragte/r für Sonderaufgaben“ mit der Eingruppierung nach E15 in den Stellenplan aufzunehmen. Und die Stelle „Bauprojekt-Koordinator/in“ mit der Eingruppierung E13 soll im Stellenplan verbleiben und mit einem kw-Vermerk versehen werden.

Herr Bürgermeister Geier sagte eine entsprechende Umsetzung des Beschlusses zu.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich zugestimmt**

Beschluss:

1. Die Stelle „Beauftragte/r für Sonderaufgaben“ (E 15), lfd. Nr. 10, wird nicht in den Stellenplan aufgenommen.
2. Die Stelle „Bauprojekt-Koordinator/in“ (E 13), lfd. Nr. 51, verbleibt im Stellenplan und wird mit einem kw-Vermerk versehen.

**zu 6.1.12 Änderungsantrag der Fraktionen CDU und FDP zur Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Jahr 2014 sowie Beteiligungsbericht über das Jahr 2012 (V/2013/12027
Vorlage: V/2013/12361**

Bezugnehmend auf den Änderungsantrag seiner Fraktion und der FDP-Fraktion informierte **Herr Bönisch, CDU-Fraktion**, darüber, dass es problematisch sei, die Stelle E15 Leiter/in Museum in eine Stelle E15Ü zu wandeln, da man sich bei der Bestellung einer Kuratorin für die Gestaltung der Dauerausstellung darauf geeinigt hatte, die Stelle der Museumsleiter/in zu streichen, solange es die Kuratorin gibt und aus diesem Bereich bezahlt werden muss. Zurzeit habe die Verwaltung eine Kuratorin und eine Museumsleiterin und man halte es für unangemessen und überzogen, die Stelle Museumsleiter/in in eine E15Ü umzuwandeln.

Dazu teilte **Herr Bürgermeister Geier** mit, dass bei entsprechender Beschlusslage eine Änderungskündigung von E15Ü auf E15 vorgenommen werde.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich zugestimmt**

Beschluss:

1. Die Stelle „Leiter/in Stadtmuseum Halle“ (E 15Ü), lfd. Nr. 1, wird nicht in den Stellenplan aufgenommen.
2. Die Stelle „Leiter/in Stadtmuseum Halle“ (E 15), lfd. Nr. 15, verbleibt im Stellenplan.

**zu 6.1.14 Änderungsantrag des Stadtrates Bernhard Bönisch (CDU) zur Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Jahr 2014 sowie Beteiligungsbericht über das Jahr 2012 (V/2013/12027)
Vorlage: V/2013/12372**

In Bezug auf die Besoldung der Beigeordnetenstellen fragte **Herr Dr. Meerheim, Fraktion DIE LINKE**, nach, ob es aktuell in der Verwaltung tatsächlich nur eine B5, eine B6 und drei B4-Stellen gäbe.

Dem stimmte **Herr Bürgermeister Geier** zu und machte deutlich, dass diese Besoldung so auch im Stellenplan ausgewiesen sei.

Herr Dr. Meerheim merkte daraufhin an, den Antrag zu stellen, eine Beigeordnetenstelle als kw-Stelle auszuweisen, um damit Geld einzusparen.

Auf die Anfrage von **Herrn Wolter, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM**, ob dieser Vorschlag von Herrn Dr. Meerheim relevant für die Hauptsatzung sei, teilte **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** mit, dass vorher die Hauptsatzung geändert werden müsste.

Herr Krause, SPD-Fraktion, äußerte sich dahingehend, dass man erst einmal über den Änderungsantrag von Herrn Bönisch abstimmen und später über den von Herrn Dr. Meerheim gemachten Vorschlag im Hauptausschuss diskutieren sollte.

Herr Häder, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM, machte darauf aufmerksam, dass erst die Hauptsatzung geändert werden müsste, da in dieser die Besetzung von fünf Beigeordneten vorgesehen sei.

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates, bat Herrn Dr. Meerheim um die Einreichung eines Antrages zu seinem Anliegen.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich abgelehnt**

Beschlussvorschlag:

Die Stelle „Beigeordnete/r“ (B4), lfd. Nr. 5, wird im Stellenplan gestrichen, eine neue Stelle „Beigeordneter/r“ mit der Besoldungsgruppe B5 wird in den Stellenplan aufgenommen.

**zu 6.1.15 Änderungsantrag des Stadtrates Bernhard Bönisch (CDU) zur Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Jahr 2014 sowie Beteiligungsbericht über das Jahr 2012 (V/2013/12027)
Vorlage: V/2013/12373**

Herr Bürgermeister Geier verwies darauf, dass die Verwaltung den Änderungsantrag übernehmen und den Beschluss umsetzen wird.

Abstimmungsergebnis: **erledigt**
Änderungen in Beschlussvorlage übernommen

Beschlussvorschlag:

Die Stelle „FB-Leiter/in Immobilien und Bewirtschaftungsmanagement“, wird mit der Besoldungsgruppe A 16 ausgebracht.

zu 6.1.16 Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE zur Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Jahr 2014 sowie Beteiligungsbericht über das Jahr 2012 – Stellenplan 2014 Vorlage: V/2013/12374

Herr Kley, FDP-Fraktion, verwies darauf, dass eine Beigeordnetenstelle nur frei werde, wenn kein neuer Beigeordneter gewählt wird. Ansonsten sei die Stelle wieder besetzt. Er halte aus diesem Grund den Änderungsantrag für überflüssig und bat darum, die Haushaltsberatung nicht mit solchen Anträgen zu belasten.

Dem konnte **Herr Dr. Meerheim, Fraktion DIE LINKE**, nicht zustimmen und sicherte für Januar 2014 die Vorlage eines entsprechenden Änderungsantrages für die Hauptsatzung zu, so dass zum Jahresende die nächste frei werdende Beigeordnetenstelle tatsächlich nicht wieder besetzt wird.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich abgelehnt**

Beschlussvorschlag:

Eine der demnächst freiwerdenden Beigeordnetenstellen wird „kw“ gesetzt.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand bezog sich in seinen Ausführungen auf noch offene Fragen aus der Haushaltsplandiskussion im Hinblick auf die Wohnungsgesellschaften und machte deutlich, dass im Rahmen der Abführungen der einzelnen Wohnungsgesellschaften immer eine Konzernbetrachtung erforderlich sei. Dazu werde Anfang des Jahres 2014 eine Klausurtagung gemeinsam mit der GWG und der HWG stattfinden.

In diesem Zusammenhang wies er darauf hin, dass die Abführung von Finanzmitteln an die Stadt nicht zu Mieterhöhungen oder zu einem Investitionsstau führen wird und eine Lösung im Einvernehmen mit den Wohnungsgesellschaften gefunden werden soll.

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates, bat um Abstimmung der geänderten Vorlage 6.1 einschließlich 6.1.13.

zu 6.1.13 Änderungsantrag der Verwaltung zur Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2014 sowie Beteiligungsbericht über das Jahr 2012 Vorlage: V/2013/12346

Abstimmungsergebnis: **beraten**

Beschlussvorschlag:

1. Der Stadtrat stimmt den Änderungen entsprechend der Anlage zu.
2. Die Deckung des verbleibenden Defizits erfolgt aus Mehreinnahmen in dem Produkt 1.61101 Gemeindeanteil Einkommenssteuer.

zu 6.1 **Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2014 sowie Beteiligungsbericht über das Jahr 2012** Vorlage: V/2013/12027

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich zugestimmt**

Beschluss (in geänderter Form/Text):

1. Der Stadtrat beschließt die Haushaltssatzung 2014 mit dem Haushaltsplan 2014.
2. Der Stadtrat nimmt den Beteiligungsbericht 2012 zur Kenntnis.

zu 6.2 **Brandschutzbedarfsplan** Vorlage: V/2012/10626

Es lagen keine Wortmeldungen vor.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich zugestimmt**

geänderter Beschluss:

1. Der Stadtrat beschließt die unter Kapitel 8.3 des anliegenden Brandschutzbedarfsplans aufgeführten Maßnahmen. Die Umsetzung **der einzelnen Maßnahmen** erfolgt nach Maßgabe des Haushaltsplanes **und Beschlussfassung des Stadtrates**.
2. Zur Gewährleistung des abwehrenden Brandschutzes und der Hilfeleistung ist die Errichtung einer weiteren Außenwache der Berufsfeuerwehr notwendig. Ziel ist die Umsetzung des zu realisierenden Schutzziels im nördlichen und nordöstlichen Stadtgebiet sowie im Industriegebiet Star Park Halle A 14.
3. Der Stadtrat beschließt folgendes Schutzziel:
 - **9 Einsatzkräfte** treffen in der Regel und unter gewöhnlichen Bedingungen innerhalb von **12 Minuten** nach der Alarmierung an jeder Einsatzstelle ein, die über öffentliche Verkehrsflächen zu erreichen ist.
 - **Nach weiteren 5 Minuten** sollen **6 weitere Einsatzkräfte** an der Einsatzstelle eintreffen.
 - Bei **mindestens 80 % der hilfsfristpflichtigen Einsätze** sollen in jedem Stadtteil/Stadtviertel die Zielgröße Hilfsfrist und **die Zielgröße** Funktionsstärke eingehalten werden.

**zu 6.7 Bebauungsplan Nr. 70.3 „Büschdorf Nord-Ost II, Am Diemitzer Graben " -
Beschluss zur öffentlichen Auslegung
Vorlage: V/2013/12012**

Es lagen keine Wortmeldungen vor.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich zugestimmt

Beschluss:

1. Der Stadtrat beschließt folgende Verfahrensänderung zum Aufstellungsbeschluss des Bebauungsplan Nr. 70 Delitzscher Straße/ An der Reide. Für den nachfolgenden beschriebenen Teilbereich des Geltungsbereiches des Bebauungsplans Nr. 70 wird das Verfahren als Bebauungsplan Nr. 70.3 mit der Bezeichnung „Büschdorf Nord-Ost II, Am Diemitzer Graben“ weitergeführt.
2. Der Geltungsbereich des Bebauungsplans Nr. 70.3 umfasst das in der Anlage 1 gekennzeichnete Gebiet.
3. Der Stadtrat bestätigt den Entwurf des Bebauungsplans Nr. 70.3 „Büschdorf Nord-Ost II, Am Diemitzer Graben“ in der Fassung vom 25.10.2013 sowie die Begründung zum Entwurf in gleicher Fassung.
4. Der Entwurf des Bebauungsplans Nr. 70.3 „Büschdorf Nord-Ost II, Am Diemitzer Graben“ in der Fassung vom 25.10.2013 sowie die Begründung zum Entwurf in gleicher Fassung, sind öffentlich auszulegen.

**zu 6.8 Spielflächenkonzeption Halle (Saale) 2013
Vorlage: V/2012/11313**

**zu 6.8.1 Änderungsantrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zur
Spielflächenkonzeption Halle (Saale) 2013, Vorlage: V/2012/11313
Vorlage: V/2013/12327**

**zu 6.8.2 Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur
Beschlussvorlage Spielflächenkonzeption Halle (Saale) 2013; Vorlage
V/2012/11313
Vorlage: V/2013/12326**

Frau Krausbeck, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, erläuterte den Antrag ihrer Fraktion dahingehend, dass die Verwaltung im Entwurf für die Investitionsplanung 2015 die Spielplatzvorhaben berücksichtigen soll, die in der Spielplatzkonzeption mit einer sehr hohen Priorität angegeben werden aber bislang nicht in der mittelfristigen Finanzplanung vorhanden sind. Das Konzept bilde dazu eine gute Grundlage für die Spielplatzplanung in der Stadt.

Bezogen auf die Ablehnung des Änderungsantrages durch die Verwaltung mit der Begründung, hier einen Vorgriff auf die Haushaltsplanung der folgenden Jahre zu machen, merkte sie an, dass es sicherlich richtig sei, jedoch nicht dazu führen müsse, den Antrag abzulehnen. Und bei der Stellungnahme der Verwaltung hätte man nicht auf das fehlende Geld hinweisen sollen, sondern es müsse dargestellt werden, welche Konsequenzen daraus zu ziehen wären.

Auch habe es das Problem gegeben, dass es beim Haushalt 2014 keine konkreten Zahlen bei Investitionen in Spielplätze vorlagen, so dass es nicht möglich war, einen Änderungsantrag in die Haushaltsplanberatung einzubringen. Der jetzt vorliegende Antrag soll dazu dienen, Finanzmittel spätestens in den Haushaltsplanwurf 2015 einzuarbeiten.

In ihren weiteren Ausführungen bezog sich **Frau Krausbeck** auf den gerade beschlossenen Brandschutzbedarfsplan, in welchem die Verwaltung auch ihre Vorstellungen zur zukünftigen Investitionsgestaltung im Bereich Brandschutz vorgegeben hat, ohne das es unbedingt schon in der Realisierung tatsächlich sicher ist.

Abschließend bat sie um Zustimmung zum Antrag ihrer Fraktion

Zum gleichen Thema führte **Frau Wolff, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM**, aus, dass es auch darum gehe, dass das Alter der Spielplätze bei der Erneuerung keine Rolle spielen sollte, da nicht alle, die älter als 15 Jahre sind, unbedingt erneuert werden müssen.

Bezugnehmend auf die Ablehnung des Änderungsantrages der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM im Ausschuss für Ordnung und Umweltangelegenheiten, merkte **Herr Scholtyssek, CDU-Fraktion**, an, dass laut der Begründung des Antrages festgeschrieben werden sollte, immer die größtmögliche Zahl von Spielplätzen zur Verfügung zu stellen und damit die größeren Spielplätze, welche einen höheren Investitionsbedarf aufweisen, übrig bleiben werden.

Er warb um Ablehnung des Änderungsantrages, sollte diese Formulierung vom Antragsteller nicht geändert werden.

Laut Aussage von **Herrn Häder, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM**, gehe es darum, dass in der Spielplatzkonzeption vorgesehen war, das Alter des Spielplatzes bei einer Erneuerung zu berücksichtigen. Dies stelle aus seiner Sicht keinen effektiven Einsatz der Haushaltsmittel dar, da nicht alle über 15 Jahre alten Spielplätze erneuert werden müssten und es Spielplätze gäbe, welche nicht älter als fünf Jahre alt sind und schon wieder erneuert werden könnten.

Im Änderungsantrag seiner Fraktion gehe es lediglich darum, das vorhandene Geld möglichst effektiv einzusetzen.

Herr Stäglin, Beigeordneter für Stadtentwicklung und Umwelt, merkte dazu an, dass nach einer ähnlichen Diskussion im Hauptausschuss der Antragsteller die Vorlage dahingehend geändert habe, dass investive Mittel effektiv einzusetzen sind. Und auch die Verwaltung werde keine Erneuerungsmaßnahme für einen Spielplatz anmelden, wenn er zwar älter, aber noch in Ordnung ist.

Herr Misch, CDU-Fraktion, bat darum, die Spielflächenkonzeption so stehen zu lassen, mit dem Hinweis, dass diese nicht immer realisierbar sei und bei der nächsten Haushaltsdiskussion wieder aufgegriffen werde.

Da dem Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN im Jugendhilfeausschuss als zuständigem Fachausschuss mit deutlicher Mehrheit zugestimmt wurde, bat **Frau Dr. Brock, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**, darum, dem Votum des Ausschusses zu folgen und dem Änderungsantrag ebenfalls zuzustimmen.

Bezogen auf die Darstellung der Spielflächenversorgung 2025 als Trend, merkte **Herr Sieber, fraktionslos**, an, dass die Verwaltung versuchen sollte, beim Erhalt der vorhandenen Spielplätze sparsam vorzugehen, um eventuell Stadtgebiete, welche praktisch keinen Spielplatz haben, damit zu versorgen.

Dazu erläuterte **Herr Beigeordneter Stäglin**, dass man mit der von Herrn Sieber angeführten Karte versucht habe, eine kleinräumige Gliederung vorzunehmen und Grenzen für Einzugsbereiche von Spielplätzen abzubilden.

Die Verwaltung werde auch darauf achten, Bürgerinitiativen, welche in bestimmten Bereichen Spielgeräte aufstellen wollen zu unterstützen und es gäbe auch Spielangebote in Kleingartenanlagen, die eventuell fehlende Spielmöglichkeiten kompensieren könnten, ebenso wie Naturraum in bestimmten Bereichen.

Weiterhin führte er aus, dass es nicht überall die Notwendigkeit gäbe, einen großen öffentlichen kommunalen Spielplatz zu realisieren.

Herr Sieber zeigte sich mit der Antwort von Herrn Beigeordneten Stäglin nicht einverstanden und verwies darauf, dass es damit möglich wäre, dass es in bestimmten Stadtteilen nie einen Kinderspielplatz geben würde und die Erreichbarkeit in ein Nachbargebiet für Eltern mit kleineren Kindern nicht zumutbar sei.

Frau Krausbeck erwähnte die Zustimmung des Kinder- und Jugendrates zu den Vorschlägen ihrer Fraktion und verwies, bezugnehmend auf die Ausführungen von Herrn Misch, dass es darum gehe, durch die Verwaltung Schwerpunkte auch bei den Investitionen für Spielplätze zu setzen.

zu 6.8.2 Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Beschlussvorlage Spielflächenkonzeption Halle (Saale) 2013; Vorlage V/2012/11313 Vorlage: V/2013/12326

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich zugestimmt**

geänderter Beschluss:

Der Beschlusstext wird um einen vierten Beschlusspunkt ergänzt:

4. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, konkret folgende in der Spielflächenkonzeption benannten Maßnahmen mit „sehr hoher Priorität“ im Bereich Grunderneuerung, Neubau und Erweiterung von Spielplätzen in den Entwurf des dem Haushalt 2015 beizufügenden fortgeschriebenen Investitionsprogrammes aufzunehmen:
 - Spielplatz Schülershof
 - Spielplatz Nietleben/Heidesee
 - Neubau Spielplatz ~~Friedenstraße~~ **Giebichensteinviertel**
 - Spielraum Paulusviertel – Umfeld Dürer-Schule
 - ~~Spielraum Glaucha – Spielachse-Steg~~ **Spielraum Glaucha – Spielachse Steg (vorgesehener Planungsbeginn 2015 in Abhängigkeit von Zusage Fördermittel)**

zu 6.8.1 **Änderungsantrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zur Spielflächenkonzeption Halle (Saale) 2013, Vorlage: V/2012/11313
Vorlage: V/2013/12327**

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich abgelehnt**

Beschlussvorschlag:

Es wird ein vierter Beschlusspunkt eingefügt:

- 4. Die Festlegung von Prioritäten zu Erneuerungsmaßnahmen ist nicht ausschließlich auf das Alter des Spielplatzes abzustellen, sondern der konkrete Zustand der Spielplätze, insbesondere im Hinblick auf die vorhandene Nutzbarkeit, ist zu berücksichtigen. Investive Mittel sind effektiv in dem Sinne einzusetzen, dass mit den jeweils in den Haushaltsjahren zur Verfügung stehenden Geldern solche Maßnahmen durchgeführt werden, die eine größtmögliche Zahl an nutzbaren Spielplätzen bewirken.*

zu 6.8 **Spielflächenkonzeption Halle (Saale) 2013
Vorlage: V/2012/11313**

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich zugestimmt**

geänderter Beschluss:

1. Der Stadtrat beschließt die Spielflächenkonzeption Halle (Saale) als Handlungsgrundlage zur Entwicklung eines bedarfsgerechten Spielflächenangebotes im Stadtgebiet.
2. Die Spielflächenkonzeption soll nach 5 Jahren **mit der Zielgröße einer Nettospielfläche von durchschnittlich 6 m² pro Kind** fortgeschrieben werden.
3. Die Handlungsvorschläge werden auf Grundlage der getroffenen Prioritätensetzung und im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel schrittweise umgesetzt. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die Höhe der anzumeldenden Haushaltsmittel
 - o für die bauliche Unterhaltung und Pflege der Spielplätze am Unterhaltungskostenbedarf und
 - o für die Grunderneuerung, den Neubau und die Erweiterung von Spielplätzen am Investitionskostenbedarf auszurichten. Die Investitionskosten der Einzelprojekte einschließlich des ggf. erforderlichen Grunderwerbs werden jährlich im Haushaltsplan verankert. Da ein Teil der geplanten Spielplatzflächen außerhalb von Fördergebieten liegt, sind auch Investitionen nur mit städtischen Eigenmitteln in den Haushalt einzustellen.
4. **Die Stadtverwaltung wird beauftragt, konkret folgende in der Spielflächenkonzeption benannten Maßnahmen mit „sehr hoher Priorität“ im Bereich Grunderneuerung, Neubau und Erweiterung von Spielplätzen in den Entwurf des dem Haushalt 2015 beizufügenden fortgeschriebenen Investitionsprogrammes aufzunehmen:**
 - **Spielplatz Schülershof**
 - **Spielplatz Nietleben/Heidensee**
 - **Neubau Spielplatz Friedenstraße Giebichensteinviertel**
 - **Spielraum Paulusviertel – Umfeld Dürer-Schule**

- ~~Spielraum Glaucha – Spielachse-Steg~~ Spielraum Glaucha – Spielachse Steg (vorgesehener Planungsbeginn 2015 in Abhängigkeit von Zusage Fördermittel)

zu 6.9 Mitgliedschaft der Stadt Halle (Saale) im Klima-Bündnis Alianza del Clima / Climate Alliance e. V.
Vorlage: V/2013/12229

Es lagen keine Wortmeldungen vor.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich zugestimmt

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt die Aussetzung des Stadtratsbeschlusses vom 10.07.2013, für die Kündigung der Mitgliedschaft im Klima-Bündnis Alianza del Clima/Climate Alliance e. V. bis 2015.

zu 6.11 1. Änderung zur Entgeltordnung der Volkshochschule Adolf Reichwein der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: V/2013/12128

Es lagen keine Wortmeldungen vor.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich zugestimmt

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt die in der Anlage 1 aufgeführte 1. Änderung zur Entgeltordnung der Volkshochschule Adolf Reichwein der Stadt Halle (Saale).

zu 6.12 1. Änderung der Satzung der Volkshochschule Adolf Reichwein der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: V/2013/12129

Es lagen keine Wortmeldungen vor.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich zugestimmt

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt die in der Anlage 1 aufgeführte 1. Änderung der Satzung der Volkshochschule Adolf Reichwein der Stadt Halle (Saale).

**zu 6.13 Erste Änderung des Zweiten Grundsatz- und Baubeschluss zur Brandschutzgrundsicherung an Schulen (Vorlage: V/2012/10587)
Vorlage: V/2013/11649**

Frau Raab, FDP-Fraktion, berichtete, dass bei Durchsicht der Auflistung mit der Aufschlüsselung der Einzelkosten für die IT-Verkabelung und Vergleich mit marktüblichen Durchschnittspreisen festgestellt wurde, dass man nur auf etwas mehr als die Hälfte der durch die Verwaltung veranschlagten Kosten komme.

In diesem Zusammenhang machte sie darauf aufmerksam, dass ihre Fraktion der Kontrollpflicht in diesem Punkt nachkommen werde und sie appellierte daran, darauf zu achten, eine für die Stadt kostengünstige Variante zu finden.

Da es sich noch nicht um eine Kostenzusage handelt, werde ihre Fraktion der Vorlage zustimmen.

Zur gleichen Vorlage führte **Herr Schachtschneider, CDU-Fraktion,** aus, dass in der ursprünglichen Form eine Bauzeit mit Umzug von fast zwei Jahren aufgeführt war, welche jetzt auf ungefähr acht Monate zurückgegangen sei.

Er informierte ebenfalls über die Aussage von Herrn Bielecke, amtierender Abteilungsleiter Hochbau, dass geprüft werden könne, ob die IT-Verkabelung auch während des laufenden Schulbetriebes möglich sei.

Herr Feigl, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, äußerte sich dahingehend, dass es Verbesserungen im Verfahren der IT-Verkabelung gäbe und seine Fraktion die gewählten Varianten für unnötig komplex und zu teuer halten und eine kostengünstigere Variante gefunden werden müsse.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich zugestimmt**

geänderter Beschluss:

1. Der Stadtrat beschließt für das Johann-Gottfried-Herder-Gymnasium zusätzlich zur Brandschutzgrundsicherung und Kellertrockenlegung die IT-Vernetzung des gesamten Schulhauses.
- ~~2. Der Stadtrat beauftragt die Verwaltung, die Einstellung der Mittel bei der nächsten Nachtragshaushalt- und Investitionsplanung vorzunehmen.~~

**zu 6.16 Jahresabschluss 2012 des EB ZGM
Vorlage: V/2013/11944**

Es lagen keine Wortmeldungen vor.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich zugestimmt**

Beschluss:

1. Der Jahresabschluss für den EigenBetrieb Zentrales GebäudeManagement

Halle(Saale) für das Wirtschaftsjahr 2012 wird wie folgt festgestellt:

Jahresgewinn: 9.349,19 €
Bilanzsumme: 28.995.264,43 €.

2. Dem Betriebsleiter des Eigenbetrieb Zentrales GebäudeManagement Halle (Saale) wird für das Wirtschaftsjahr 2012 gemäß § 18 (4) Satz 2 Nr. 3 EigenBG LSA Entlastung erteilt.
3. Der Jahresgewinn in Höhe von 9.349,19 € wird auf neue Rechnungen vorgetragen.

**zu 6.17 Richtlinie der Stadt Halle (Saale) zur Förderung und Anerkennung bürgerschaftlichen Engagements
Vorlage: V/2013/11956**

Herr Wolter, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM, verwies im Namen seiner Fraktion die Vorlage zur weiteren Diskussion in den Hauptausschuss.

Herr Müller, CDU-Fraktion, verwies den Antrag im Namen seiner Fraktion zusätzlich in den Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften.

Bezugnehmend auf die Beratungen in den Ausschüssen wies **Frau Krausbeck, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**, darauf hin, dass auch in ihrer Fraktion noch Beratungsbedarf im Hinblick auf die Nutzungsmöglichkeiten der Engagementkarte bestehen. Sie erwarte in den Ausschussberatungen Auskünfte darüber, in wie weit ein Prozess der Bürgerbeteiligung stattgefunden habe und welche Vorschläge gemacht und aufgenommen bzw. nicht aufgenommen worden sind.

Abstimmungsergebnis: verwiesen

durch Geschäftsordnungsantrag der CDU-Fraktion
in den

**Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung
und Liegenschaften**

und

durch Geschäftsordnungsantrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM
in den

Hauptausschuss

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat beschließt die „Richtlinie der Stadt Halle (Saale) zur Förderung und Anerkennung bürgerschaftlichen Engagements“.

**zu 6.18 Stadtmarketing Halle (Saale) GmbH - Strategische Ausrichtung und
Prioritätensetzung
Vorlage: V/2013/12291**

Herr Dr. Meerheim, Fraktion DIE LINKE, verwies den Antrag im Namen seiner Fraktion in den Ausschuss für Wissenschafts- und Wirtschaftsförderung sowie Beschäftigung sowie in den Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften.

Frau Dr. Brock, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, stimmte der Verweisung zu und machte darauf aufmerksam, dass die Selbstverpflichtung des Oberbürgermeisters im Rahmen des Public Corporate Governance Kodex ihrer Fraktion noch nicht ausreiche, um das Mitbestimmungsrecht des Rates auszuüben.

Abstimmungsergebnis: **verwiesen**

durch Geschäftsordnungsantrag der Fraktion DIE LINKE
in den
Ausschuss für Wissenschafts- und Wirtschaftsförderung sowie Beschäftigung
und in den
**Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung
und Liegenschaften**

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) bestätigt folgende zustimmende Beschlussfassung des städtischen Vertreters in der Gesellschafterversammlung der Stadtmarketing Halle (Saale) GmbH vom 08.10.2013:

Die „Strategische Ausrichtung und Prioritätensetzung der Stadtmarketing Halle (Saale) GmbH“ wird in der als Anlage 3 beigefügten Fassung beschlossen.

**zu 6.19 Erste Änderungssatzung zur Satzung über die Erhebung von Kostenbeiträgen für die Benutzung der Kindertageseinrichtungen in der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: V/2013/12328**

Es lagen keine Wortmeldungen vor.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich zugestimmt**

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt die Erste Änderungssatzung zur Satzung über die Erhebung von Kostenbeiträgen für die Benutzung der Kindertageseinrichtungen in der Stadt Halle (Saale).

zu 7 Wiedervorlage

**zu 7.4 Antrag der FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zum IHK-Handelsatlas
Vorlage: V/2013/12113**

Frau Fleischer, FDP-Fraktion, bat um Zustimmung zum Antrag ihrer Fraktion. Sie wies darauf hin, dass sehr gute Daten im Hinblick auf die Kaufkraft und Entwicklung von Flächen von der Industrie- und Handelskammer vorlägen, aus welchen Rückschlüsse auch für die Stadt Halle getroffen werden können.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich zugestimmt**

Beschluss:

Die Stadtverwaltung wertet bis zum 18.12.2013 den Handelsatlas der Industrie- und Handelskammer Halle - Dessau aus und erläutert im Ausschuss für Wissenschafts- und Wirtschaftsförderung sowie Beschäftigung die Schlussfolgerungen aus Sicht der Stadt Halle (Saale), insbesondere die geplanten Gegenmaßnahmen in Bezug auf den hohen Leerstand, die unterdurchschnittliche Kaufkraft, schlechte Erreichbarkeit der Innenstadt und ungenügende Parkmöglichkeiten.

zu 7.5 Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zur Einführung eines Kulturtickets für Studierende
Vorlage: V/2013/11839

Herr Wolter, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM, informierte darüber, dass der Antrag zum Ziel habe, das kulturelle Angebot für die Studierenden attraktiver zu gestalten und die Verwaltung zu beauftragen, Gespräche mit dem Studierendenrat zu diesem Thema aufzunehmen eine Kooperationsvereinbarung diesbezüglich zum Abschluss zu bringen.

Frau Dr. Brock, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, verwies darauf, dass der Antrag im Kulturausschuss in einen Prüfauftrag umgeändert wurde.

Dem stimmte **Frau Dr. Bergner, CDU-Fraktion**, mit der Bemerkung zu, dass man zu dem Thema Informationen aus Göttingen eingeholt habe, wo es große Zustimmung zum Kulturticket gäbe.

Desweiteren merkte sie bezugnehmend auf den Beschlussvorschlag an, dass die Terminstellung Dezember 2013 im Beschlussvorschlag nicht mehr eingehalten werden könne und zu ändern sei.

Herr Wolter nahm die Anregung von Frau Dr. Bergner auf und änderte als Antragsteller die den Beschluss bezüglich der Information eines Zwischenstandes von *Dezember 2013* in **nächstmöglich**.

Frau Raab, FDP-Fraktion, äußerte sich ebenfalls zum Thema Kulturticket und merkte an, dass ihr bekannt sei, dass große Teile der Studierendenschaft diese Variante komplett ablehnen würden.

Ihrer Meinung nach versuche damit die Stadt, ihre kulturellen Einrichtungen zu finanzieren, was schon einmal mit Sondertickets für Übernachtungen von Touristen in Hotels versucht wurde und gescheitert sei. Hier müsse das Verursacherprinzip angewandt werden, denn wer die kulturellen Einrichtungen nutzt, sollte dafür auch seinen Beitrag zahlen und nicht einer großen Gruppe von Leuten zwangsweise über ein solches Ticket, diese Möglichkeit gegeben werden.

Weil die Vorgehensweise den freiheitlichen Grundsätzen widerspreche, werde ihre Fraktion den Antrag ablehnen.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich zugestimmt**

geänderter Beschluss:

Der Stadtrat beauftragt die Stadtverwaltung, einen Vorschlag zur Einführung eines Kulturtickets für Studierende schnellstmöglich vorzulegen. Dazu sollen Verhandlungen mit dem **Studierendenrat der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg** aufgenommen werden. Über einen Zwischenstand zu den Verhandlungen wird der Stadtrat ~~im Dezember 2013~~ **nächstmöglich** informiert.

**zu 7.6 Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zur Einführung von Bildschirmen mit Kulturwerbung der Stadt
Vorlage: V/2013/12102**

Herr Wolter, Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM, bat um Zustimmung zum Antrag seiner Fraktion, da alle Bedenken vollständig ausgeräumt seien und wies darauf hin, dass im Finanzausschuss schon erläutert wurde, dass nur ca. 60 Euro an Stromkosten im Monat auf die Stadt in Zukunft zukommen werden.

Bezugnehmend auf die Stellungnahme der Verwaltung fragte **Herr Misch, CDU-Fraktion**, an, ob die Verwaltung bei der Stellungnahme bleibe und wenn dies der Fall wäre, fragte er nach den Rechtsfolgen, wenn ein Antrag beschlossen werde, der unzulässig sei.

Frau Dr. Bergner, CDU-Fraktion, wies darauf hin, dass der Antrag im Kulturausschuss in einen Prüfauftrag geändert wurde.

Herr Schreyer, amtierender Fachbereichsleiter Recht, machte darauf aufmerksam, dass auch durch die Änderung bzw. Ergänzung der Antrag bei Beschluss rechtswidrig wäre, da er einen Eingriff in die Rechte des Oberbürgermeisters zur Organisationshoheit darstellt und gleichzeitig ein Eingriff in die Geschäfte der laufenden Verwaltung sei.

Frau Dr. Wünscher, CDU-Fraktion, widersprach den Ausführungen von Herrn Wolter, da noch nicht alle Fragen zu den entstehenden Kosten geklärt werden konnten und aus diesem Grund habe man im Kulturausschuss einen Prüfauftrag daraus gemacht mit der Bitte an die Verwaltung, die Modalitäten der Einführung zu prüfen.

In Bezug auf die Anmerkungen von Herrn Schreyer merkte **Herr Wolter** an, dass Herrn Oberbürgermeister schon bei der Einbringung des Antrages durch die Fraktion die Stellungnahme des Rechtsamtes vorlag und er deshalb wissentlich die Ausschussbehandlung behindert habe.

Herr Wolter bestätigte auch, dass im Kulturausschuss die Prüfung der Einführung der Modalitäten durch die Verwaltung Bestandteil der Beschlussvorlage war und wies darauf hin, dass es sich um eine Idee handelt, die Attraktivität der Stadt in der Werbung bzw. im Service zu steigern.

Er informierte weiter darüber, dass in der Kulturausschusssitzung die Beigeordnete für Kultur und Sport eine Prüfung durch die Verwaltung zugesagt habe.

Frau Dr. Brock, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, äußerte sich dahingehend, dass laut Protokoll aus dem Kulturausschuss die Prüfung der Modalitäten der Einführung beschlossen wurde.

Da im vorliegenden Antrag der Beschluss zur Aufstellung der Monitore und der Prüfauftrag an die Verwaltung aufgeführt werden, gäbe es Irritationen und müsse geklärt werden, da eine fachliche Prüfung unbedingt erforderlich sei.

Herr Krause, SPD-Fraktion, stellte zum gleichen Thema fest, dass der Finanzausschuss den Antrag mit der Änderung der Beauftragung der Verwaltung, die Modalitäten der Einführung zu prüfen, beschlossen und er stellte den Geschäftsordnungsantrag auf Abstimmung.

Sollte die Verwaltung tatsächlich noch schwerwiegende rechtliche Gründe finden, sei sie jederzeit in der Lage zu widersprechen.

Dem Geschäftsordnungsantrag von Herrn Krause auf Abbruch der Debatte wurde zugestimmt und **Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates**, bat um Abstimmung des Antrages.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich zugestimmt**

geänderter Beschluss:

Der Stadtrat beschließt,
in Wartebereichen der Verwaltung (z.B. Einwohnermeldeamt, Bürgerbüro, Stadtbibliothek) Monitore aufzustellen, auf denen Kulturwerbung für Veranstaltungen öffentlicher Einrichtungen der Stadt präsentiert wird.

Die Verwaltung wird beauftragt, die Modalitäten der Einführung zu prüfen.

**zu 7.7 Antrag der Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE zur Prüfung des Zustands der Hochstraße
Vorlage: V/2013/11710**

Zum vorliegenden Antrag merkte **Herr Feigl, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**, an, dass dieser in den Ausschüssen mehrheitliche Zustimmung erfahren habe und er warb darum, dem Antrag zuzustimmen.

In Bezug auf die Begründung zur Ablehnung durch die Verwaltung, dass 115.000 Euro Haushaltsmittel eingestellt werden müssten, fragte **Frau Raab, FDP-Fraktion**, an, wofür diese Mittel notwendig wären.

Herr Stäglin, Beigeordneter für Stadtentwicklung und Umwelt, verwies in diesem Zusammenhang darauf, dass die 115.000 Euro auf der vorletzten Seite der Stellungnahme der Verwaltung begründet seien und sich auf den Beschlusspunkt 3 beziehen würden.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich abgelehnt**
19 Ja-Stimmen
21 Nein-Stimmen
3 Enthaltungen

geänderter Beschlussvorschlag:

1. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, den aktuellen Bauzustand, die real noch erwartbare Nutzungsdauer und daraus resultierende Sanierungsnotwendigkeiten des Hochstraßenkomplexes (Abschnitt östlich beginnend von der Franckestraße bis Glauchaer Platz und Abschnitt Glauchaer Platz bis westlich des Rennbahnkreuzes einschließlich aller verkehrswirksamer Nebenanlagen wie Rampen, Auffahrten u.ä.) umfassend ~~gutachterlich bestimmen zu lassen~~ **und vollständig in einem Bericht darzustellen**. Dabei sollen insbesondere die Probleme sich vermindernder Beton- und Stahlqualität („Carbonatisierung“ und Spröbruchgefährdung) fachlich angemessen untersucht werden.
2. ~~Diesers Gutachten~~ **Bericht** wird unverzüglich nach Fertigstellung veröffentlicht.
3. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, auf Basis dieses ~~Gutachtens~~ **Berichts** dem Stadtrat ergebnisoffene Variantenvergleiche (gleichzeitige Sanierung beider Brücken, modulare Sanierung erst der Nord- und dann der Südbrücke, Sanierung jeweils nur der Nord- oder der Südbrücke) für den planerischen, baulichen und finanziellen Aufwand der anstehenden Unterhaltungsmaßnahmen vorzulegen.
4. Weiterhin soll parallel ein Finanzierungskonzept erarbeitet werden, damit die benötigten Mittel spätestens in den Haushaltsplan 2015 eingestellt werden können.
5. **Die Stadtverwaltung wird in diesem Zusammenhang aufgefordert, zu prüfen, ob und wie im Zuge der in den kommenden Jahren eventuell notwendigen Sanierungsarbeiten an der Hochstraße eine optische Aufwertung des Bauwerks erfolgen kann.**

zu 7.10 **Antrag des Stadtrates Martin Bauersfeld (Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM) zur Beseitigung der Skulpturengruppe vor dem Finanzamt Blücherstraße**
Vorlage: V/2013/11979

Herr Bauersfeld, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM, informierte darüber, dass er auf Grund der Beratung im Kulturausschuss seinen Antrag und die Begründung umformuliert habe und der Antrag darin bestehe, den Eigentümer der Figurengruppe festzustellen und diesen dann aufzufordern, diese Figurengruppe aus dem öffentlichen Raum zu entfernen und bat um Unterstützung zu diesem Antrag.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich abgelehnt**

geänderter Beschlussvorschlag:

~~Die Verwaltung wird beauftragt die restlichen beiden Figuren der Skulpturengruppe „Tschekist und IM“ von ihrem Standort zu entfernen und zusammen mit der dritten Figur einzulagern.~~

Die Verwaltung wird beauftragt, den genauen Eigentümer der Skulpturengruppe vor dem Finanzamt Blücherstraße zu ermitteln und den Eigentümer aufzufordern, die Skulpturen aus dem öffentlichen Raum zu entfernen.

sowie
durch Geschäftsordnungsantrag der Fraktion DIE LINKE
in den
Hauptausschuss

Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung wird beauftragt,

1. *bei allen Planungsverfahren mit Öffentlichkeitsbeteiligung über Inhalt, Verfahrensstand und Beteiligungsmöglichkeiten auf der stadt eigenen Internetseite kontinuierlich und von Beginn an zu informieren. Entsprechende Informationen sollen unmittelbar nach dem Aufstellungs-/Änderungsbeschluss durch den Stadtrat bzw. unmittelbar nach Verfahrensbeginn veröffentlicht werden.*
2. *Bestandteile der Information sollen mindestens sein:*
 - *Daten zum Verfahren (Aufstellungsdatum, Vorlagennummer usw.)*
 - *planungsrechtliche Grundlage mit Paragrafenverweis (z.B. Verfahren nach § 13a BauGB, B-Plan der Innenentwicklung)*
 - *alle Texte und Pläne wie sie bereits in Session vorliegen (ggf. Verlinkung zur entsprechenden Vorlagenseite)*
 - *In welche Phase befindet sich das Verfahren (Aufstellungsbeschluss, Auslage o.ä.)? Welche Phasen wurden abgeschlossen, welche stehen noch bevor?*
 - *Wann, wo und wie können sich Bürgerinnen voraussichtlich beteiligen (geplante Bürgerversammlungen, Offenlage usw.)?*

zu 8.4 Antrag der FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zur Zweckbestimmung kommunaler Unternehmen
Vorlage: V/2013/12283

Abstimmungsergebnis:

verwiesen

durch Geschäftsordnungsantrag der Fraktion DIE LINKE
in den
**Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung
und Liegenschaften**

sowie
durch Geschäftsordnungsantrag der CDU-Fraktion
in den

Ausschuss für Wissenschafts- und Wirtschaftsförderung sowie Beschäftigung

Beschlussvorschlag:

Der Oberbürgermeister wird als Gesellschaftervertreter der kommunalen Beteiligungen aufgefordert, darauf hinzuwirken, dass zur Leitlinie der Geschäftspolitik der Unternehmen wieder die Umsetzung von Gestaltungszielen der Stadt gehört. Kommunale Unternehmen dienen der preiswerten gesicherten Erbringung von Leistungen für die Bürger und nicht der Erzielung von Gewinnen zur Haushaltssanierung. Eine asymmetrische Marktteilnahme der kommunalen Unternehmen wird abgelehnt.

zu 8.5 **Antrag der SPD-Stadtratsfraktion zur Haushaltsaufstellung 2015**
Vorlage: V/2013/12281

zu 8.5.1 **Änderungsantrag des Oberbürgermeisters zum Antrag der SPD-
Stadtratsfraktion zur Haushaltsaufstellung 2015 Vorlagen-Nummer
V/2013/12281**
Vorlage: V/2013/12334

Herr Krause, SPD-Fraktion, merkte dazu an, das Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand den Termin Februar 2014 vorgeschlagen habe und sie davon ausgehen, dass die Verwaltung die Intention übernimmt und im Februar einen Fahrplan zur Haushaltsaufstellung 2015 vorlegen wird. Damit habe sich der Antrag jetzt erledigt.

zu 8.5.1 **Änderungsantrag des Oberbürgermeisters zum Antrag der SPD-
Stadtratsfraktion zur Haushaltsaufstellung 2015 Vorlagen-Nummer
V/2013/12281**
Vorlage: V/2013/12334

Abstimmungsergebnis: **erledigt**
vom Antragsteller übernommen

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, dem Stadtrat in der Sitzung am 26.02.2014 einen Fahrplan zur Aufstellung und –beratung des Haushaltsplans 2015 vorzulegen.

zu 8.5 **Antrag der SPD-Stadtratsfraktion zur Haushaltsaufstellung 2015**
Vorlage: V/2013/12281

Abstimmungsergebnis: **erledigt**
durch Antragsteller

geänderter Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat beschließt:

*Die Stadtverwaltung wird beauftragt, dem Stadtrat in der Sitzung am ~~29. Januar 2014~~ **26.02.2014** einen Fahrplan zur Aufstellung und -beratung des Haushaltsplans 2015 vorzulegen.*

zu 8.6 **Antrag der SPD-Stadtratsfraktion zur Änderung der Geschäftsordnung des
Stadtrates und seiner Ausschüsse**
Vorlage: V/2013/12277

und in den
**Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung
und Liegenschaften**

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, dem Stadtrat eine Vorzugsvariante einer Sanierung für einen Gestaltungsbeschluss für die Straße Pfännerhöhe vorzulegen, die den grundsätzlichen Erhalt der derzeit vorhandenen Baumallee berücksichtigt.

zu 8.9 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Zustand und Weiterentwicklung der Breitband- und IT-Ausstattung der städtischen Schulen
Vorlage: V/2013/12300

Abstimmungsergebnis:

verwiesen

durch Geschäftsordnungsantrag der CDU-Fraktion
in den
Bildungsausschuss

Beschlussvorschlag:

1. *Der Stadtrat bekennt sich zu dem grundsätzlichen Ziel, zur kostenoptimierten und pädagogisch angemessenen Ausstattung aller städtischen Schulen, diese bis zum Jahr 2018 mit zeitgemäß schnellen Breitbandinternetanschlüssen und einer leistungsfähigen Netzwerk- und Informationstechnologie-Ausstattung auszurüsten.*
2. *Die Stadtverwaltung wird dazu beauftragt:*
 - 2.1. *Bis zum 2. Quartal 2014 ist ein Bericht zum Zustand der IT-Ausstattung und Netzwerk-Infrastruktur sowie der Breitband-Internet-Versorgung aller städtischen Schulen vorzulegen. Darin sind auch bisher geplante weitere Entwicklungsschritte und mögliche Einsparpotentiale bei kostenoptimierter Umsetzung aufzuführen.*
 - 2.2. *Auf Basis dieses Berichts und unter Einbeziehung der entsprechenden Schulgremien und Landesinstitutionen, der Interessenvertretungen von Eltern und Schülern sowie der interessierten Öffentlichkeit ist bis zum 1. Quartal 2015 dem Stadtrat eine Beschlussvorlage für ein pädagogisches und technologisches Zielkonzept zur Weiterentwicklung des Ausstattungsstandards vorzulegen.*
 - 2.3. *Bis zum 3. Quartal 2015 ist ein Umsetzungskonzept inklusive finanzieller Untersetzung als Beschlussvorlage vorzulegen.*

zu 8.10 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Erhalt der Straßenbahnlinie 6
Vorlage: V/2013/12307

Abstimmungsergebnis:

verwiesen

durch Geschäftsordnungsantrag der Fraktion DIE LINKE
in den
Ausschuss für Planungsangelegenheiten
sowie in den
**Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung
und Liegenschaften**

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat bittet die Geschäftsführung der Halleschen Verkehrs AG (HAVAG) zu prüfen, ob die bisherige Straßenbahnlinie 6 wieder in Betrieb genommen werden kann.

**zu 8.11 Antrag der Stadträtin Dr. Inés Brock (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) zur Anbringung von Fahrradpiktogrammen in der Großen Ulrichstraße
Vorlage: V/2013/12298**

Frau Dr. Brock, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, verwies den Antrag im Namen ihrer Fraktion in den Ausschuss für Ordnung und Umweltangelegenheiten.

Herr Misch, CDU-Fraktion, machte deutlich, dass der Antrag unzulässig sei und aus diesem Grund nicht verwiesen werden könne.

Abstimmungsergebnis: **verwiesen**

durch Geschäftsordnungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
in den
Ausschuss für Ordnung und Umweltangelegenheiten

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, zur Erhöhung der Sicherheit des Radverkehrs und des Fußgängerverkehrs in der Großen Ulrichstraße Fahrradpiktogramme zwischen den Straßenbahnschienen anzubringen.

**zu 8.12 Dringlichkeitsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Umbesetzung eines Mitgliedes der Fraktion im Hauptausschuss
Vorlage: V/2013/12351**

Es lagen keine Wortmeldungen vor.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich zugestimmt**

Beschluss:

Herr Stadtrat Dietmar Wehrich scheidet aus dem Ausschuss für Personal- und allgemeine Angelegenheiten einschließlich Funktional-, Verwaltungs- und Strukturreform (Hauptausschuss) aus.

Der Stadtrat entsendet Frau Dr. Inés Brock als Mitglied in den Ausschuss für Personal- und allgemeine Angelegenheiten einschließlich Funktional-, Verwaltungs- und Strukturreform (Hauptausschuss).

zu 9 schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten

**zu 9.1 Anfrage des Stadtrates Andreas Scholtyssek (CDU) zur Stellplatzsituation
im Gesundbrunnenviertel
Vorlage: V/2013/12171**

Der Tagesordnungspunkt wurde auf Januar vertagt.

**zu 9.2 Anfrage des Stadtrates Andreas Scholtyssek (CDU) zum Rettungskonzept
an der ICE-Strecke Halle-Erfurt
Vorlage: V/2013/12314**

Der Tagesordnungspunkt wurde auf Januar vertagt.

**zu 9.3 Anfrage des Stadtrates Andreas Scholtyssek (CDU) zu den Planungen der
Stadt zur Verbesserung des Hochwasserschutzes
Vorlage: V/2013/12315**

Der Tagesordnungspunkt wurde auf Januar vertagt.

**zu 9.4 Anfrage des Stadtrates Raik Müller (CDU) zum Zustand des Hechtgrabens
in Dölau
Vorlage: V/2013/12253**

Der Tagesordnungspunkt wurde auf Januar vertagt.

**zu 9.5 Anfrage der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zum Parkkonzept
am Stadion "Erdgas Sportpark"
Vorlage: V/2013/12278**

Der Tagesordnungspunkt wurde auf Januar vertagt.

**zu 9.6 Anfragen der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zum
Bebauungsplan Nr. 158 "Freizeit- und Erholungsraum Hufeisensee"
(Vorlagen-Nr.: V/2013/11896)
Vorlage: V/2013/12174**

Der Tagesordnungspunkt wurde auf Januar vertagt.

**zu 9.7 Anfrage der SPD-Stadtratsfraktion zur Verkehrsführung am August-Bebel-
Platz
Vorlage: V/2013/12276**

Der Tagesordnungspunkt wurde auf Januar vertagt.

**zu 9.8 Anfrage der FDP-Stadtratsfraktion zum Raumkonzept des FB 24
Vorlage: V/2013/12284**

Der Tagesordnungspunkt wurde auf Januar vertagt.

**zu 9.9 Anfrage der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zur Grund- und
Schichtwassersituation Halle/Seeben
Vorlage: V/2013/12312**

Der Tagesordnungspunkt wurde auf Januar vertagt.

**zu 9.10 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Online-Katalog der
Stadtbibliothek Halle
Vorlage: V/2013/12301**

Der Tagesordnungspunkt wurde auf Januar vertagt.

**zu 9.11 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu Umfang und Kosten des
Projektes "Freizeit- und Erholungsraum Hufeisensee"
Vorlage: V/2013/12302**

Der Tagesordnungspunkt wurde auf Januar vertagt.

**zu 9.12 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Halle-Pass
Vorlage: V/2013/12303**

Der Tagesordnungspunkt wurde auf Januar vertagt.

**zu 9.13 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu Laubsaugern und
Laubbläsern
Vorlage: V/2013/12304**

Der Tagesordnungspunkt wurde auf Januar vertagt.

**zu 9.14 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Stand
Breitbandverfügbarkeit und -ausbau
Vorlage: V/2013/12305**

Der Tagesordnungspunkt wurde auf Januar vertagt.

**zu 9.15 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu in den Jahren 2011 und
2012 in Auftrag gegebenen Gutachterleistungen
Vorlage: V/2013/12306**

Der Tagesordnungspunkt wurde auf Januar vertagt.

**zu 9.16 Anfrage des Stadtrates Olaf Sieber zur Übereinstimmung des geplanten
Bauvorhabens im Rahmen des Bebauungsplanverfahren 162 mit der
Gemeindeordnung Sachsen-Anhalt
Vorlage: V/2013/12184**

Der Tagesordnungspunkt wurde auf Januar vertagt.

**zu 9.17 Anfrage des Stadtrates Olaf Sieber zum geplanten Bauvorhaben im
Geltungsbereich des Bebauungsplanverfahrens 162 im Vergleich zu einem
GWG-Projekt am Hubertusplatz
Vorlage: V/2013/12182**

Der Tagesordnungspunkt wurde auf Januar vertagt.

**zu 9.18 Anfrage des Stadtrates Olaf Sieber zur Verwertung des Grundstücks im Geltungsbereich des Bebauungsplanverfahrens 162 im Heideweg
Vorlage: V/2013/12180**

Der Tagesordnungspunkt wurde auf Januar vertagt.

**zu 9.19 Anfrage des Stadtrates Olaf Sieber zu einem Beweissicherungsverfahren im Rahmen der Abrissarbeiten und späterer Baumaßnahmen im Geltungsbereich des Bebauungsplanverfahrens 162 im Heideweg
Vorlage: V/2013/12179**

Der Tagesordnungspunkt wurde auf Januar vertagt.

**zu 9.20 Anfrage des Stadtrates Olaf Sieber zu in Bearbeitung befindlichen Bebauungsplänen
Vorlage: V/2013/12178**

Der Tagesordnungspunkt wurde auf Januar vertagt.

**zu 9.21 Anfrage des Stadtrates Olaf Sieber zum Einsatz von Straßenborden
Vorlage: V/2013/12308**

Der Tagesordnungspunkt wurde auf Januar vertagt.

**zu 9.22 Anfrage des Stadtrates Olaf Sieber zur Führung des Radverkehrs in der Heideallee
Vorlage: V/2013/12309**

Der Tagesordnungspunkt wurde auf Januar vertagt.

**zu 9.23 Anfrage des Stadtrates Olaf Sieber zu Vorgaben der HAVAG zu einzuhaltenden Abständen der Straßenbahnen zu Fahrrädern und Beachtung der StVO
Vorlage: V/2013/12310**

Der Tagesordnungspunkt wurde auf Januar vertagt.

**zu 9.24 Anfrage des Stadtrates Olaf Sieber zur Finanzierung des Fußwegebaus
zwischen der Haltestelle Am Heidesee und dem Gleisübergang
Vorlage: V/2013/12311**

Der Tagesordnungspunkt wurde auf Januar vertagt.

**zu 9.25 Anfrage des Stadtrates Olaf Sieber zur Sicht der Verwaltung auf die weitere
Vorgehensweise im Rahmen des Bebauungsplanverfahrens 162
Vorlage: V/2013/12316**

Der Tagesordnungspunkt wurde auf Januar vertagt.

zu 10 Mitteilungen

**zu 10.1 Veranstaltungshöhepunkte 2014
Vorlage: V/2013/12163**

Der Tagesordnungspunkt wurde auf Januar vertagt.

**zu Richtlinie der Stadt Halle (Saale) zur Hortbetreuung von Kindern mit
besonderem Förderbedarf
Vorlage: V/2013/11554**

Der Tagesordnungspunkt wurde auf Januar vertagt.

zu 11 mündliche Anfragen von Stadträten

zu 12 Anregungen

**zu 12.1 Anregung der SPD-Stadtratsfraktion zur Beschilderung in der
Lessingstraße
Vorlage: V/2013/12275**

Der Tagesordnungspunkt wurde auf Januar vertagt.

zu 13 Anträge auf Akteneinsicht

Der Tagesordnungspunkt wurde auf Januar vertagt.

Dr. Bernd Wiegand
Oberbürgermeister

Harald Bartl
Vorsitzender des Stadtrates

Anja Schneider
Protokollführerin